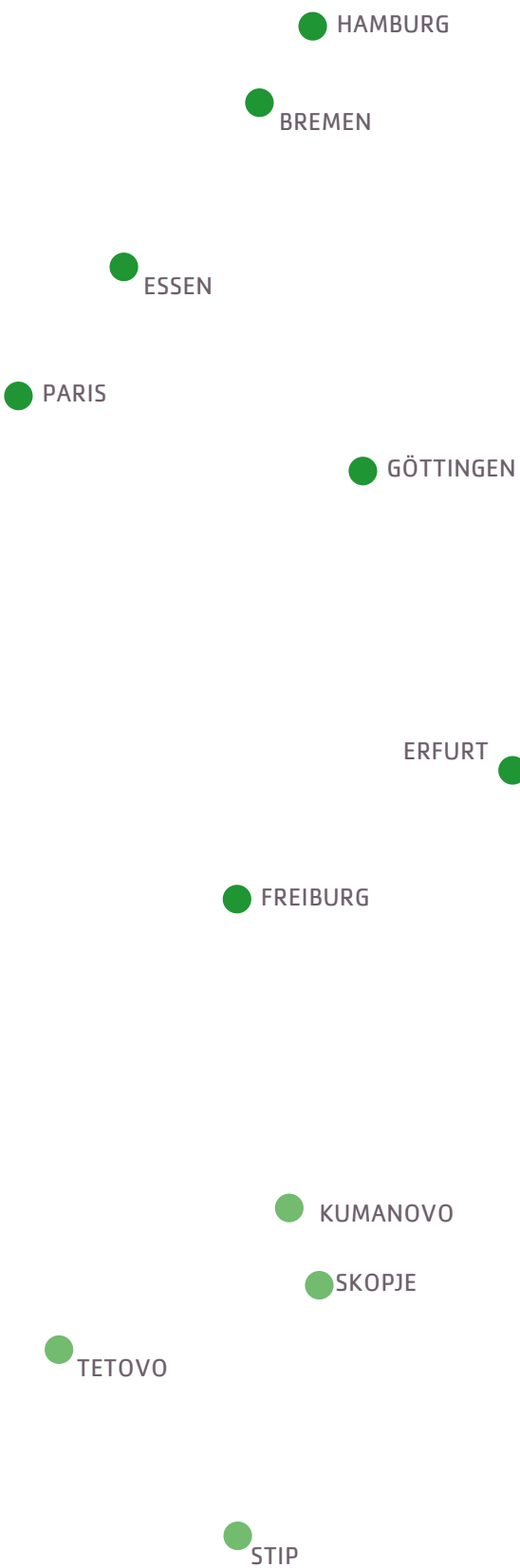




ABGESCHOBENE ROMA IN MAZEDONIEN
JOURNALISTISCHE, JURISTISCHE UND MEDIZINISCHE RECHERCHEN



2015. Im März ist eine internationale Recherchegruppe bestehend aus deutschen und französischen AnwältInnen, JournalistInnen, AktivistInnen und einer Ärztin in Mazedonien, um vor Ort zur Situation der Roma zu recherchieren. Ein halbes Jahr zuvor war Mazedonien von Bundestag und Bundesrat als »sicherer« Herkunftsstaat deklariert worden. Eine Entscheidung, die mit der Situation vor Ort nichts zu tun hat und eher etwas über die bestehende Haltung in Deutschland aussagt. Welcher Staat überhaupt für seine Bewohnenden sicher ist, fragen wir uns das ein oder andere Mal – stirnrunzelnd. Wie kein Mensch illegal ist, ist auch kein Staat sicher: Auch in EU-Ländern schlafen Menschen unruhig und mit der Angst vor rassistischen Angriffen oder versteckt, um nicht abgeholt zu werden.

In den Roma-Vierteln treffen wir viele, die zwar gerne mit uns sprechen, aber keine Interviews geben möchten – so sehr stehen sie unter Druck. Wir sprechen mit Menschenrechts-ExpertInnen und Nicht-Regierungsorganisationen über rassistische Angriffe die nicht verfolgt werden, da häufig die Opfer und nicht die Täter Schwierigkeiten bekommen. Wir besuchen die deutsche Botschaft in Skopje, Flüchtlingsunterkünfte, Grenzen und den Flughafen.

Nach einer Veröffentlichung zur Situation von abgeschobenen Roma in Serbien (März 2014) und im Kosovo (November 2014) finden sich in dieser Ausgabe Materialien zur Situation in Mazedonien, aber auch in Deutschland geführte Interviews sowie Berichte von hier stattfindenden Protesten gegen Abschiebungen. Vor unserer Fahrt treffen wir eine Frau mit vier Töchtern in Hamburg, denen die Abschiebung nach Mazedonien droht, in Stip treffen wir ihren Mann, der Mitte 2014 abgeschoben wurde. So folgen wir manchen Geschichten, einem Hin und Her aus Fluchten und Abschiebungsdrohungen, was viele Menschen bereits über zwei oder mehrere Generationen permanent begleitet. Dieser Kreis muss endlich gebrochen werden.

BERICHTE

- 6** ÜBERBLICK Dazwischen liegen Welten
- 16** ABSCHRECKUNG Die kalte Gründlichkeit
- 20** GESETZ Die Lüge der sicheren Herkunftsstaaten
- 34** POLIZEIGEWALT Advokat des Teufels
- 40** REISEVERBOT Eingesperrt: In einem der ärmsten Länder Europas
- 56** FRONTEX Abschottungsmanagement
- 60** ASYLKNAST Gazi Baba, Skopje
- 68** KOSOVOFLUCHT Geister
- 84** MEDIZIN Zu Risiken und Nebenwirkungen
- 108** ABSCHIEBUNG Der Traum vom Bleiben
- 122** PROTEST Ein langer Weg

INTERVIEWS

- 36** MENSCHENRECHTE Hate crimes unregistered
- 46** BILDUNG Das will ich: Gleich sein

PERSPEKTIVEN

- 4** Wir haben drei Fragen
- 30** Eine ländliche Idylle
- 44** Sie trugen Anzüge
- 69** So ist unser Leben
- 72** Die Gewissheit, hier in Ruhe zu leben
- 96** Egal wohin
- 116** Mein Opa sah, wie sie seine Mutter mitnahmen



Wir haben drei Fragen

VON EINEM ROM
AUS FREIBURG

Ich spreche im Namen von vielen Roma. Wir wollen, dass sich die Deutschen ein Bild von der Situation der Roma in Ex-Jugoslawien machen können.

Ich komme aus Mazedonien, ich komme aus Serbien, ich komme aus dem Kosovo. Ich aus Skopje, ich aus Priština, ich aus Belgrad, aus Bitola, aus Niš, aus Suareka, aus Šutka, aus Vranje, Strumitza, Nilane, Sodoriza, Tetovo, Peć, Brillab, Leskovac, Kosovska Mitrovica und so weiter. Wir sind alle Roma. Roma, die ihre Geburtsländer und ihre Häuser verlassen mussten. Wir müssen gehen, weil wir unterdrückt werden.

Die Diskriminierung der Roma in den Balkanländern ist zu groß. Wir bekommen keine Arbeit. Damit wir für unsere Kinder etwas zu essen ergattern können, sind wir dazu gezwungen im informellen Sektor zu arbeiten oder auch Müll sammeln zu gehen. In den Krankenhäusern werden wir nicht behandelt – die Korruption ist so groß. Immer gieren sie nach Geld: Manche Leute geben ihnen die verlangte Summe, wir Roma aber sind arm und haben dieses Geld nicht. Sie lassen uns stundenlang auf dem Flur warten, sie schauen uns nicht mal an. Von all dem kommt die geringere Lebenserwartung: Viele Roma sterben schon mit unter 50 Jahren.

Wir leben in improvisierten Häusern aus Holzplatten, Blech und Plastik. Wir sind daran nicht schuld, wir möchten auch nicht so leben. Aber ohne Arbeit verdienen wir kein Geld und ohne Geld können wir kein richtiges Zuhause aufbauen. Die Dekade ist schon vorbei, in der die Europäische Union sich mit ihrem zehnjährigen Projekt Schule, Studium, Arbeit und Wohnmöglichkeiten für Roma in den Balkanländern verwirklichen wollte. Zudem sollten auch Straßen und eine funktionierende Kanalisation gebaut und Strom und saubere Wasserversorgung sichergestellt werden.

Aber all das ist bei uns nicht geschehen, wir leben nach wie vor ohne Wasser, ohne Strom und ohne Kanalisation in unseren improvisierten Hütten. In einem kleinen Zimmer müssen mehr als fünf Personen wohnen – inmitten von Müll und Schlamm, wovon wir jeden Tag Krankheiten

bekommen. Am meisten sind aber unsere Kinder davon betroffen. Und all das passiert im 21. Jahrhundert. In einem Jahrhundert, in dem die Hunde in West- und Mitteleuropa ein besseres Leben führen als wir Roma in den Balkanländern. Wegen der nationalen Probleme im Land können wir uns nicht frei bewegen. Auf den Straßen werden wir verprügelt. Unsere Kinder werden auf dem Weg zur Schule und sogar auf dem Schulhof verprügelt. Auch in unseren Häusern werden wir angegriffen. Doch wir können nicht zurückschlagen, weil sie uns sonst umbringen würden. Sogar die Polizei schützt uns nicht. Deswegen können wir die Probleme nicht melden, weil sie für uns sonst größer werden. Aber wir sind Menschen aus Fleisch und Blut wie alle anderen auch.

In den zurückliegenden Kriegen wurden Roma umgebracht und vertrieben, wie im Zweiten Weltkrieg, im Kosovokrieg und im Mazedonischen Krieg. In einer Welt aus Nationalstaaten fallen die Roma durchs Raster: Nur sie haben keinen Staat und kein Land. Wir haben drei Fragen: Warum sind wir Roma wie ein Dorn im Auge? Wie lange soll das noch so gehen? Und was wird mit uns weiterhin geschehen?

Dazwischen liegen Welten

In Mazedoniens Gesellschaft klafft der Abgrund zwischen gigantischen Bauvorhaben und abgehängten Roma-Siedlungen

Frühjahr 2015: Wir recherchieren in einem Land, in dem mit nationalistischen Bauprojekten eine neue Geschichtsschreibung begonnen werden soll. Die ethnischen und politischen Konflikte kann das allerdings nicht kitten. Vor allem Roma leben in Mazedonien segregiert und sind von medizinischer wie sozialer Versorgung abgeschnitten.

In Mazedonien ist heute das gesellschaftliche Klima stark von den Beziehungen und ihren Störungen zwischen der mazedonischen und der albanischen Bevölkerungsgruppe geprägt. Neben den Türken und den Roma bilden die Albaner mit etwa einem Viertel der Bevölkerung die größte Minderheit. Trotz des Abkommens von Ohrid, das 2001 einen elfmonatigen Aufstand der albanischen Minderheit beendete, indem es deren gesellschaftliche Gleichbehandlung und angemessene Repräsentanz in Politik und Verwaltung festschrieb, konnten die sozialen Konflikte nicht überwunden werden. MazedonierInnen und AlbanerInnen leben heute noch immer weit voneinander entfernt. Im Mai 2015, zwei Monate nach unseren Recherchen im Land, kam es in Kumanovo, im Norden Mazedoniens, zu Auseinandersetzungen zwischen den mazedonischen Sicherheitskräften und Angehörigen der albanischen Minderheit. 22 Menschen starben.

In Mazedonien leeren sich die Provinzen und die Hauptstadt Skopje wächst. Hier leben über 600.000 der zwei Millionen Einwohner Mazedoniens.¹ In Skopje gibt es kaum heterogene Stadtteile. Die Schulen und Klassen, die Läden und Produkte sind von einer ethnischen Geschlossenheit geprägt, ebenso wie die Frage, an wen welcher Job vergeben wird. Soziologische Studien zeigen, dass Kenntnisse über die jeweils andere Bevölkerungsgruppe kaum vorhanden und auch nicht gewünscht sind. Vorurteile werden übertragen und bleiben gebräuchlich.²

Skopje ist dabei nicht nur geografisch, sondern auch ethnisch und sozial geteilt: Auf der einen Seite des Flusses Vardar lässt der Bauboom nicht nach. Hier möchte die Mehrheit der Bevölkerung wohnen und hier sprießt auch das gigantische Bauprojekt namens »Skopje 2014«, wo Theater, Statuen, Hotels und schicke Hochhäuser wachsen. Es ist die Konstruktion einer neuen nationalen Legende, die Minderheiten ausschließt: als Zeichen »einer einheitlichen nationalen Kultur, Ethnie, Religion und Sprache – und zwar der der orthodoxen SlawomazedonierInnen«.³

Die Altstadt jedoch, auf der anderen, der albanischen Seite, bleibt alt. »Authentisch und pittoresk«, heißt es in Reiseführern, mit Restaurants, Cafés und Kopfsteinpflaster, mit Lieferanten, die ihre Zwiebeln auf Schubkarren transportieren. »Bewusst vernachlässigt« – so hingegen nennen es die BewohnerInnen. Doch weiter oben, auf und neben dem Hügel – wo die historische Festung und die neu gebaute, etwas zu monumental geratene amerikanische Botschaft auf das Zentrum blicken – leben die Familien, die mehrheitlich Angehörige der Roma-Minderheit sind: in Šuto Orizari (kurz: Šutka) oder Topana. Ausgeklammert, abgekoppelt und segregiert.

Šuto Orizari, einer der zehn Gemeindebezirke Skopjes, ist der ärmste Bezirk der Stadt und hat anders als andere Bezirke keine Steuereinnahmen durch ein Gewerbegebiet, wenig Investitionen in Infrastruktur und wenig Steuerzahlende infolge der hohen Arbeitslosigkeit. Die ersten Roma wurden dort in den 1960er Jahren nach einem verheerenden Erdbeben angesiedelt. Zwei Generationen später kamen aus dem Kosovo vertriebene Roma dazu. Und sie blieben.

Šuto Orizari ist kein Slum und auch kein Lager, wie es manchmal zu lesen ist, und doch wirkt das Viertel so, als ob es schon seit Jahrzehnten an keiner Entwicklung teilnehmen durfte: Der Rauch von Holzkohle-Öfen

1) Vrteski, J., Hristov, G., Demographic changes in the republic of macedonia, 2014.

2) Ćatifi, S., Mladenovski, M., Integration, for the wellbeing of all, 2014.

3) Artikel »Helden in Goldhöschen«, vom 25.4.2014 in taz.die tageszeitung.

liegt in der Luft. Es gibt Schulen, eine Klinik, befestigte und unbefestigte Straßen, Geschäfte, Busse, einen Markt, Cafés mit italienischen Espressomaschinen und Kinder ohne Schuhe. Vieles hier basiert auf Selbstorganisation, etwa private Taxis, weil hier die Infrastruktur stottert und auch die Krankenwagen nicht in die schmalen Gassen der Siedlung vordringen können – falls sie überhaupt kommen. Nur die Polizei kommt: ungefragt. Und schlägt zu. | 34

Während Roma in Mazedonien einen geschätzten Anteil von fünf Prozent an der Bevölkerung ausmachen, sind in den Gefängnissen 23 Prozent der Insassen Roma. Wir erfahren von brutalen Angriffen durch die Polizei und einem Klima, in dem Übergriffe nicht gemeldet oder registriert werden. »Es gibt unzweifelhaft eine starke strukturelle Diskriminierung von Roma durch Institutionen«, erklärt Voislav Stojanovski vom mazedonischen Helsinki-Komitee. | 36

Viele Roma reden offen mit uns, solange Kameras und Aufnahmegeräte aus sind. Manche wollen gar nicht zitiert werden. Sie vermitteln, in einem Gefühl der Unsicherheit zu leben: eingeschüchtert, nicht nur von der mazedonischen Mehrheit oder der größeren albanischen Minderheit, sondern auch von den eigenen Leuten, also jenen Roma, die es zu einer gewissen Macht gebracht haben.

Die Arbeitslosenquote unter den Roma beträgt beinahe 90 Prozent, das ist dreimal höher als der Landesdurchschnitt. Selbst die Europäische Kommission sieht den Grund dafür in »Vorurteilen und Diskriminierung gegen Roma insbesondere im Bereich Beschäftigung«.4 Die Mängel, die die Kommission in ihrem letzten EU-Fortschrittsbericht über Mazedonien aufführt, werden im Land kaum öffentlich diskutiert, und wenn, dann verharmlost. | 20

Eigentlich sollte ein staatlicher Plan im Rahmen der »Roma-Dekade«5 der EU auch in Mazedonien die Lage für die Roma-Minderheit verbessern. Der Menschenrechtler Stojanovski allerdings zieht eine ernüchternde Bilanz: Insgesamt »war da kein Resultat«, sagt er, »die Roma-Dekade war nur ein Stück Papier.« Zwar habe die Regierung zwischen 2012 und 2013 begonnen, erste Schritte zu unternehmen, allerdings sei es wohl eher um Baumaßnahmen und nicht um Integration gegangen: unter anderem seien 150 Meter Straße betoniert, 150 Meter Kanalisation gelegt und eine Straßenbeleuchtung installiert worden.

Auch die deutsche Gesellschaft für bedrohte Völker hält die mazedonische Strategie zur Umsetzung der Ziele der Roma-Dekade für gescheitert. Ihre Untersuchung in Bezug auf die Themen Wohnen, Gesundheit, Menschenrechte, Bildung und Kultur ergab: »Die Bemühungen sind sogar rückläufig«.6 Einzig die politische Rhetorik habe ein vorbildlich integratives Vokabular angenommen.

Nach Ansicht von Ľatifa Šikovska, die Leiterin der Roma-NGO Ambrela in Šuto Orizari, die auch mit der deutschen Botschaft kooperiert, sollte in die Infrastruktur investiert und sollten in Roma-Vierteln Produktionsstätten aufgebaut und gefördert werden, damit die Menschen dort arbeiten könnten. | 46

Auch außerhalb Skopjes sahen wir während unserer Recherchen unzumutbare Lebensverhältnisse in den Mahallas: Roma können oft ihre Häuser nicht registrieren, haben keinen Strom und kein fließendes Wasser. Häufig wird ihnen eine medizinische Versorgung in den Krankenhäusern verweigert, wenn sie nicht genügend Geld für Behandlung oder Medikamente haben. Der mangelnde Zugang zur Gesundheitsversorgung insbesondere für Roma ist in Mazedonien offenkundig. Auch insgesamt ist in Mazedonien etwa die Säuglingssterblichkeitsrate mit 10 pro 1000 Geburten dreimal höher als in Deutschland.

Für viele soll mit dem Bauprojekt »Skopje 2014« die Geschichtsschreibung des zukünftigen Mazedoniens beginnen. Als der Journalist aus unserer Gruppe am ersten Abend verloren geht und per SMS fragt, ob wir ihn einsammeln, und seinen Aufenthaltsort mit den Worten »Ich sehe den Reiter« beschreibt, geraten wir in Not: Reiter gibt es viele. Im Zentrum reiht sich ein Monument ans andere. Wir wandeln wie in einem Denkmalspark aus kriegerischen Helden und schwangeren, stillenden oder Kinder hegenden Frauen aus Stein (diese Kinder ausnahmslos männlich, die zukünftigen Helden). Anderntags suchen wir ein Schuhputzerdenkmal. Dies war uns – nicht ganz ernst gemeint – als »das Denkmal für die Roma« empfohlen worden. Wir hören auch häufig vom Bein des Reiters, das aus Mitteln der Roma-Dekade finanziert sein soll. Die von uns nicht überprüfte Geschichte entspricht auf ihre Weise der Realität und insofern erzählen wir sie weiter. Wir stellen uns vor, das Geld reichte vielleicht von den Zehenspitzen bis über das Knie der riesigen Bronzestatue.



ROMA-DEKADE: Ein EU-Programm, mit dem von 2005 bis 2015 die Diskriminierung der Roma reduziert werden sollte.

4) http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2014/20141008-the-former-yugoslav-republic-of-macedonia-progress-report_en.pdf.

5) <https://gfbvberlin.wordpress.com/2014/04/24/erste-schritte-und-große-versprechen-ein-fazit-der-roma-decade/>.

6) https://gfbvberlin.files.wordpress.com/2014/04/bericht_romadekade_ausfuerlich.pdf, Seite 4.

Noch schlimmer ist die Situation der etwa 1.000 Roma-Geflüchteten aus dem Kosovo, die immer noch in Mazedonien leben müssen und nicht in ihre etwa 80 Kilometer entfernte Heimat zurück dürfen. 1999 waren in wenigen Tagen mehrere hunderttausend Menschen aus dem Kosovo nach Mazedonien geflohen. Die meisten von ihnen waren Roma, viele sind in Skopje geblieben. Bis heute leben manche unregistriert und mit unsicherem Aufenthalt in Šuto Orizari. | › 68

Wie Ende der 1990er Jahre fliehen auch heute wieder Menschen nach Mazedonien: Die Route vieler Flüchtlinge aus dem Nahen Osten führt durch das Land. Zu Fuß, per Rad oder im Sommer 2015 auch in Zügen, Bussen oder Taxis folgen sie vor allem den Gleisen der Bahnstrecke Thessaloniki—Belgrad—Budapest. Abschnittsweise gibt es für diejenigen, die den Weg zu Fuß machen, auf der Strecke kein Ausweichen, wenn ein Zug kommt. Im April 2015 sind mindestens 26 Menschen an diesen Stellen ums Leben gekommen, ein großer Teil der Vorfälle jedoch ist nicht dokumentiert. Die Zahlen der Ankommenden in Mazedonien steigen beständig, auch die der durch die Polizei Festgenommenen.

Im August 2015 eskalieren die Zustände an der griechisch-mazedonischen Grenze: Tausende Flüchtlinge vor allem aus Syrien wollen durch das Land, mazedonische Sicherheitskräfte machen die Grenze zwischenzeitlich dicht, ziehen Stacheldraht-Barrieren und setzen unter anderem Blendschock-Granaten gegen die Flüchtlinge ein.⁷ Der Ausnahmezustand an der Grenze rückt in die internationale Aufmerksamkeit und die Nachrichten überschlagen sich.

Im Frühjahr 2015, vor unseren Reisevorbereitungen, stolperten wir nur einmal über einen Bericht in einer Sendung von Orient News über die Zustände in einem Asylgefängnis in Skopje, im Stadtteil »Gazi Baba«. Während unseres Aufenthalts erreichen uns dann besorgte Aufrufe von Menschenrechtsorganisationen über das Asylgefängnis und wir beschließen, uns selbst ein Bild zu machen. Wie Menschenrechts-Beobachter vor uns werden auch wir nicht eingelassen. »It's not a prison but it's like a prison«, sagt uns der Wachmann an der Tür. | › 60

Ebenso in die Zeit unseres Aufenthalts in Mazedonien fiel ein politischer Skandal, der sich in den folgenden Wochen ausweitete und letztlich zur Ansetzung von Neuwahlen für April 2016 führte: Die Oppositionspartei veröffentlichte einen von mehreren ihr zugespielten Gesprächsmitschnitten von Regierungsmitgliedern, der in der anhaltenden Regierungskrise die Vorwürfe der Wahlfälschung durch die Regierung untermauerte. Fast nebenbei jedoch belegte der Mitschnitt den schwelenden Rassismus gegen die Minderheit der Roma im Land durch ein Zitat der Innenministerin Gordana Januloska: In dem veröffentlichten Telefonat beschimpft die Innenministerin die Roma als »Zigeuner«. Wörtlich sagte sie, sie würde »Zigeuner für Zigeuner an den Ohren rausziehen« – ein Satz, der im Zusammenhang mit dem Vorwurf steht, dass zur Wahl Menschen aus den ländlichen Gebieten Mazedoniens mit gefälschten Ausweisen zur erneuten Wahl in die Hauptstadt Skopje geschickt worden sein sollen. Ihnen soll damit gedroht worden sein, dass ihnen die Sozialhilfe gestrichen werde, wenn sie nicht für die Regierung stimmten.

Am Tag der Veröffentlichung treffen wir in Skopje einen Bekannten abends in einem Restaurant. Er ringt mit den Tränen: Als Rom und Behördenmitarbeiter hatte ihn die veröffentlichte Aussage der Innenministerin stark getroffen. »Cigan (>Zigeuner<) hat sie uns, hat sie mich genannt«, sagte er. »Und an den Ohren will sie mich irgendwohin ziehen, wie jemanden, der ungehorsam war.« Er ist erschüttert von dem Rassismus und fragt uns, wie sich mit dieser Regierung jemals etwas verändern könne. Auch ihm, der als Rom auf der anderen, der mazedonische Flussseite des Stadtzentrums arbeitet, drohe, kontrolliert, ethnisch identifiziert, verhaftet oder von der Polizei misshandelt zu werden.



7) www.dw.com/en/thousands-of-migrants-break-police-lines-at-macedonia-border/a-18665898
www.tagesschau.de/ausland/fluechtline-mazedonien-103.html.

Die Beteiligung mehrerer Roma-Parteien an der mazedonischen Regierung, Minister, in deren Aufgabenbereich Angelegenheiten der Roma fallen, und Bezirksbürgermeister, die der Roma-Minderheit angehören, stehen für eine mögliche Partizipation der Minderheiten an gesellschaftlichen und politischen Prozessen in Mazedonien. Segregation oder Polizeigewalt gegen Roma allerdings können die Politiker nicht verhindern. Strukturellen Rassismus und institutionelle Diskriminierung einzudämmen, scheint ihnen nicht möglich zu sein.

Die Erzählung der offiziellen Repräsentation der Minderheiten in Mazedonien findet sich auch in den Lageberichten der deutschen Botschaft, denen eine große Relevanz für die Verwaltung, die Justiz und die politischen Entscheidungen in Deutschland beigemessen wird. Unter anderem benutzt sie das Bundesamt für Migration, um Asylanträge abzulehnen. Diese Berichte jedoch enthalten keine der Erzählungen, wegen derer wir nach Mazedonien reisen. In Skopje baten wir dazu die deutsche Botschaft zu einem Gespräch. Es fand statt, allerdings mit Zitierverbot belegt. | ▶ 40

Ohnehin: Auch die Entscheidung, Mazedonien als »sicheres Herkunftsland« einzustufen, fand sehenden Auges statt – sie war migrationspolitisch motiviert. Roma, mit denen wir uns während unserer Recherchen darüber austauschen, fragen uns: »Wieso soll das Land sicher sein, wenn wir hier terrorisiert werden?« Ausgegrenzt vom sozialen Gefüge bezweifeln wieder andere, dass die Zuschreibung »Sicherheit« überhaupt sie meine. Womöglich sei das ein Missverständnis.

Werden sie etwa aus Deutschland abgeschoben, werden ihre Pässe bei der Rückkehr markiert – trotz eines Urteils des mazedonischen Verfassungsgerichts und anders, als es in den Lageberichten der Botschaft behauptet wird. Mit der Passmarkierung verlieren die Menschen ihre Bewegungsfreiheit, ihnen wird eine erneute Ausreise verweigert. | ▶ 40

Auch wird an den Grenzen nach rassistischen Kriterien kontrolliert: Roma dürfen selbst dann nicht ausreisen, wenn sie alle Visa-Voraussetzungen für einen Aufenthalt im Zielland erfüllen. Abgeschobene, die nach Mazedonien zurückkehren, bekommen für ein Jahr keine Sozialhilfe – vor dem Hintergrund der grassierenden Arbeitslosigkeit auf der einen und den pompös-kitschigen Bauwerken auf der anderen Flussseite ein Zynismus.





Hinter den Bauprojekten und neben den Statuen betteln Kinder am Fluss.
Ein Mädchen kommt zu uns und streckt die Hand aus. Sie will kein Geld,
sondern bedeutet uns, dass wir ihr Essen geben sollen.

Die kalte Gründlichkeit

**Deutschlands rassistische Vorhaben gegen
Migration aus den Balkanstaaten**

**In Deutschland wird das Grundrecht auf Asyl weiter
ausgehöhlt.** Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sollen
nach bayerischem Vorbild aussortiert und in Sonderlagern
untergebracht werden. Die Liste »sicherer Herkunftss-
staaten« wird erweitert – ein Gesetz, das die Diskriminie-
rung der Roma bewusst ignoriert.

Deutschland setzt die Pulverisierung des Grundrechts auf Asyl fort. Flüchtlingspolitische Beschlüsse der Regierung verschärfen die Situation von Schutzsuchenden »aus Herkunftsländern mit einer relativ hohen Anzahl von Asylsuchenden bei zugleich besonders niedriger Schutzquote«¹ ins kaum Vorstellbare: Sie werden »geclustert«. Mit den Herkunftsländern sind die Staaten des westlichen Balkan gemeint. Und »Cluster« bedeuten: eine Unterbringung in Sonderlagern und schnellstmögliche Prüfung der Asylgesuche. Vor allem für Roma, die in den Ländern einem Mosaik an Diskriminierungen ausgesetzt sind, hat diese Politik fatale Folgen. Es ist die Zementierung eines Klassen-Asylrechts: Unterschieden wird zwischen jenen, deren Chance, bleiben zu dürfen, hoch ist – und denen, »von denen wir wollen, dass sie unser Land wieder verlassen« (Innenminister de Mazière).

Mit »Clustern« sind Sonderlager in Größe der Erstaufnahmeeinrichtungen gemeint, die räumlich nah zu Verwaltungsgerichten und Außenstellen des Bundesamts für Migration (BAMF) liegen. Damit soll »eine maximale Verfahrenseffizienz« bei optimalem Einsatz der begrenzten Ressourcen erreicht werden.² Dort untergebracht, ist der Zugang zu asylrechtlichen Beratungstellen und AnwältInnen unmöglich und rechtsstaatlich garantierte Rechtsmittel nicht gewährleistet. Am 1. September 2015 wurde das erste Abschiebezentrum in Manching eröffnet. Ein weiteres Sonderlager soll in Bamberg folgen. »Dass die Staatsregierung bald Erfolge der Abschreckungspolitik verkünden wird, ist zu erwarten. Längst ist die Zahl der Flüchtlinge aus den Balkan-Staaten zurückgegangen, was nicht veröffentlichte Zahlen des Registrierungssystems EASY belegen, die Pro Asyl vorgelegt hat. Noch im Februar 2015 machen Flüchtlinge aus dem Kosovo mit 42,7% aller Zugänge die größte Gruppe aus, im Juli 2015 ist es, genau wie Bosnien-Herzegowina und Montenegro, nicht mehr unter den zehn wichtigsten Herkunftsländern.«³ Anfang 2015, nachdem zehntausende Kosovo-AlbanerInnen sich entschlossen, über ihr acht Jahre junges Stückchen Staat eine »Abstimmung mit Füßen« zu vollziehen und sich auf den Weg nach Westeuropa zu machen, brachte der Freistaat den nächsten Gesetzentwurf auf den Weg: Montenegro, Albanien und der Kosovo sollen als sicher deklariert werden. Endgültige Entscheidungen hierzu soll es am 24. September bei einem Bund-Ländergipfel geben, Bundestag und Bundesrat sollen im Oktober abstimmen. Für die Legitimation der Gesetzesänderungen sprechen Regierungskreise von »einer großen nationalen Gemeinschaftsaktion« und spielen »schutzbedürftige Menschen« gegen »vollziehbar Ausreisepflichtige« aus.⁴

Was von der Bundesregierung geplant wird, ist die Fortsetzung der Diskriminierung von Roma mit der kalten Gründlichkeit der deutschen Bürokratie. Ist die Behauptung von Sicherheit in einigen exjugoslawischen Staaten eine bloße Fehleinschätzung oder politisches Kalkül, um sich der Menschen schneller zu entledigen? Beides. Dass Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina sichere Herkunftstaaten seien, beschloss die Bundesregierung 2014. Der Bundestag hat vor Beschlussfassung ExpertInnen wie Karin Waringo⁵ gehört, die unter anderem in Mazedonien gelebt hat und Kenntnis über vielfältige Aspekte hat. | 20 Das Gesetz wurde gegen den Rat der ExpertInnen verabschiedet. Auch die Proteste von Organisationen wie dem »Bundes Roma Verband« mit Mitgliedsgruppen in verschiedenen Städten Deutschlands oder den Flüchtlingsräten und Pro Asyl wurden und werden ignoriert.

1) www.bamf.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/20150901-0018-eroeffnung-neue-as-manching.html

2) www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2015/06/2015-06-19-besprechung-regierungschefs-merkel.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

3) www.fluechtlingsrat-bayern.de/

4) www.huffingtonpost.de/2015/09/06/koalition-sichere-herkunftslaender_n_8097068.html

5) Siehe den Gastbeitrag von Karin Waringo auf Seite 20.



»Wir haben immer noch nicht verinnerlicht, dass Migration ein Teil unserer Realität ist – und ein Grundrecht jedes Menschen. Das Recht auf Mobilität. Das Recht, dorthin zu gehen, wo die Lebensbedingungen besser sind. Migration verhindern zu wollen ist, als würde man versuchen, die Sonne am Aufgehen zu hindern: Komplette sinnlos. Migration ist Normalität in einer globalisierten Welt, in der der Unterschied zwischen arm und reich eklatant ist.«
François Gemenne, August 2015 im »Stern«.

Immer wieder sieht man in Mazedonien Spuren der ausgeprägten »Arbeitsmigration«: etwa der deutschen Baumaterial-Firma Ceresit oder des deutschen Bauunternehmens STRABAG.

Laut Auswärtigem Amt ist Deutschland noch vor Serbien der größte Handelspartner des Landes. 2013 belief sich die mazedonischen Importe aus Deutschland auf 522 Millionen Euro. Insgesamt hätten die mazedonischen Importe 2013 4,97 Milliarden Euro betragen, die Exporte 3,21 Milliarden Euro. Das Handelsdefizit werde jedoch »durch Überweisungen von Auslands-Mazedoniern, Transferzahlungen im Rahmen internationaler Hilfe und Ausgabe von Staatsanleihen an ausländische Investoren sowie ausländische Direktinvestitionen und private Devisentransaktionen ausgeglichen«, erklärt das Auswärtigen Amt.

Die Lüge der sicheren Herkunftsstaaten

Gastbeitrag von Karin Waringo

Gekürzte und aktualisierte Fassung eines Vortrages der Politikwissenschaftlerin Karin Waringo, die für Pro Asyl Studien zur Sicherheit und Menschenrechtslage der Roma in den westlichen Balkanstaaten verfasste.*

2014 wurden Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina qua Gesetz zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Als solche gelten laut §29a AsylVfG »Staaten, bei denen aufgrund der allgemeinen politischen Verhältnisse die gesetzliche Vermutung besteht, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet.«¹

Diese Einstufung erfolgte jedoch nicht etwa aufgrund einer sorgfältigen Prüfung der Menschenrechtslage in den jeweiligen Staaten, sondern entsprach einer ausschließlich politischen Motivation, die darauf abzielt, potenzielle AsylbewerberInnen aus diesen Staaten davon abzuhalten, in Deutschland einen Asylantrag zu stellen.

Die Bundesregierung und der Bundestag, der dem Gesetzentwurf zustimmte, standen mit diesem Schritt mitnichten allein da, sondern Deutschland ist in dieser Hinsicht eher ein Nachzügler: Die Praxis »sicherer Herkunftsstaaten«, deren Angehörige nur mehr ein eingeschränktes Recht auf Asyl haben, ist in der EU weitverbreitet. Staaten wie Belgien, die Niederlande, Österreich oder auch Frankreich reagierten bereits frühzeitig auf den Anstieg der AsylbewerberInnenzahlen aus den Staaten des sogenannten westlichen Balkans, indem sie diese Staaten unmittelbar nach der Aufhebung der Visumpflicht für Kurzaufenthalte auf die Liste sicherer Herkunftsstaaten setzten. Andere Staaten wie Schweden und Norwegen und später auch die Schweiz, führten Schnellverfahren ein, als sicheres Signal an potenzielle Asylsuchende, dass sich die Asylsuche dort nicht (mehr) lohnt.

Die europäischen Staaten wollten somit verhindern, dass verarmte und ausgegrenzte Bevölkerungsschichten, allen voran die Roma, die in sämtlichen dieser Staaten diskriminiert und in der Wahrnehmung ihrer Rechte beschnitten sind, die neue Reisefreiheit nutzen, um sich dauerhaft in der EU niederzulassen.

Insgesamt lassen sich für alle drei Staaten, die nunmehr in der Bundesrepublik als sichere Herkunftsstaaten gelten, drei Personengruppen ausmachen, die in besonderem Maße riskieren, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden: Es handelt sich um JournalistInnen sowie alle anderen, die öffentlich Kritik an den politischen MachthaberInnen üben, Schwule und Lesben sowie Angehörige ethnischer Minderheiten, allen voran die Roma. Es schockiert, wenn man erfährt, dass regierungskritische JournalistInnen in Montenegro, das lange Zeit als westlich orientierter Reformstaat galt und auch auf der Liste der Staaten steht, die die Bundesregierung als sicher erklären will, nach wie vor und immer wieder Opfer von Anschlägen werden, was gerade in einem Kleinstaat, wo jeder jeden

kennt, unweigerlich die Frage nach einer Mitwisserschaft von Seiten der politischen MachthaberInnen aufwirft. In Mazedonien tobt ein erbitterter Kampf zwischen der konservativen Regierungsmehrheit und der sozialdemokratischen Opposition, bei dem der Regierung offensichtlich alle Mittel recht sind, um den politischen Gegner außer Gefecht zu setzen. Dazu gehört auch die politische Instrumentalisierung der Justiz, die in allen Balkanstaaten ein Problem bleibt.

Frauenhandel, häusliche Gewalt und die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind in allen Balkanstaaten ein Problem. Nun lässt sich einwenden, dass die Diskriminierung von Frauen überall in Europa ein Problem ist. Und es kann nicht darum gehen, westliche Stereotype zu reproduzieren und zu verbreiten, die auf den vermeintlichen Gegensatzpaaren basieren, dass der Westen für Aufklärung und Fortschritt und der Osten für Rückständigkeit und Ausbeutung der Frauen steht. Trotzdem möchte ich behaupten, dass es für eine Frau, die in entlegenen Landesteilen und Kleinstädten auf dem Balkan lebt, viel schwieriger ist, sich gegen eine traditionelle Rollenzuschreibung, Diskriminierung und sexistische Gewalt zu wehren. Gehört diese Frau noch zusätzlich einer Minderheit an, wird es erst recht schwierig, um nicht zu sagen hoffnungslos.

In den westlichen Balkanstaaten wächst die Zahl von Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben. In Bosnien ist dies ein Fünftel, in Mazedonien sogar ein Drittel der Bevölkerung. Aus meiner Zeit in Montenegro erinnere ich mich an eine ältere Dame, die bei mir an der Tür klingelte und um Almosen bat. Sie war keine Romni. Vielleicht war sie Kriegsflüchtling. Vor allem aber war sie arm und alt, dazu noch eine Frau. In einer Gesellschaft, in der Geld und Macht eng miteinander verknüpft sind, hatte sie schlechte Karten.

Situation der Roma

Die Situation der Roma ist insbesondere in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Dimension relativ gut dokumentiert, allerdings weniger

in Bezug auf die Frage, inwieweit diese Situation Ausdruck von Diskriminierung ist und ein Zugang zu gesetzlich oder qua Verfassung festgeschriebenen Rechten auch tatsächlich garantiert ist.

In Mazedonien, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro stehen Roma auf der untersten Ebene der Gesellschaftsformation. Eines der flagrantesten Beispiele hierfür ist der nahezu vollständige Ausschluss vom Arbeitsmarkt: In Mazedonien gelten 70 Prozent der Roma als arbeitslos. Ihr Anteil an den Beschäftigten staatlicher Einrichtungen liegt bei gerade einmal einem Prozent, bei einem geschätzten Bevölkerungsanteil von 9,6 Prozent. In Bosnien-Herzegowina gelten 99 Prozent aller Roma als arbeitslos. Die Folge davon ist ein Abdrängen in den informellen Sektor. Dies umfasst sowohl Gelegenheitsjobs im Auftrag von privaten ArbeitgeberInnen, wie z.B. Holzhacken oder Reinigungsarbeiten, als auch eigenständige Tätigkeiten, wie das Feilbieten von Waren und Dienstleistungen auf dem Markt oder auf der Straße.

Nur sind im Laufe der vergangenen Jahre die Verdienstmöglichkeiten im informellen Sektor durch eine zunehmende Reglementierung immer mehr eingeschränkt worden. Dies gilt beispielsweise für das Müllsammeln, eine Aktivität, von der in Serbien geschätzte 35.000 bis 55.000 Menschen, die meisten davon Roma, lebten. 2010 verabschiedete das serbische Parlament ein neues Abfallgesetz, das zum Ziel hat, das serbische System der Abfallentsorgung in Übereinstimmung mit europäischen Umweltnormen zu bringen. Das Müllsammeln wurde zu einem geregelten Gewerbe. Für individuelle MüllsammlerInnen, für die das Müllsammeln eine Überlebensstrategie ist, ist in dem Gesetz kein Platz mehr. Bei meinen Reisen nach Serbien begegnete ich mehrfach Personen, die beim nunmehr illegalen Müllsammeln »erwischt« wurden. Die Strafe hierfür beträgt umgerechnet 35 Euro, so viel, wie eine Tonne Altpapier einbringt. Ein Mann, den ich im südserbischen Bujanovac traf, gab an, dass er seine Strafe absitzen müsse, da er kein Geld habe, um sie zu bezahlen.

Je nachdem, welchen Blickwinkel man bevorzugt, kann man die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und die ökonomische Randstellung, die daraus erfolgt, als Ausgangspunkt aller anderen Formen von Diskriminierung betrachten oder aber man betrachtet sie selbst als Folge der Diskriminierung in anderen Bereichen, etwa im Bereich der Schule und Bildung.

Roma im Bildungssystem

In Mazedonien besuchen nur 74 Prozent aller Roma die Grundschule. Bei der restlichen Bevölkerung beträgt dieser Anteil 90 Prozent. Nur 27 Prozent der Roma besuchen eine Sekundarschule, verglichen mit 65 Prozent der restlichen Bevölkerung. Eine etwas ältere Erhebung aus Bosnien-Herzegowina ergab, dass 80 Prozent aller Romakinder überhaupt keine Schule besuchen, was durchaus realistisch ist angesichts der Tatsache, dass Roma in Bosnien noch stärker isoliert sind als in anderen Staaten. Viele Romakinder brechen die Schule frühzeitig ab, weil sie in der Schule gehänselt werden oder weil sie zum Einkommen der Familie beitragen müssen. Folglich vergrößern sich die Unterschiede zwischen Roma- und anderen Kindern mit wachsendem Alter.

Romakinder werden häufig in Sonderschulen oder Sonderklassen für Kinder mit Lernbehinderungen abgedrängt, obwohl sie dort eigentlich nicht hingehören. Zum Teil sind es auch die Eltern, die einer Einweisung in die Sonderschule zustimmen, diese sogar wünschen, um ihre Kinder vor Erniedrigungen durch das Lehrpersonal und Hänseleien durch andere Kinder zu schützen. Auch werden ihnen teilweise sogar wirtschaftliche Anreize geboten, ihre Kinder in die Sonderschule zu schicken.

Nun kann man durchaus davon ausgehen, dass die Arbeitslosigkeit der Roma mithin auch eine Folge ihrer Niedrigqualifizierung ist. Fakt ist aber auch, dass selbst hochqualifizierte Roma kaum eine Chance auf einen geregelten Arbeitsplatz haben. Für diese bleibt dann oft nichts anderes als der sogenannte Non-Profit-Sektor oder es bleiben die politischen Strukturen der Parteien, die sich die Interessen der Roma auf die Fahnen geschrieben haben, aber meist lediglich Juniorpartner einer der Mehrheitsparteien sind, was auch bedeutet, dass sie ihre politische Unabhängigkeit einbüßen.

Die Wohnsituation der Roma

Romasiedlungen liegen meist abgelegen von den Siedlungsgebieten der Mehrheitsbevölkerung. Die Bedingungen in diesen Siedlungen sind erbärmlich. Dies äußert sich bereits rein optisch in der Abwesenheit von Asphalt auf den Straßen oder dadurch, dass die Straßen nicht gereinigt sind. In Serbien wurden 593 solcher Siedlungen ausgemacht, davon allein 137 in Belgrad.² Viele dieser Siedlungen sind nicht legalisiert, was ihre BewohnerInnen einer Situation von Rechtsunsicherheit aussetzt. Viele Siedlungen haben keinen Zugang zur öffentlichen Wasserversorgung und zur Abwasserentsorgung.

Dazu kommt, dass die Bedingungen in den Häusern und Wohnungen selbst oft erbärmlich sind. Das Entwicklungswerk der Vereinten Nationen, UNDP, untersuchte 2011 im Rahmen einer regionalen Studie eine Reihe von Faktoren, wie z.B. die Anzahl von Räumen, die Zahl von Quadratmetern, die jedeR BewohnerIn zur Verfügung hat, und den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Dabei stellte das UNDP fest, dass z.B. 17 Prozent aller Roma in Bosnien in Wohnungen leben, die nicht ans öffentliche Stromnetz angeschlossen sind. In Bosnien heizten 92 Prozent der Roma mit festem Brennmaterial, das auch zum Kochen diente, wobei nur zwei Fünftel einen Raum hatten, der ausschließlich zum Kochen genutzt wurde.

Viele Roma sind nicht in der Lage ausstehende Rechnungen für Strom und Wasser zu zahlen. Dies führt etwa in Serbien regelmäßig dazu, dass ganze Viertel und Siedlungen von der Stromversorgung abgeschnitten werden.

Auch Zwangsräumungen von Romasiedlungen sind insbesondere in Serbien trotz internationaler Proteste nach wie vor an der Tagesordnung. Die Entstehung dieser Siedlungen an den Rändern der serbischen Großstädte oder zum Teil sogar in deren Zentren ist zum Teil auch die Folge eines Prozesses der Binnenmigration, bei dem sich Roma aus deindustrialisierten Landesteilen in wirtschaftlich dynamischeren Städten ansiedeln, wo sie hoffen, ein Auskommen zu finden. Dort stoßen sie auf Flüchtlinge aus dem Kosovo. Beide Gruppen werden dann im Zuge des Urbanisierungs- und Gentrifizierungsprozesses erneut an den Stadtrand abgedrängt, wo sie kein Auskommen finden.

Gesundheit und Soziales

Viele Roma geben im Laufe ihres Asylverfahrens an, dass sie krank seien und in ihren Heimatländern keine angemessene medizinische Behandlung finden. Tatsächlich besteht sowohl in Serbien als auch in Mazedonien ein staatliches Gesundheitssystem, zu dem der Zugang im Prinzip frei ist. In der Praxis ist es so, dass Zusatzzahlungen geleistet werden müssen, um bestimmte Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können. Medikamente sind nicht immer frei. Untersuchungen zeigen, dass Roma und arme Personen sich Medikamente oft nicht leisten können und ÄrztInnen daher erst gar nicht aufsuchen.

Trotz des Einsatzes von sogenannten GesundheitsmediatorInnen bleibt die Diskriminierung von Roma im Gesundheitssystem ein Problem. So gibt es immer wieder Berichte, wonach ÄrztInnen und medizinisches Personal sich weigern, Roma zu behandeln. Aus Serbien wurde berichtet, dass das Krankenhauspersonal Romnia, die kurz vor der Entbindung standen, allein ließ, mit dem Argument, sie hätten ja schon so viele Kinder und daher genug Erfahrung damit, wie man Kinder zur Welt bringt.

Der Zugang zum Gesundheits- und Sozialsystem stellt aber auch insgesamt ein Problem dar. Dieses Problem besteht besonders deutlich für Flüchtlinge und Binnenvertriebene, die oft nicht über die notwendigen Papiere verfügen, um sich den Zugang zu ihren Rechten zu sichern. In der Praxis zeigt sich aber auch, dass Roma oft nicht über ihre Rechte informiert sind und diese auch daher nicht zur Geltung bringen können. Dies wird noch dadurch verschärft, dass vieles »informell« geregelt wird, was bedeutet, dass die jeweiligen SozialarbeiterInnen einen großen Ermessensspielraum in ihren Entscheidungen haben. Dies wurde beispielsweise bei einem Besuch im südserbischen Vranje deutlich, wo Roma berichteten, dass ihr Antrag auf Sozialhilfe mit dem Argument abgelehnt wurde, sie hätten ja ein Haus.

Sozialhilfe ist sowohl in Serbien als auch in Mazedonien so niedrig bemessen, dass sie

zum Überleben nicht reicht. So stellte die Kommission für die Europäische Sozialcharta im Januar 2014 fest, dass Serbien gegen Artikel 13.1 dieser Charta verstößt, womit sich die Vertragsparteien verpflichten »sicherzustellen, daß jedem, der nicht über ausreichende Mittel verfügt und sich diese auch nicht selbst oder von anderen, insbesondere durch Leistungen aus einem System der Sozialen Sicherheit, verschaffen kann, ausreichende Unterstützung gewährt wird«. Die Kommission stellte fest, dass die serbische Sozialhilfe so knapp bemessen ist, dass Menschen, die auf sie angewiesen sind, unterhalb der Armutsgrenze leben.

Das Ausmaß der Diskriminierung

Die meisten Roma geben als AsylbewerberInnen an, in ihrem Heimatland diskriminiert zu werden. Die Diskriminierung zu messen ist schwierig. Allerdings werden Roma in Umfragen regelmäßig als die am stärksten diskriminierte Gruppe genannt, so dass sowohl internationale Organisationen als auch die nationalen Ombudseinrichtungen, die Institutionen der Menschenrechtsbeauftragten, davon ausgehen, dass Roma von allen benachteiligten Bevölkerungsgruppen am stärksten diskriminiert werden. Dies äußert sich auch darin, dass sie keinen Zugang zu öffentlichen Einrichtungen haben. In der mazedonischen Hauptstadt Skopje verweigerten beispielsweise Anfang 2013 Beschäftigte eines neu eröffneten Schwimmbads Romakindern den Einlass, mit dem Argument, dass einige Tage zuvor »wilde Romakinder« im Schwimmbad gewesen seien. Im März 2014 wurde die serbische Firma Nicefoods als Betreiber der serbischen McDonalds-Lokale im serbischen Novi Sad erstinstanzlich zu einer Geldstrafe von 860 Euro verurteilt, da sie Romakindern den Einlass zu einem ihrer Lokale verwehrt hatte.³ Das Urteil ist einmalig, da es nur selten vorkommt, dass solche Fälle überhaupt vor Gericht kommen.

Roma werden immer wieder auch Opfer von Gewalt. Dieses Thema ist gänzlich unterbelichtet, wohl auch, weil sich die Aufmerk-

samkeit der NGOs heute vor allem auf Integrationsmaßnahmen richten, die die Regierungen unter der Leitung internationaler Organisationen einrichten. In Mazedonien, wo das mazedonische Helsinki-Komitee im Zeitraum zwischen Ende Februar 2013 und Ende November des gleichen Jahres 116 sogenannte Hassverbrechen ausmachte, wurde kein einziger Angriff auf Roma vermerkt. Dies erscheint auch nicht weiter verwunderlich, zumal sich das Helsinki-Komitee fast ausschließlich auf Medienberichte bezieht, deren Aufmerksamkeit sich vor allem auf die anhaltenden Spannungen zwischen der mazedonischen Mehrheit und der albanischen Minderheit richtet. Das mazedonische Helsinki-Komitee selbst bemerkt dazu, dass die Abwesenheit von Informationen über rassistische Angriffe auf Roma nicht heißt, dass diese Angriffe nicht stattfinden, sondern lediglich, dass nicht über sie berichtet wird. | » 94

In Serbien stellt sich das Problem der Skinheadgewalt, die sich vor allem gegen ethnische und sexuelle Minderheiten richtet. Serbische Medien berichten zuweilen von Brandanschlägen auf Behelfsunterkünfte von Roma. Diese Anschläge werden aber offensichtlich nur dann thematisiert, wenn Personen dabei zu Schaden kommen. Im Juni 2013 berichteten mir BewohnerInnen einer Romasiedlung in einem Randbezirk Belgrads glaubhaft, dass sie mehrfach von Skinheads oder »gelangweilten Jugendlichen« angegriffen wurden, die Polizei aber ein Einschreiten nicht nötig fand. Im März 2013 griffen rechtsradikale Jugendliche in der nordserbischen Kleinstadt Becej einen Romajugendlichen an und ließen ihn anschließend bewusstlos in einer Lache liegen, wo er verstarb. Der Anführer der Gruppe erhielt anschließend eine Jugendstrafe von zwei Jahren Haft, weil er zum Zeitpunkt der Tat noch keine 16 Jahre alt war.

Ebenfalls in Serbien kam es in den vergangenen Jahren wiederholt zu Angriffen von NachbarInnen auf die Häuser und Wohnungen von Roma. Ein solcher Fall ereignete sich Ende vergangenen Jahres im Belgrader Stadtteil Zemun, wo aufgebrachte Bürger mehrere Tage unter Schlachtrufen wie »Wir wollen keine Zigeuner!«, »Bringt sie um! Schlachtet sie!« durch die Straßen zogen, nachdem Medien über Fälle von Krätze in einer Grundschule berichtet hatten. Die Roma wurden anschließend für das Aufkommen der Krätze verantwortlich gemacht.

Roma werden auch Opfer von Polizeigewalt. Im März 2013 wurden beispielsweise mehrere unbeteiligte Roma in einem mehrheitlich von Roma bewohnten Vorort der mazedonischen Hauptstadt Skopje von der Polizei, die auf der Suche nach einem flüchtigen Straftäter war, her-

umbugsiert oder sogar verprügelt. Vier Personen wurden in Haft genommen. Ein ähnlicher Zwischenfall ereignete sich drei Jahre zuvor bei einer Kontrolle auf dem Markt der Romagemeinde Šuto Orizari. | » 86

Roma werden immer wieder Opfer behördlicher Willkür. So veröffentlichten mazedonische Medien im September 2014 einen bemerkenswerten Bericht über die nordwestmazedonische Stadt Kumanovo, in der ca. 6.500 Roma leben. Der Bericht war überschrieben mit »Kumanovo: eine Stadt mit ethnischer Strafverfolgung und drakonischen Strafen«. Bemerkenswert daran ist die Tatsache, dass die mazedonische Ombudsbehörde, die in der Stadt vertreten ist, offensichtlich über keine der 115 Diskriminierungsfälle, die bei einer lokalen NGO vorgetragen wurden, unterrichtet ist.

Roma, die Opfer von Gewalt oder anderen Straftaten werden, zögern oft, sich an die Polizei zu wenden, da sie überzeugt sind, dass diese doch nichts unternehme oder sogar Angst haben, ihrerseits Opfer von Polizeiwilkkür zu werden. So ergab eine serbische Studie zum Sicherheitsempfinden der Roma, dass diese »das Innenministerium im Allgemeinen neutral oder negativ wahrnehmen, mancherorts allerdings, wie zum Beispiel in Niš, betrachten sie die Polizei als Gefahr für die eigene Sicherheit, als korrumpiert und ineffektiv«. Selbst diejenigen, die die Polizei als neutral betrachteten, waren überzeugt, »dass die Polizei formell ihrer Pflicht nachkommt, später es aber nicht zu einer Lösung des konkreten Problems kommt«. Zu einer ähnlichen Einschätzung kam auch eine bosnische NGO, die berichtete, dass die Polizei regelmäßig wegen Brandanschlägen und anderen Angriffen auf Roma ermittle, diese Ermittlungen jedoch zu keinem Ergebnis führen würden.⁴

Die Sicht der EU-Kommission

Interessant ist in dem Zusammenhang, wie sich aus Sicht der europäischen Kommission die Lage der Roma in den drei nunmehr als sicher geltenden Balkanstaaten darstellt.

Zu Bosnien schreibt die Kommission in ihrem Fortschrittsbericht von Oktober 2014, dass die »Kindersterblichkeit von Kindern unter einem Jahr drei Mal höher« sei als die allgemeine Kindersterblichkeit. Nur zwei von drei Romakindern besuchten die Grundschule und nur 23 Prozent den Sekundarunterricht. »Die Diskriminierung gegen Roma ist weiterhin weit verbreitet«, Roma seien auch weiterhin »die am stärksten gefährdete Minderheit in Bosnien«.

Zu Mazedonien konstatiert die EU-Kommission im gleichen Fortschrittsbericht, Angehörige der Romaminderheit lebten »auch weiterhin in tiefer Armut und litten unter armseligen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen«. Weiter heißt es: »Vorurteile und Diskriminierung gegen Roma herrschen auch weiterhin vor, insbesondere im Bereich der Beschäftigung«. Die Gesundheitsversorgung und Ernährung von Romakindern biete »Anlass zur Sorge«. Sie »leiden am meisten unter Stigmata, Diskriminierung und [ethnischer] Segregation«. Es seien Maßnahmen ergriffen worden, um die Schulabbrecherquote bei Romakindern zu reduzieren. Trotzdem bleibe dies ein Problem. Romakinder würden getrennt unterrichtet und seien »übermäßig in Sonderschulen repräsentiert«.

Zu Serbien schließlich berichtet die EU-Kommission: »Die Lebensbedingungen der Roma sind auch weiterhin schwierig«. Roma, die in einer der vielen informellen Siedlungen innerhalb des Landes leben, sind einer starken Diskriminierung im Zugang zur Gesundheits- und Sozialversorgung, zur Beschäftigung, zu angemessenem Wohnen, einschließlich einer Grundversorgung im Bereich der Abwasserentsorgung, Strom und Wasser ausgesetzt«. Die Schulabbrecherquote von Romakindern sei »nach wie vor hoch«. Und: »Trotz einiger Verbesserungen sind Roma, insbesondere Romafrauen, die am stärksten diskriminierte Gruppe auf dem Arbeitsmarkt«. Romafrauen und -kinder würden auch weiterhin regelmäßig Opfer häuslicher Gewalt, die selten zur Anzeige gebracht wird.

Es ist demnach klar, dass auch in einer eher konservativen Sichtweise ein schwerwiegendes Problem struktureller Diskriminierung vorliegt, das sich durch alle Lebensbereiche zieht. Dies wird in der Begründung des Gesetzes, das die drei Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt, auch nicht negiert. Im Gegenteil erkennt die Bundesregierung in ihrer Argumentation zu Bosnien und Mazedonien sogar an, dass »Diskriminierung und soziale Ausgrenzung zwar eine erhebliche Härte darstellen« können, sie bezweifelt allerdings, dass diese gemeinhin »mit Verfolgung oder ernsthaftem



Der Bus Nummer 19 fährt vom Zentrum Skopjes aus in 15 bis 20 Minuten nach Šuto Orizari, kurz und ironisch Šutka genannt (was »Witz« bedeutet). Das Viertel ist einer von zehn Gemeindebezirken Skopjes: Hier leben mehrere zehntausend Menschen, die meisten von ihnen Muslime und wenige Christen. Romanes ist offizielle Sprache. Einer der wichtigsten Orte ist der Markt, der »Europabasar« am Eingang des Viertels.

Schaden im asylrechtlichen Sinne gleichzusetzen« seien.

Ich hatte selbst mit einer serbischen Roma-familie zu tun, die ein Kleinkind verloren hatte, weil sie nicht in der Lage war, es zu ernähren. Nun mag man einen solchen Fall, von dem es sicherlich viele gibt, als bedauerlich darstellen und tatsächlich erhielt diese Familie weder in Deutschland noch in Luxemburg Asyl. Stattdessen aber sollte man bei den politischen MachthaberInnen des jeweiligen Staates nachfragen, wie es sein kann, dass eine ganze Bevölkerungsgruppe wirtschaftlich so an den Rand gedrängt wird, dass sie nicht mehr in der Lage ist, ihr Auskommen und das ihrer Kinder zu sichern.

Ich wähle diese Terminologie bewusst, da das Handbuch des UN-Flüchtlingswerks zur Feststellung des Flüchtlingsstatus von 1979 feststellt, dass Diskriminierung, die in der Konsequenz dazu führt, dass eine Person nicht mehr in der Lage ist ihren Lebensunterhalt zu bestreiten einer Form von Verfolgung gleichkommen kann und somit ein Asylgrund ist.

Die Einstufung Serbiens, Mazedoniens und Bosnien-Herzegowinas als sichere Herkunftsstaaten ist eine politische Entscheidung. Sie zielt darauf ab, ein sicheres Signal an potenzielle AntragstellerInnen zu richten, dass sich eine Asylsuche in Deutschland gar nicht lohnt. Im Sommer 2015, also fast ein Jahr nachdem das Gesetz verabschiedet wurde, ist klar, dass dieses Ansinnen keinen Erfolg hatte: Die Zahl der Asylsuchenden ist sogar gestiegen. In der ersten Jahreshälfte 2014 – also vor Verabschiedung des Gesetzes – stellten 9.361 serbische BürgerInnen einen Asylantrag. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge waren es im gleichen Zeitraum 2015 insgesamt 15.822 Anträge. Auch für Asylsuchende aus Mazedonien wurde fast eine Verdoppelung der Asylsuchenden festgestellt: von 3.736 im ersten Halbjahr 2014 auf 6.704 im gleichen Zeitraum 2015. Ebenso stiegen die Zahlen aus Bosnien-Herzegowina bis zum Sommer 2015 an.

In jedem Fall bedeutet die Einstufung dieser Staaten als »sicher« einen politischen Le-

gitimitätsverlust: Nicht nur wird es in Zukunft noch schwerer sein, Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und andere Balkanstaaten darauf hinzuweisen, dass elementare Rechte wie das Recht auf Arbeit, Wohnen, Bildung und Gesundheitsversorgung oder auch der Schutz vor Gewalt und Diskriminierung dort nicht vollends garantiert werden. Mehr noch, Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten wie die EU überhaupt, haben abermals deutlich gemacht, dass sie es mit den Rechten der Roma nicht wirklich ernst meinen und ihre gesellschaftliche Ausgrenzung bestenfalls als Fatalität betrachten. Die Auswirkung dieser fatalen Politik zeigt sich heute darin, dass Roma erneut zwischen den einzelnen Ländern in Europa hin- und hergeschoben werden, statt dass Europa sich endlich daransetzt, die Gründe für ihre Flucht zu be-

1) Siehe: Bundesregierung: Herkunftsstaaten, Sichere, verfügbar unter: www.bundesregierung.de/Content/DE/Lexikon/IB/H/herkunftsstaaten.html.

2) Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12–15 June 2011, Abs. 100, Seite 17.

3) www.balkaninsight.com/en/article/serbia-mcdonald-s-to-appeal-roma-discrimination-fine.

4) »Roma Women and Men and Security Sector Reform in the Republic of Serbia. How Roma Women and Men Perceive Their Own Security and the Functioning of Security Sector Institutions«, Public Policy Research Centre, Belgrade, 2014, <http://publicpolicy.rs/publikacije/d8d89ad852091936d45460ddab672e49a0d87c45.pdf>.

* Karin Waringo ist Präsidentin der NGO »chachipe« (Luxemburg, romarights.wordpress.com). Sie beschäftigt sich seit 15 Jahren mit der Situation von Minderheiten in der Region und wurde als Sachverständige vor der Entscheidung zur Lage in den Herkunftsstaaten angehört und warf der Bundesregierung vor, sich in einer »oberflächlichen Art und Weise an den rechtlichen Kriterien« abzuarbeiten, nur um die drei Staaten als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Die gesellschaftliche Diskriminierung der Roma werde »einfach ignoriert oder verharmlost«. Für die Mehrheit der Roma gibt es kein Entrinnen aus dem »nahezu vollkommenen gesellschaftlichen Ausschluss«. Außerdem gibt es in allen drei Staaten »zum Teil gravierende politische und soziale Spannungen, die zum Teil ethnisch überlagert sind«.



In Šutka lehnen Paläste und Hütten aneinander.

Zynisch mutet es an, wenn die Geflüchteten aus dem Kosovo »Geisterroma« genannt werden, weil sie unregistriert und ohne Zugang zu Lebensnotwendigem gar nicht richtig existieren.
| 68



Eine ländliche Idylle

VON EINEM ROM
AUS NORDDEUTSCHLAND

Ich bin in Skopje in Mazedonien geboren. Meine Familie gehört zur ethnischen Minderheit der Roma. Das bedeutete, dass unsere Familie kein richtiges Zuhause und keinen festen Wohnsitz hatte. Wir Kinder hatten nie eine sichere feste Bleibe. Wir fühlten uns nirgends zugehörig. Ich war zwei, drei Jahre in Kroatien, zwei Jahre in Mazedonien, wuchs sowohl bei meinen Eltern wie auch bei meinen Großeltern und weiteren Verwandten auf. Während des Balkankrieges mussten wir flüchten. Ich bin mit vielen Sprachen aufgewachsen, zum Beispiel Serbokroatisch, Mazedonisch, Romanes und Deutsch. Die deutsche Sprache war dann schließlich die, die sich in mich als Muttersprache einschrieb.

Unsere erste Station in Deutschland war ein kleiner Ort. Als Kind gefiel mir die Landschaft, in der ich zum ersten Mal Weinanbaugebiete und Schiefer sah.

1992 wurden wir das erste Mal abgeschoben. Für mich war diese Abschiebung vollkommen unverständlich, weil meine Eltern mit uns Kindern darüber nicht sprachen. Bis heute sprechen wir nicht darüber. Innerhalb eines Jahres flohen wir erneut aus Skopje, weil der Krieg immer noch herrschte. Meine Mutter wurde mit uns Kindern an der Grenze gestoppt. Ich erinnere mich, wie sie mit mir und meiner Schwester zu Fuß über die Grenze wollte. Ich vergesse das nie, an der Grenze hielten zwei Polizisten sie auf und schleppten sie zurück: an den Haaren. Hinter der Grenze trafen wir auf Busfahrer, die nicht wussten, dass meine Mutter sie verstehen konnte und auf türkisch über sie redeten: ›Lass uns sie vergewaltigen und sie an den Straßenrand schmeißen‹. Ich weiß nicht mehr, wie wir zurückkamen, und auch nicht, wie wir wieder nach Deutschland gelangten. Wir landeten wieder auf dem Land. Ich sah zum ersten Mal Fachwerkhäuser. Aus Mazedonien kannte ich zertrümmerte und zerstörte Häuser. Dann wurde ich eingeschult. In der Grundschule habe ich mich wohl gefühlt, mit Hilfe von meinen Lehrern und Mitschülern. Für mich war die Schule ein sicherer Platz, an dem ich mich geborgen fühlen und viel lernen konnte. Es war eine ländliche Idylle mit Schwimmbad, Turnhalle und riesigem Spielplatz.

Trotzdem hatten meine Eltern permanent Angst vor der Abschiebung. Wie sie sich fühlten, ist mir erst jetzt klar geworden. Doch schon als kleines Kind war ich mit ihrer Angst latent konfrontiert. Täglich waren sie damit beschäftigt und überließen uns Kinder uns selbst. Die Elternsorgen verankerten sich tief in meiner Kinderseele.

Und doch, dieses Dorf war ideal, um mich zu entfalten. Nach der Grundschule besuchte ich die Oberschule, zu der ich mit dem Bus fuhr, sechzig Kilometer. An dieser Schule traf ich eine Lehrerin, ohne die ich nicht wäre, was ich heute bin. Sie schimpfte zwar mit mir, aber im Positiven, sie half mir viel.

In dieser Zeit kam meine schwerbehinderte Schwester zur Welt, die ich als Ältester später oft versorgte. Viele Nächte habe ich sie zum Schlafen gebracht, während meine Eltern unterwegs waren. Nach ihrer Geburt wurden meine erste Schwester und ich für sieben Monate bei Verwandten zurückgelassen, da meine zweite Schwester nicht aus dem Krankenhaus entlassen wurde. Nach sieben Monaten sah ich meine Schwester zum ersten Mal. Es dauerte zwei Jahre, bis wir die Genehmigung erhielten eine eigene Wohnung zu mieten. Wir zogen um und die Schule war nur noch drei Haltestellen entfernt. Mit dreizehn Jahren bekam ich zum ersten Mal ein eigenes Zimmer und ein eigenes Bett und war relativ zufrieden. Doch nur für eine kurze Zeit. Eineinhalb Jahre nach unserem Umzug kamen um vier Uhr morgens mehrere Polizeibeamte mit Hunden und umzingelten unser Haus. Unsere Eltern wussten, dass wir abgeschoben werden sollten, und warteten darauf, dass der Anwalt Widerspruch einlegen würde. Die eine oder andere Nacht schliefen wir bei Verwandten, in dieser waren wir zuhause. Wir wurden wie Kriminelle behandelt und ich fühlte mich vollkommen ohnmächtig in dieser Situation. Als ich sah, dass meinem Vater Handschellen angelegt wurden, bekam ich Todesangst. Ich habe nicht verstanden, als sie sagten, sie würden uns in unser »Heimatland« abschieben. Meine Heimat war, ist und bleibt Deutschland. Ich hab so geweint. Ich schrie verzweifelt. Und dann wurden wir zum Flughafen transportiert.

In Skopje mussten wir bei Null anfangen. Alles war fremd. Die Sprache. Die Buchstaben. Die Menschen. Die Umgebung. Alle Häuser waren kaputt und viele Menschen dachten, weil wir aus Deutschland kämen, hätten wir Geld. Ich musste fleißig sein, um den Anschluss zu bekommen. Mit meiner Mutter hatten wir deutsch oder einen Mix aus den verschiedenen Sprachen gesprochen. Ich konnte weder mazedonisch noch romanies wirklich sprechen.

Ich erfüllte mir dort meinen sehnlichsten Wunsch, eine Satellitenanlage mit der ich deutsches Fernsehen schauen konnte. Damit schloss ich mich in meinem Zimmer ein und stellte mir vor, dass ich immer noch in Deutschland sei. Für meine Eltern war es schwer, mich aus diesem Zimmer zu bekommen. Mit Mühe schaffte ich das Abitur und studierte bis zum siebten Semester. Wie jeder andere Mensch strebte ich nach einem besseren Leben. Mit harter Arbeit versuchte ich neben meinem Studium meine Familie zu unterstützen. Die Verhältnisse in meiner Umgebung waren mit einem Wort katastrophal. Es gab weder warmes noch sauberes Wasser. Keine Kanalisation, keine intakten Straßen, keine Stromversorgung. Geschweige denn eine Gesundheitsversorgung. Jederzeit zu duschen war genauso undenkbar wie eine gute medizinische Versorgung, zum Beispiel für meine Schwester. In mir tauchte die Frage auf, wie man diese Verhältnisse ändern könnte.

Die Bezirksregierung beschloss, unsere Siedlung abzureißen, weil sie als illegal galt. Von dem Moment an war mir klar, dass ich mich politisch engagieren musste. Topana liegt geografisch sehr zentral auf einem Gebiet, das für Investoren lukrativer Baugrund wäre. Der Bezirksbürgermeister verkaufte einen Teil, auf dem eine Tankstelle errichtet wurde. Die 2008 errichtete US-amerikanische Botschaft grenzt direkt an unsere Siedlung und auch die historische Altstadt. Die Wohnungspreise in der Gegend sind explodiert.

US-amerikanische Botschaft in Skopje.



Die albanische Partei DUI (PDSH) versprach Hilfe, wollte über zwanzig Roma Arbeit geben und mich in den Bezirksausschuss bringen, wofür ich Gehalt bekommen hätte. Als Gegenleistung sollte ich beim Wahlkampf helfen. Um für die Partei Wählerstimmen zu sammeln, gaben sie mir Geld, um die Stimmen zu kaufen. Diese Art Wahlmanipulation ist in Mazedonien üblich. Die Gegenpartei bot das gleiche an. Fast alle Roma nahmen von beiden Seiten Geld (300 Dinar von der einen, 250 Dinar von der anderen Seite – das sind fünf Euro). Sie hatten aber nur eine Stimme. Daher verlor »unsere« Partei in »unserem« Gebiet, trotz der gekauften Roma, denn einige hatten ihre Stimmen doppelt verkauft. Manche gingen überhaupt nicht wählen und gaben nicht einmal eine Stimme ab. Die Lokalpolitiker waren nicht attraktiv, weil sie über Versprechungen hinaus nichts taten. Daher ging ihre Rechnung nicht auf. Als am Wahlabend die Stimmen ausgezählt wurden und sich bei einer Feier mit circa tausend Leuten herausstellte, dass in unserem Bezirk nicht genug Parteistimmen gesammelt worden waren, sah die Menge uns Roma böse an. Wir waren circa 30 Leute und dachten bis dahin, wir gehörten dazu. Nach der verlorenen Wahl in unserem Bezirk verlangte die albanische Partei das Geld von mir zurück. Sie kamen zu mir und drohten, wenn ich bei der nächsten Wahl nicht genug Stimmen für sie sammelte und das Geld nicht zurückgäbe, dann brächen sie mir die Beine oder Schlimmeres.

In der Zeit war meine Frau schwanger. Es bestand die Gefahr einer möglichen Behinderung des ungeborenen Kindes. Die regierende Partei drohte, meiner Frau die Krankenversicherung zu streichen. Wir wären gezwungen gewesen, eine private Klinik für die Entbindung zu besuchen. Da ich weder das Geld für eine private Entbindung noch das Geld für den Wahlbetrug hatte, blieb mir nichts anderes übrig, als das Land fluchtartig zu verlassen. Nachdem ich Mazedonien bereits verlassen hatte, wurde auch meine Familie bedroht. Bei einer Rückkehr fürchtete ich, neben der Obdachlosigkeit und dem fehlenden Zugang zur Sozialversorgung (Krankenkasse, Sozialhilfe

etc.), den Machenschaften der albanischen Partei und ihrer Verstrickung in mafiöse Netzwerke schutzlos ausgeliefert zu sein.

Inzwischen ist Deutschland nicht nur faktisch, sondern auch sozial und emotional wieder zu meinem Lebensmittelpunkt geworden. Meine Familie und ich haben hier viele Freundschaften aufgebaut und fühlen uns hier fest verankert. Seit meiner Ankunft habe ich mich in zahlreichen Initiativen und Vereinen engagiert.

Meine Frau ist auch in Skopje geboren, wir kennen uns schon seit über zehn Jahren. Uns verbindet neben vielem anderen unsere ähnliche Geschichte. Sie spricht sehr gut deutsch, war als Kind mit ihren Eltern in Deutschland und teilt wie ich die Erfahrung der Abschiebung in der Kindheit. Unsere Kinder gehen leider noch nicht in den Kindergarten, wir wurden bereits dreimal abgelehnt, da es keine Plätze gibt. Heute versuchen wir unseren Kindern ein sorgenfreies Leben zu ermöglichen und ihnen nichts von dem Druck zu vermitteln, unter dem wir beide jetzt stehen. Wir beschreiben einen Kreis, über mehrere Generationen, mit diesem ganzen Hin und Her und den Abschiebungen. Unsere Kinder haben wir in Deutschland auf die Welt gebracht und wünschen uns, dass sie nicht unsere Erfahrungen wiederholen müssen. Mir ist wichtig, dass meine Kinder schon früh das Gefühl bekommen einen eigenen Platz zu haben, ohne Angst davor, dass ihnen dieser genommen wird. Meine Frau hat eine Ausbildung abgeschlossen und würde ihrem Beruf auch gerne wieder nachgehen, sobald wir einen Kitaplatz für die Kinder gefunden haben. Nach ihrer Abschiebung aus Deutschland im Alter von 14 Jahren ging sie nicht mehr zur Schule (in Mazedonien), daher konnte sie keinen Schulabschluss machen. Bis heute kann sie nicht das kyrillische Alphabet, sie spricht Welten besser deutsch als mazedonisch. Wenn sie zurückmüsste, drohte ihr genau wie mir die Verfolgung durch die Parteimitglieder, die nicht nur mich, sondern meine ganze Familie ins Visier nehmen würden.

Als Kind war ich mit ihrer Angst latent konfrontiert

Advokat des Teufels

Roma sind Institutionen und der Gewalt der Polizei ausgeliefert

Razzien, Misshandlungen, unbegründete Festnahmen:

Roma sind in Mazedonien besonders häufig von willkürlicher Gewalt durch die Polizei betroffen. Menschenrechtsorganisationen und die EU äußern Bedenken ob der Folgenlosigkeit der Misshandlungen. Die faktische Rechtsfreiheit für die TäterInnen führt zu rassistischen Kontinuitäten.

Es ist gegen halb neun Uhr abends, als Herr M. sieht, wie vier Polizisten auf seinen 17-jährigen Sohn und dessen 12-jährigen Cousin in Skopje Kale, der Altstadt am Fuße der Stadtfestung, einprügeln. Er kommt angerannt, darf sich aber nicht nähern und muss die andauernde Misshandlung mitansehen. Den Minderjährigen wird Diebstahl einer Handtasche vorgeworfen, heißt es später. Und es stellt sich heraus, dass die Polizisten der Spezialeinheit »Alfa« angehören. Der Ältere der beiden wird verhaftet. Auf der Polizeiwache wird versucht, ihn mit Schlägen zum Geständnis zu zwingen. Erst Stunden später hat das Martyrium ein Ende. Er wird entlassen – aus Mangel an Beweisen.

Dieser Vorfall ereignete sich Mitte Mai letzten Jahres und ist beispielhaft für das gezielt gewaltsame Vorgehen der Polizei und Sondereinheiten insbesondere gegen Roma.

»Ja, es gibt diese gewaltsamen Übergriffe der Polizei gegen Roma«, erklärt Voislav Stojanovski vom Helsinki-Komitee in Skopje. »Doch nur selten sind die Vorfälle so gut dokumentiert wie dieser.« Das bestätigen Augenzeugenberichte von nach Deutschland Geflüchteten genauso wie verschiedene NGOs. Auch die Gesellschaft für bedrohte Völker kennt »glaubhafte Berichte über Folter und Misshandlung« durch PolizistInnen.¹

Es sind also nicht nur die willkürlichen Ausreiseverbote, unberechtigte Passwegnahmen oder die gezielten Kontrollen aufgrund ethnischer Merkmale in Bussen, an Bahnhöfen oder Flughäfen, die den alltäglichen Rassismus gegen Roma beschreiben.² Dem »Racial Profiling«³ folgen brutale Angriffe, unbegründete Festnahmen und die körperliche Gewalt von PolizistInnen gegen Roma. Mittlerweile sind 23 Prozent der Inhaftierten in Mazedoniens Gefängnissen Angehörige der Roma. Dabei stellen sie offiziell nur gut 2 Prozent der Bevölkerung. Und im Gefängnis geht die Gewalt weiter. Im Jahr 2013 haben den Menschenrechtsbeauftragten der mazedonischen Regierung, Ombudsmann Ixhet Memeti, 247 Anzeigen von In-sassInnen über Misshandlungen erreicht. Eine davon, die dem Opfer fast das Leben kostete, führte zu einer Verurteilung mit Gefängnisstrafe.

Doch nicht nur Einzelpersonen werden schikaniert, verhaftet, misshandelt und von StaatsbeamtInnen angegriffen. In Topana, dem mehrheitlich von Roma bewohnten Stadtteil in Skopje, kam es 2013 bei einer Razzia zu grundlosen Hausdurchsuchungen und brutalen körperlichen Misshandlungen. Über 100 PolizeibeamtInnen und Angehörige der Spezialeinheit »Alfa« waren im Einsatz. Gewaltsam und ohne behördliche Ermächtigung verschafften sie sich Eintritt in Privathäuser und Geschäfte.

Die Überwachungskamera eines Geschäfts dokumentierte dabei den brutalen Übergriff auf den Besitzer und seine KundInnen. Er hat mithilfe des Helsinki-Komitees Anzeige erstattet, diese später aber zurückgezogen. Denn die interne Polizeibehörde rät, sobald sie über Anzeigen informiert wird, den beklagten PolizistInnen zu Gegenanzeigen. So wird Druck erzeugt und die Betroffenen sollen eingeschüchtert werden. Das klappt leider auch.

»Statt sich unabhängig zu zeigen, wird sie zum Advokat des Teufels«, so Stojanovski über die interne Polizeibehörde. Darin sieht der Rechtsberater des Helsinki-Komitees die Hauptursache für die geringe Zahl der angezeigten und dann auch strafrechtlich verfolgten Übergriffe durch die Polizei. | 94 Auch im Fortschrittsbericht der EU werden »große Bedenken über die geringe Zahl von vollständig abgeschlossenen Untersuchungen« der Fälle von Misshandlungen geäußert.³ Diese Folgenlosigkeit ist alles andere als eine Motivation für Betroffene, vom Erlebten zu berichten. Die Zahl der tatsächlichen Fälle von Polizeigewalt gegen Roma ist hoch. Umgekehrt führt die faktische Rechtsfreiheit zu rassistischen Kontinuitäten. »Es wird weiterhin von solchen und ähnlichen Vorfällen berichtet«, formuliert das European Roma Rights Centre (ERRC) in einem Statement im April 2015. Sie fordern darin die mazedonische Regierung auf, die systematische Misshandlung von Roma insbesondere durch die Spezialeinheit »Alfa« vollständig zu untersuchen.⁴ Das UNHCR fordert daher folgerichtig den Status Mazedoniens als »sicheres Herkunftsland« erneut zu prüfen.

1) gfbvberlin.files.wordpress.com/2014/04/bericht_romadekade_ausfuerlich.pdf.

2) Nach Gründen für eine Diskriminierung befragt, nannten Roma aus eigener Erfahrung zwei Ursachen: Hautfarbe und die ethnische Zugehörigkeit (Quelle: Menschenrechtsbericht des Ombudsmanns der mazedonischen Regierung 2014).

2) Racial Profiling ist eine (polizeiliche) Praxis, die Leute auf Grund bestimmter Charakteristika, wie etwa Hautfarbe, zum Ziel von Kontrollen u.ä. macht.

Diese Praxis steht seit längerer Zeit in der Kritik, da sie auf Vorurteilen beruht und Menschen diskriminiert.

3) ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2014/20141008-the-former-yugoslav-republic-of-macedonia-progress-report_en.pdf, Seite 50.

4) www.errc.org/cms/upload/file/macedonia-uncat-submission-6-april-2015.pdf, Seite 5.

Hate crimes unregistered

Strukturelle Ausgrenzung nicht erfasst

INTERVIEW mit Voislav Stojanovski vom Helsinki-Komitee, Mazedonien.

SKOPJE. In welchen Bereichen sind Sie tätig? Das Helsinki-Komitee unterstützt Menschen, insbesondere Roma, denen die Bürgerrechte verwehrt werden oder die Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden sind. Wir stellen eine kostenlose Rechtsberatung, bereiten Klagen vor und begleiten Gerichtsverfahren. Dafür arbeiten wir mit lokalen und internationalen NGOs wie dem European Roma Rights Centre (ERRC) zusammen. Im Moment bauen wir eine Datenbank und eine Website auf, die »hate crimes«¹ dokumentiert. Außerdem untersuchten wir die Implementierung der nationalen Strategie zur Umsetzung der Ziele der Roma-Dekade in Bezug auf die Themen Wohnen, Gesundheit, Menschenrechte, Bildung und Kultur.

Was war das Resultat? Da war kein Resultat. Die Roma-Dekade war nur ein Stück Papier. Es ging um Infrastruktur, nicht um Integration.

Wie lautet die staatliche Einschätzung über die Diskriminierung von Roma? Offiziell heißt es, es gäbe keine Diskriminierung. Es gibt jedoch unzweifelhaft eine starke strukturelle Diskriminierung von Roma, auch durch Institutionen. Ich war selbst viele Male Zeuge davon. Ein Beispiel: Einmal war ich auf einer Polizeiwache. Dort wollte ein Rom einen Fahrraddiebstahl melden und anzeigen. Doch der Polizist antwortete nur: »Du hast ein Fahrrad?« Der Bestohlene wurde weggeschickt. Das ist die erste Ebene der Diskriminierung.

Passiert dies nicht überall? Also, ich habe selbst in Deutschland studiert und meinen Doktor in der Tschechischen Republik gemacht. In Tschechien, in Ungarn und in der Slowakei ist die Situation für Roma viel schlimmer. Es gibt dort typische »hate crimes«. Aber wenigstens bekommen sie dort Wohnraum oder Zugang zum Gesundheitssystem. Das ist in Mazedonien nicht der Fall. Der Unterschied zwischen Zentraleuropa und Mazedonien ist: Ja, es gibt in Mazedonien Diskriminierung. In der Tschechischen Republik aber, das habe ich selbst allzu oft erlebt, geschieht dies auf eine brutale Weise. Menschen werden auf offener Straße angegriffen und geschlagen. In Mazedonien ist das anders. Es gibt Demütigungen, aber die Bevölkerung greift Roma nicht an, schlägt sie nicht. Das macht nur die Polizei. Die Bevölkerung ist eher tolerant. Das größte Problem ist daher das staatliche Verhalten.

Können Sie das »hate crime«-Projekt beschreiben? Wir recherchieren und dokumentieren die Vorfälle, markieren sie auf einer Karte. So entsteht eine grafische Übersicht.

So sind auch Rückschlüsse auf politische Zusammenhänge und Ereignisse (wie etwa Wahlen) möglich.

Seit zwei Jahren arbeiten wir an dem Projekt und haben über 200 registrierte Fälle, davon ist nicht ein einziges Opfer Rom oder Romni. Die uns genannten Fälle von Gewalt gegen Roma sind nicht in diesem Projekt registriert, weil nicht genau überprüfbar ist, ob die Polizei explizit aus Gründen gehandelt hat, die »hate crimes« definieren.

Sind die Fälle von Misshandlungen durch die Polizei dokumentiert? Bisher wurden diese Vorfälle nicht separat dokumentiert. Im Anschluss an Fortbildungen durch den UNHCR in diesem Jahr zum Thema »hate crimes« soll dies geändert werden. Ob es allerdings erfolgreich ist, wissen wir nicht. Und wir glauben es auch nicht.

Besonders problematisch ist, dass wir die Fälle nicht durchgehend einsehen bzw. nachverfolgen können. Also von der Anzeige bis zum Gericht. PolizistInnen würden eine Anzeige an die Strafverfolgungsbehörde weiterleiten. Wir würden dann nach einem speziellen Vorfall fragen – so machen wir es immer – doch die Behörden antworten dann: Allein die Angaben von Datum und Ort reichen nicht, um den Vorfall in den Akten zu identifizieren. Dementsprechend können sie nicht beantworten, ob die Anzeige zu einem Prozess geführt hat. In Großbritannien gibt es beispielsweise eine spezielle Register-Nummer, die eine Identifikation des Vorfalls und damit eine vollständige Recherche ermöglicht.

Sie verzeichnen also Polizeigewalt gegen Roma? Ja, definitiv! Die Polizei nimmt an, dass Roma arm sind und sie von ihnen deswegen nicht verklagt werden. Es kommt tatsächlich nur selten zu Verurteilungen der TäterInnen. Früher gab es mehr Anzeigen von Roma wegen Gewalt durch die Polizei. Doch seit wir zunehmend involviert werden, kommt es oft zu Gegenanzeigen durch die Polizei. Das ist ein Trick, der dazu führen soll, dass die Anzeige zurückgenommen wird. Oder zumindest eine Einstellung des Verfahrens erreicht wird.

Und wie gehen Sie vor? Was wir tun ist, wir formulieren die Klage, schicken sie zur Strafverfolgungsbehörde und stellen den klagenden Opfern AnwaltInnen für die Gerichtsverhandlung – selbstverständlich kostenlos. Nach einem oder zwei Monaten, und das ist leider zum Regelfall geworden, rufen uns die betroffenen Menschen an und sagen: Wir möchten den Fall nicht weiter verfolgen.

Ein Beispiel: Es gab einen Ladenbesitzer, dessen Überwachungskamera dokumentiert hat, wie drei Polizeioffiziere in sein Geschäft kommen und ihn direkt, ohne Ansprache oder Begründung, körperlich attackieren und ihm eine große Kopfwunde zufügen. Selbst dieser Mann, der ein Video hatte, in dessen Fall klar und deutlich die Folterattacke zu sehen war und der daher gute Chancen hatte, seinen Prozess zu gewinnen, hat uns nach mehreren Wochen mitgeteilt, er möchte die Klage zurückziehen.

Wie funktioniert das genau? Die PolizistInnen sprechen die Opfer an, drohen ihnen und manchmal bieten sie ihnen auch Geld an. Dementsprechend sind kaum Fälle von Polizeigewalt vor Gericht verhandelt worden.

Die Polizei ist für diese Vorfälle verantwortlich, aber man kann nicht erwarten, dass sie sich selbst anzeigen. Anfangs richteten wir unsere Beschwerden noch an die polizeiinterne Kontrollbehörde. Doch wir haben erfahren müssen, dass dies ein Fehler war. Denn die Behörde ist nicht unabhängig und verhält sich stattdessen wie des Teufels Advokat.

Indem sie eine neue Situation vor Gericht schafft, die sich gegen die eigentlichen Opfer richtet. Wir haben diese Verfahrensweise gestoppt und richten unsere Beschwerden und Klagen nun direkt an die Strafverfolgungsbehörde.

Sind die Klagen erfolgreich? Selten. Zwei Fälle sind noch anhängig: Bei einem der beiden hat eine unserer AnwaltInnen eine Klage verfasst – ohne Reaktion. Nach drei Monaten schrieb sie eine Untätigkeitsklage – ohne Antwort. Dann haben wir als Helsinki-Komitee dasselbe getan – wieder ohne Reaktion. Das ist eigentlich ein klarer Fall für den Europäi-

schen Gerichtshof in Straßburg und wir werden ihn dort auch sehr bald vorbringen.

Der Gerichtshof wird feststellen, es gibt keine effektiven Untersuchungen, Prüfungen der Anzeigen oder gar Strafverfolgung in Mazedonien, wenn es um Polizeigewalt gegen Roma geht.

zlostorstvaodomraza.mk/

1) Als hate crimes (deutsch: »Verbrechen aus Hass«, »Hasskriminalität«) werden Straftaten bezeichnet, bei denen das Opfer des Delikts vorsätzlich nach dem Kriterium der wirklichen oder vermuteten Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe gewählt wird und sich das Verbrechen dadurch gegen die gewählte Gruppe als Ganzes richtet.

Übersprühte Nazi-Graffitis in Skopje.



Eingesperrt: In einem der ärmsten Länder Europas

Ausreiseverbote gegen Roma auf Druck der EU

Roma werden an Mazedoniens Grenzen nach wie vor an der Ausreise gehindert: entweder weil der Name den GrenzerInnen muslimisch vorkommt. Oder weil die Pässe von Zurückkehrenden markiert oder gleich ganz eingezogen werden. Eine Praxis, die trotz eines Urteils des mazedonischen Verfassungsgerichts und trotz anders lautender Auskünfte der Deutschen Botschaft andauert.

SKOPJE. Es ist nicht einfach, einen Termin für ein Gespräch bei der deutschen Botschaft in Skopje zu bekommen. Erst wollte die Botschaft nur mit den JournalistInnen aus unserer Gruppe sprechen, nach einem Telefonat des Republikanischen Anwaltsvereins war man bereit mit uns allen zu sprechen, allerdings nur für eine halbe Stunde. Kameras und Mikrofone waren nicht zugelassen, es sollte nur ein Hintergrundgespräch sein. Zu Beginn erläuterte uns dann der stellvertretende Botschafter Helge Sander die Regeln: »Nichts, was wir sagen, ist zitierbar«.

Sodann folgte von seinem Ko-Referenten Ralf Maureder die Auskunft, es gäbe seit Sommer 2014 keine Ausreiseverbote mehr. Das Thema sei erledigt, seitdem das mazedonische Verfassungsgericht geurteilt habe, dass ein Ausreiseverbot nach mazedonischem Recht verfassungswidrig sei.¹

Als uns diese interne, nicht zitierbare Erkenntnis am Donnerstag, dem 5.3.2015 im »Hintergrundgespräch« mitgeteilt wurde, bestand bereits seit über einem Monat ein Ausreiseverbot der Regierung für den sozialdemokratischen Oppositionsführer Zoran Zaev.²

Nur einen Tag vorher hatten uns AnwältInnen der Macedonian Young Lawyers Association (MYLA) mitgeteilt, dass Urteile des Verfassungsgerichts nach mazedonischem Recht keine für alle Gerichte verbindliche Rechtsquelle sind (wie etwa Urteile des Bundesverfassungsgerichts, siehe § 31 BVerfGG). Folglich hatte das Urteil des Verfassungsgerichts gegen ein Ausreiseverbot allenfalls die Wirkung, dass sich die Praxis der Ausreiseverbote änderte, nicht aber, dass die Ausreiseverbote aufhörten. Die jungen AnwältInnen sprachen von etwa 40 ihnen derzeit bekannten Fällen von Ausreiseverboten. Zum einen handele es sich um Personen, die aus Deutschland oder Belgien abgeschoben wurden. Deren Pässe seien einfach vom Innenministerium einbehalten worden, so dass sie de facto nicht mehr legal ausreisen konnten.

Zum anderen gebe es Personen, denen einfach – ohne offizielle Bescheide, Stempel oder ähnliches – von den GrenzbeamtInnen faktisch nicht erlaubt wird, das Land zu verlassen. Diese Methode beobachten die AnwältInnen



Markierte Stempel in Reisepässen



1) Eine deutsche Übersetzung des Urteils des mazedonischen Verfassungsgerichts vom 25.6.2014 gibt es unter:
www.aktionbleiberecht.de/zeugmaterial/Ustaven_Sud.pdf.

2) NZZ vom 3.2.2015, siehe www.nzz.ch/international/europa/ausreiseverbot-fuer-den-oppositionsfuhrer-1.18474295.

3) www.errc.org/article/macedonia-must-stop-playing-with-roma-passports/4354.

4) Taz vom 9.4.2015, siehe: www.taz.de/1114190/.

5) Menschenrechtskommissar des Europarats, siehe www.proasyl.de/de/news/detail/news/balkanstaaten_erledigen_fuer_bruessel_die_drecksarbeit/.

Wortlaut der Strafnorm im mazedonischen Strafgesetzbuch in englischer Übersetzung: Article 418-d Abuse of the visa-free regime with the member states of the European Union and of the Schengen Agreement (1) Whoever recruits, instigates, organizes, shelters or transports persons to a member state of the European Union or of the Schengen Agreement in order to acquire or exercise social, economy or other rights, contrary to the law of the European Union, to the regulations of the member states of the European Union and of the Schengen Agreement and to the international law shall be sentenced to minimum four years of imprisonment. (2) If the offender referred to in paragraph (1) was obliged and might have known that the transport is made in order to acquire or exercise the rights referred to in paragraph (1), contrary to the law of the European Union, to the regulations of the member states of the European Union and of the Schengen Agreement and to the international law, he/she shall be sentenced to imprisonment from one to five years. (3) If the crime is committed out of covetousness, the offender shall be sentenced for the crime referred to in paragraph (1) to imprisonment of minimum eight years, and for the crime referred to in paragraph (2) to imprisonment of minimum four years. (4) If the crime is committed by a legal entity, it shall be fined. (5) The items and means of transport used to commit the crime shall be seized.

6) Eine gute Übersicht zu den rechtlichen Grundlagen sein Land verlassen zu dürfen und einen Überblick zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte dazu gibt es in der Veröffentlichung des Menschenrechtskommissars des Europarats »The right to leave a country«, im Internet unter www.coe.int/t/commissioner/source/prems/prems150813_GBR_1700_TheRightToLeaveACountry_web.pdf.

verstärkt seit der Entscheidung des Verfassungsgerichts und vermuten, dass die Regierung ihnen einfach keine Beweise mehr für die Praxis der Ausreiseverbote liefern will. Denn vor dem Verfassungsgericht spielte gerade die Praxis der Passmarkierung mit zwei Kugelschreiberstrichen als interner Code der Grenzpolizei für »Ausreiseverbot« eine zentrale Rolle.

Nach unserer Rückkehr erfuhren wir, dass das European Roma Rights Center (ERRC) nach einer Presseerklärung vom 26.3.2015 über 50 Fälle von Ausreiseverboten dokumentiert hat.³

Heute, so die AnwältInnen, wird Roma oft einfach ohne Begründung und ohne schriftlichen Nachweis die Ausreise verweigert. Eine offiziell bestätigte Anweisung dazu gebe es nicht. Oft genüge ein Roma-Name, was aber nicht immer erkennbar sei. Das führe dazu, dass inzwischen auch Angehörige der albanischen oder der türkischen Minderheit von Ausreiseverboten betroffen seien: Roma hätten meist muslimische Namen wie z.B. Mehmedovic oder Ahmetovic. Diese Namen hätten aber Angehörige der anderen Minderheiten oft auch, so dass inzwischen nicht mehr nur Roma von Ausreiseverboten betroffen seien.

Zudem steht in mazedonischen Pässen – anders als in deutschen Pässen – immer auch die Meldeanschrift der Passinhabenden. Wenn also – wie es MandantInnen von mir passiert ist – im Pass der Stadtteil Šuto Orizari der Hauptstadt Skopje erwähnt ist, weiß fast jede und jeder in Mazedonien, dass dort ganz überwiegend Roma wohnen. Auch das erleichtert das Racial Profiling an der Grenze und führt zur Ausreiseverweigerung.

Die AnwältInnen betonten, dass es für diese Ausreiseverbote keinerlei rechtliche Grundlage gibt. Sie seien »unconstitutional par excellence«.

Ein Beispiel ist ein Fall aus dem Süden Mazedoniens: Eine Person war, beim Versuch seine Schwester in Deutschland zu besuchen, bei der Einreise zurückgewiesen worden. Zwei Wochen danach wollte er nach Griechenland fahren, zu einem Supermarkt kurz hinter der Grenze. Die Grenzpolizei sagte ihm nur, er könne das Land nicht verlassen, in diesem Fall stempelten sie seinen Pass.

Personen, die einmal zur Rückkehr aus der EU bzw. dem Schengen-Gebiet gezwungen worden seien, könnten das Land nicht mehr verlassen.

Hintergrund ist der Druck der EU, die Visumsfreiheit aufzuheben, falls zu viele Asylanträge von MazedonierInnen in der EU gestellt werden. Dieser Druck geht so weit, dass Mazedonien den »Missbrauch des visumsfreien Regimes mit den Mitgliedstaaten der EU«⁴ schon im November 2011 unter Strafe gestellt hat.⁵ Vom Wortlaut her zielt die Strafnorm zwar nicht auf die Flüchtenden selbst ab, sondern auf Personen, die die Flucht organisieren. Wie andere »Schleuserparagraphen« – auch im deutschen Aufenthaltsgesetz – ist die Strafnorm aber so formuliert, dass auch niedrigschwellige UnterstützerInnentätigkeiten erfasst werden und auch gegenseitige Unterstützung innerhalb einer Gruppe von Flüchtenden nicht vom Tatbestand ausgenommen ist.

Die Ausreise selbst unter Strafe zu stellen wäre schwierig, denn in diversen internationalen Menschenrechtsabkommen wird das Recht, sein Land zu verlassen, garantiert⁶, unter anderem in Artikel 2 Abs. 2 des 4. Zusatz-



Šutka

protokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Dieses 4. Zusatzprotokoll zur EMRK hat auch Mazedonien unterzeichnet und ratifiziert. Deswegen wird nicht die Ausreise aus Mazedonien, sondern die Unterstützung der Einreise in das Schengen-Gebiet unter Strafe gestellt. Dabei wenden mazedonische RichterInnen zur Prüfung, ob die Einreise in das Schengen-Gebiet unerlaubt war, den Schengener Grenzkodex⁷ an. Mit dieser Praxis wird die Strafbarkeit einer in Mazedonien abgeurteilten Tat nicht mehr vom mazedonischen Gesetzgeber definiert, sondern von den Schengen-Staaten.

Wie die deutsche Botschaft dazu kommt uns weismachen zu wollen, es gebe keine Ausreiseverbote mehr, bleibt allerdings fraglich: Selbst wenn man nur die Begriffe »Mazedonien« und »Ausreiseverbot« zusammen bei google eingibt, wird man erschlagen von einer Fülle von Meldungen zum Ausreiseverbot gegen den Oppositionsführer. Offensichtlich recherchiert die Botschaft nur durch Anfragen bei der mazedonischen Regierung und bereitet so den nächsten verharmlosenden und wirklichkeitsfremden Lagebericht des Auswärtigen Amtes vor.

7) Der Schengener Grenzkodex ist eine europarechtliche Verordnung. Er regelt den Wegfall von Personenkontrollen innerhalb des Schengenraums sowie die Personenkontrollen an den Außengrenzen der EU.

Sie trugen Anzüge

GESPRÄCH MIT ZWEI SCHWESTERN
IN NORDDEUTSCHLAND

Was in Deutschland erzählt wird, das stimmt alles nicht. Als ich 2013 in Skopje war, habe ich Leute gesehen, eine deutsche Gruppe, die haben über die Roma gesprochen, wie gut wir leben, wie viel wir bekommen. Ich wollte die ansprechen und denen sagen, dass das nicht stimmt.

Wissen Sie, was für eine Gruppe das war? Nein. Die hatten alle Anzüge an.

Wissen Sie, dass die Bundesregierung beschlossen hat, dass Mazedonien sicher ist? Ja. Für die Mazedonier ist es sicher. Aber für Roma ist nichts sicher. Die Polizisten, die einen Roma auf der Straße sehen, schlagen ihn, ganz ohne Grund. Und wenn du Probleme hast und solltest die Polizei rufen: lieber nicht. Die helfen nicht.

Von den zwanzig Euro, die ich nach der Abschiebung bekam, konnten wir nicht leben. Nicht mal essen. Wir bekommen zu lange kein Geld, wenn wir abgeschoben werden. Ich hab in Kumanovo gewohnt, aber ohne richtiges Haus.

Ich hab gehört, in Kumanovo verschwinden Kinder. Wissen Sie darüber etwas? Ja, ich weiß das, mein Onkel ist mit einem Mädchen verheiratet, das Zwillinge hatte. Eins von den Zwillingen ist vor fünf Jahren verschwunden. Die Polizei hat nichts rausgefunden. Alle haben die gefragt. Manche sagen ›ihr verkauft die Kinder‹, aber das stimmt nicht. Jemand hat die Kinder geklaut. Um die Organe zu verkaufen. Ich bin mir nicht sicher, aber viele sagen, es gibt eine albanische Gruppe, die die Kinder stehlen, um die fürs Ausland zu verkaufen. Das ist sehr schlimm. Das Mädchen ist jetzt fünf Jahre nicht gefunden und es sind viel mehr Kinder verschwunden.

Ich hab das selbst mit meinen eigenen Augen gesehen, als ich in Skopje mit meinem Mann war. Ich bin freiwillig eingereist, nachdem er abgeschoben worden war. Ich war mit meinem Mann unterwegs und ich hab gemerkt, wie ein Auto einen ungefähr siebenjährigen Jungen verfolgt. Als die gesehen haben, dass das Kind alleine ist, wollten die das nehmen. Zum Glück hab ich das gesehen, ich hab

um Hilfe gerufen. Das Auto ist einfach verschwunden, keiner hat rausgefunden, was das für Leute waren.

Man hat Angst sich in der Stadt zu bewegen. Wir, die Roma, wir werden immer von den Leuten auf der Straße beleidigt. Wir fühlen uns nicht sicher in Mazedonien. Gehst du auf die Straße, irgendwas anzugucken und so, dann sagen sie ›Oh, guck mal, die Zigeuner...‹ und so – immer schlimme Worte. Beleidigt, geschlagen. Wenn die Kinder auf der Straße betteln sehen, dann helfen die nicht, sondern schlagen die. Viele Kinder haben nichts und müssen auf der Straße fragen. Flaschen sammeln. Mütter mit kleinen Kindern müssen auf die Straße.

Als ich in der Schule war, in Mazedonien, da habe ich einmal eine fünf bekommen, das ist bei uns sehr gut. Aber der Lehrer hat gesagt, wieso hast du so was, du bist ein Zigeuner.

Wenn man Geld hat, in Mazedonien, dann kann man bleiben, sonst nicht. Zum Beispiel wenn du einen Krankenwagen rufst, dann kommen sie zu spät, wenn du in der Straße wohnst, in der die Roma wohnen. Immer muss man bezahlen.

Auch für Geburten? Ja. Bei mir hat das fast 100 Euro gekostet. Zum Glück hat mein Vater mir geholfen.

Bei der Geburt war es sehr schlimm, die ganze Zeit. Kein Arzt ist gekommen, erst nach der Geburt. Ich hab mich an den Wänden entlang geschleppt und bin zweimal hingefallen. Keiner hat mir geholfen. Ich hab das Kind selbst bekommen. Ich rufe die ganze Zeit, aber die Ärzte kommen nicht. Erst als sie den Kopf sahen, sind die gekommen. Keiner der Familie durfte dabei sein, das ist das Gesetz, das ist nicht erlaubt.

Nicht mal Ihre Schwester? Keine Mutter, keine Schwester, ganz allein. Du musst viel bezahlen, wenn du rein willst.

Kriegen die Leute dann die Kinder nicht lieber zuhause? Es gibt keine Hebammen.

Gibts Roma, die Ärztinnen sind? Wenig, zu wenig. Wenn welche den Abschluss machen, bekommen sie keine Arbeit. Egal ob Männer oder Frauen, sie bekommen die Jobs nicht, weil sie Roma sind. Egal ob sie gut sind oder nicht.

Dann wollen Sie kein Kind mehr in Mazedonien bekommen? Nee! Nie im Leben.

In Mazedonien ist es so, wenn du Geld hast, dann kannst du alles bekommen. Papiere in zwei Tagen. Alles.

Aber Roma haben kein Geld, außer ein paar Politiker. Da gibts Amdi Bayram, in Šutka. Ich hasse ihn, er nimmt das Geld nur für sich, nicht für Roma. Für sein Haus, für seinen Sohn...

Die Sozialhilfe wird mit der Zeit immer niedriger. Es gibt keinen Strom für die Leute, die ihn nicht zahlen können. Oder Wasser. Viele Leute in Mazedonien verüben Selbstmord.

Gibt es eine hohe Selbstmordrate? Ja, aber das wird nicht in der Zeitung veröffentlicht. Die Kinder ohne Essen, die leiden unter Krankheiten ... manche wissen nicht, was sie tun.

Sie sind 2010 das erste Mal nach Deutschland gekommen, warum grade da? Mein Vater hatte Probleme, er war 2001 im Krieg zwangsweise eingezogen. Er hat auf der mazedonischen Seite gekämpft und die Albaner haben gesagt, warum nicht für uns? Die haben meinen Vater gesucht und dann haben sie unser Haus verbrannt. Mein Vater hatte viel privat gearbeitet, mit den Händen. Damals hat er für eine albanische Familie gearbeitet, und weil er dort arbeiten war, haben sie ihn gefunden.

Ihnen ist nichts passiert, nur dem Haus? Ja. Wir sind von zuhause weggelaufen und haben uns zwei Tage im Wald versteckt, damit die Leute uns nicht finden. Dann hat uns ein Mann hierhergebracht. Bis hierher sind wir durchgefahren.

Wussten Sie, dass Ihr Vater gesucht wird? Nein, das wussten wir nicht.

Und wie geht es Ihrem Vater jetzt? Gut, aber nicht so ganz gut. Wir wissen nicht, ob er immer noch gesucht wird.

Das will ich: Gleich sein

EIN GESPRÄCH mit Latifa Šikovska von Ambrela.

ŠUTKA. In Deutschland wurde Mazedonien zu einem sicheren Herkunftsstaat erklärt – wie sicher ist die Situation hier? Die ist schlechter geworden. Eine Statistik besagt, dass es hier 43.632 Roma gibt. Das ist die letzte Zahl, die 2012 erhoben wurde. Hier gibt es eine unabhängige Partei, die sagt, dass hier viel mehr leben. Wir schätzen, dass es zwischen 40.000 und 50.000 Roma gibt. Allein in Šuto Orizari. Dieses Jahr wird ein Kindergarten gebaut und zwei Schulen. Wir hoffen, dass es nächstes Jahr hier auch ein Gymnasium geben wird.

Wie viele Kindergärten gibt es insgesamt? Einen. Nur einen.

Und wie viele Schulen? Zwei. Zwei Grundschulen, einen Kindergarten und seit 2014 eine Mittelschule. Es gibt über 90 Prozent Arbeitslosigkeit hier im Viertel. Deswegen leben die meisten Leute von Sozialhilfe. Die Sozialhilfe beläuft sich auf 30 bis 50 Euro. Wenn der normale Lohn hier um die 300 Euro beträgt, wie können wir dann überleben, mit 30 bis 50 Euro? Aber zum Glück haben wir den Basar für Textilien, wo die Leute, egal ob es warm oder kalt ist, jeden Tag arbeiten, von 9 bis 16 Uhr. Da können die Leute ein bisschen Geld zum Überleben verdienen.

Gibt es anderswo ähnliche Organisationen wie Ambrela? Roma in anderen Städten arbeiten nach demselben Prinzip wie hier. Was unsere Organisation betrifft: Unser Fokus ist Bildung. Wir kommen zu den ärmsten und krankesten Familien. Wir unterstützen Kinder im Kindergartenalter und auch Kinder, die zur Schule gehen. Ambrela ist hier in Šuto Orizari seit 15 Jahren aktiv. Wir sind fest davon überzeugt, dass nur Bildung die Situation der Roma verändern kann. Wir wissen, dass das ein Prozess ist. Zudem ist für uns die medizinische Versorgung sehr wichtig. Wir sind konzentriert auf die Menschen, die ohne Ausweise und ohne Rechte hier sind. Seit 2010 bis heute haben wir ca. 1.500 bis 2.500 Ausweise und offizielle Dokumente für Menschen beschafft. Zum Beispiel Geburtsurkunden von Kindern, die nicht registriert sind, die zu Hause oder in Krankenhäusern geboren wurden und deren Eltern ohne Papiere sind.

Werden viele Kinder zuhause geboren? In letzter Zeit nicht so viele. Weil wir viele Workshops gemacht haben, wie Frauen ihre Rechte wahrnehmen können. Weil wir als Roma für unsere Rechte kämpfen und wissen, wie das Gesetz lautet und welche Institution verantwortlich ist. Unsere Regierung denkt nicht sehr viel über Romafragen nach. Sie reden und sie machen Dinge nur für Mazedonier und Albaner. Wir sind Roma. Wir sind Serben, Kroaten,

Bosnier. Wir haben auch Rechte in dieser Stadt. Deswegen kämpfen wir als NGO und sind sehr laut, wenn wir mit den Institutionen reden oder wenn Konferenzen sind. Wir haben keine Angst. Wir machen Druck. Wir sind hier Kinder, Frauen und ältere Menschen. Wir wollen Inklusion. Ob mit oder ohne Unterstützung, wir machen weiter. Denn die Leute brauchen Unterstützung. Ich bin selbst Roma und ich weiß, wie es ist, außerhalb des Systems zu stehen. Deswegen versuchen wir immer die Leute zu motivieren auf die Straße zu gehen, zu protestieren. Leider haben viele Roma Angst die Institutionen aufzusuchen und auf ihr Recht zu bestehen. Deswegen bestärken wir die Leute darin, keine Angst zu haben. Wenn sie einen Wechsel hier wollen, dann müssen sie mehr Mut haben. Wir wollen weiterhin auf diesem Weg bleiben.

Hier haben bis zu 5.000 Roma überhaupt keinen Ausweis. Für diese Menschen ist keine medizinische Versorgung sichergestellt.

Betrifft das Problem mit den Pässen eher die Älteren? Eine genaue Zahl kann ich nicht sagen. Die Gruppe ist unterschiedlich. Von ganz klein bis ganz groß. Letzte Woche war ein älterer Herr hier und hat um Unterstützung gebeten. Er war im Gefängnis. Wir haben viele Papierlose in den Gefängnissen.

Können die Leute ohne Papiere bei der Polizei nach Hilfe fragen? Ja, aber das ist ein wenig unklar. Wer im Gefängnis war, muss ja so was wie eine offizielle Identität oder einen Pass haben. Das ist deren Arbeit, nicht unsere. Aus deren Interesse heraus ist es wichtig zu erfahren, wo jemand geboren ist, was er gemacht hat. Die Leute, die versichert sind, für die hat es eine Untersuchung gegeben, die gehen zum Arzt. Und wenn die Ärzte die Untersuchung machen und etwas finden, dann schicken sie die Person zum Spezialisten. Wer vom Spezialisten untersucht werden muss, muss die Behandlung bezahlen. Aber die Leute, die das betrifft, leben von Sozialhilfe, die haben gar keine Möglichkeit, das zu bezahlen. Im Notfall findet die Untersuchung im Krankenhaus statt. Dann ist es noch schlimmer, denn dort muss noch mehr bezahlt werden. Deswegen



Latifa Šikovska

ist der Gesundheitszustand der Roma sehr schlecht. Mich persönlich interessiert am meisten die Gesundheit der Kinder. Wir hatten viele Fälle, in denen Kinder wegen Tuberkulose, Bronchitis oder Leistenbrüchen ins Krankenhaus mussten. Wenn der Arzt dann sieht, dass es Roma sind, sollen die Eltern vorher bezahlen. Das ist eine große Diskriminierung gegen Roma. Wenn ich mit den Familien zusammen ins Krankenhaus oder zum Arzt gehe, in meiner Funktion als Healthmediatorin, haben die Ärzte keine Chance ›Nein‹ zu sagen, weil ich die Gesetze kenne. Dann weiß der Arzt, dass er sich zunächst um die Leute kümmern muss. Das Bezahlen kommt dann später. Die dürfen Kinder nicht ablehnen. Die haben noch nicht mal das Geld, um Brot zu bezahlen.

Wenn Sie nicht mitgehen, kommt es vor, dass Kinder weggeschickt werden, wenn die Eltern nicht bezahlen? Ja, die wollen immer, dass vorher bezahlt wird. Das ist allerdings nur bei Romafamilien so. Warum müssen Mazedonier vorher bezahlen? Das Gesetz muss für alle sein. Das ist direkte Diskriminierung. Weißt Du, wir brauchen eigentlich 100 Roma Health Mediators.

Und wie viele sind Sie? Wir sind zwei. Das ist nicht genug, um zu helfen. Wenn ich ins Krankenhaus komme und die Ärzte sehen mich, dann wissen sie, dass sie alles machen müssen. Die wissen, wenn ich etwas nicht gut finde, dann gebe ich ein Interview. Ich arbeite z.B. mit TV-Sendern zusammen. Dann sage ich, dass die Roma hier nicht wie Menschen behandelt werden. Wir haben einen Fall, eine junge Frau, die obdachlos war, 15 Jahre alt, sie

wurde durch Sozialhilfe unterstützt, aber die Bedingungen waren alles andere als gut. Kein Wasser, kein Strom, es ist kalt. Diese junge Frau hat über drei Monate draußen in der Kälte geschlafen. Ich habe sie gefunden. Sofort habe ich den Ämtern Bescheid gegeben. Ich habe gesehen, wie die Situation vor Ort ist, und ich sage dir, dort könnten nicht einmal Tiere leben. Die Frau ist sehr krank. Der Arzt wollte sie nicht aufnehmen und operieren. Nur jeden zweiten Tag ambulant versorgen wollte er sie. Sie hatte große Schmerzen. Jeden Tag habe ich Essen gemacht, damit diese Frau überleben kann. Sie nicht sterben zu lassen, war mein Ziel. In der Zwischenzeit, wenn ich keine Reaktion der Ämter sah, habe ich das Fernsehen an ihren Schlafort eingeladen. Sie hat ein Interview gegeben. Ganz Mazedonien hat gesehen, was hier passiert. Gleich am nächsten Tag kam ein Vertreter des Sozialministeriums. Sofort hat sie alle Hilfe bekommen.

Bei Ambrela arbeitet man jeden Tag im Feld. Wir sagen den Familien, wie sie ihre Rechte einfordern können. Deswegen ist es für uns sehr wichtig rauszugehen, woher soll ich denn im Büro wissen, was mit den Leuten los ist?

Unter meinen Mandanten, Roma aus Ex-Jugoslawien, die nach Deutschland geflüchtet sind, gibt es Gruppen, die immer besonders viele Probleme haben. Das sind binationale Familien, also ein Partner aus Albanien, Montenegro oder einem anderen Balkanstaat. Der Partner aus einem anderen Balkanstaat ist de facto von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen oder von der Sozialhilfe. Haben Sie da Erfahrungen? Ich kann euch sagen, die Situation derjenigen, die aus Deutschland abgeschoben wurden, ist sehr, sehr schlecht. Bevor sie nach Deutschland gegangen sind, hatten sie Dokumente, Krankenversicherung, Sozialhilfe. Wenn sie dann aber wieder zurückkommen, haben sie alles verloren. Wenn sie zurück sind, stehen sie wieder am Anfang. Sie müssen alles neu beantragen.

Wie lange dauert das? Mehrere Monate. Wir warten mindestens drei bis sechs Monate. Aber das muss schneller gehen! Die Leute müssen von etwas leben! Alles Geld, was sie vorher hatten, haben sie gespart, um zu reisen. Sie haben vorher alles verkauft, um nach Deutschland zu ziehen. Bei uns bestehen die Familien nicht nur aus drei Leuten, das sind mehr. Eine Familie z.B. besteht aus sechs, sieben, zehn Personen. Die brauchen viel Geld. Wenn sie zurückkommen, haben sie nichts, die fangen bei Null an. Was wir in diesem Moment machen können, ist zu versuchen die Sozialhilfe wiederzubekommen, die Krankenversicherung zu erhalten und dass die Kinder wieder in die Schule gehen dürfen.

Brauchen die Menschen hier eine Adresse für den Antrag? Ja, klar.

Die müssen sich hier melden? Die müssen sich melden und haben diesen Ausweis, Liznakarte. Bei uns ist die fünf bis zehn Jahre gültig. Meine z.B. 20 Jahre, da ich schon älter bin.

Ist das die braune Karte? Der mazedonische Ausweis hat eine andere Farbe. Wir haben immer noch Leute aus dem Kosovo hier, die 1999 geflüchtet sind. Das sind ungefähr 1.000. Die Situation der Leute hier ist nicht ganz klar. Weil sie immer noch keine Staatsangehörigkeit haben. Die anderen Familien, die keine mazedonische Staatsangehörigkeit haben, haben einen anderen Ausweis, der ein Jahr lang gültig ist. Und jedes Jahr muss der verlängert werden. Das ist ein Problem für die Menschen.

Und wenn sie diesen Ausweis haben, bekommen sie damit eine Krankenversicherung und Sozialhilfe? Ja.

Haben die Menschen nach der Abschiebung die Möglichkeit sich wieder hier zu melden? Ja, sie können wieder dahin gehen, wo sie vorher auch hin mussten. Die Leute, die keinen mazedonischen Ausweis besitzen, müssen jedes Jahr eine Verlängerung beantragen.

In Mazedonien gibt es viele Roma-NGOs und Nicht-Roma-NGOs. Hier in der Stadt sind es sieben Organisationen. Manche unterstützen die Ausbildung und andere die Menschenrechte oder den Gesundheitsbereich. Die Situation ist sehr schwer für Abgeschobene aus Deutschland. Wir sind auf die Institutionen hier sehr wütend. Sie sollten ein Register haben, in dem alle aufgeführt sind, die wieder zurückgekommen sind, um ein Programm zu starten, wie wir diesen Familien helfen können, sich hier wieder zu integrieren. Das ist nicht unsere Aufgabe als NGO, das ist die Aufgabe des Staates. Und wir sind ein bisschen böse auf Deutschland. Früher, als der Kosovokrieg war, hat Deutschland denen viel Geld gegeben, die wieder zurückgegangen sind. Aber was ist die letzten drei bis fünf Jahre passiert? Uns hat 2013 eine Delegation des Bundestages besucht. Es waren 15 Leute. Wir haben eine gute Kooperation mit der deutschen Botschaft. Wir sagen, was gut ist, aber was nicht so gut ist, müssen wir kritisieren. Die Leute waren hier und wir haben viel gesprochen über die Asylsuchenden. Es war November, Winterzeit. Wir haben mit denen so gesprochen, wie mit euch jetzt. Was war los? Sie wollten gucken, ob es möglich ist, alle Leute wieder abzuschieben. Die mussten eine Entscheidung treffen, ob die Leute jetzt abgeschoben werden kön-

nen oder später. Ich habe damals gesagt: ›Bitte, nicht in dieser Zeit abschieben. Können Sie das nicht vielleicht im April oder Mai machen? Es ist kalt, die haben keine Heizung. Sie haben nichts zum Leben. Das wird für viele Familien sehr schwer.‹ Und sie haben wirklich niemanden geschickt. Aber im Mai, Juli ... Ich weiß, deutsches Gesetz ist Gesetz, ich akzeptiere das, aber die deutsche Regierung muss mehr Druck auf unsere Regierung ausüben. Deutschland ist ein sehr starkes Land in der EU und kann das. Die Regierung hier muss aufgefordert werden ein Programm nur für Roma zu initiieren. Die Situation zu verbessern. Wenn ich hier als Roma in der Stadt lebe, wenn ich Arbeit habe, wenn ich alles habe, was die anderen auch haben, dann kann ich nach Deutschland kommen als Touristin. Aber wenn sie die ökonomische Situation sehen, die Arbeitslosigkeit bei den Roma. Die Roma müssen jeden Tag ums Überleben kämpfen. Wie können die an eine bessere Zukunft glauben? Wie? Und deswegen entscheiden sich die Familien nach Deutschland zu gehen, nach Belgien, nach Holland, nach Frankreich. Niemand will das, aber es gibt keine andere Wahl. Sie gehen mit vollem Risiko. Deswegen denke ich, vielleicht kann der deutsche Staat besser helfen, wenn sie keine Probleme mit Asylbewerbern wollen. Ich weiß, dass sie die haben. Vielleicht können sie eine Strategie entwickeln für Roma, die zurückkommen. Es bedarf finanzieller Unterstützung, die jedoch nicht direkt an die Regierung gerichtet sein sollte. Wir glauben der Regierung nicht. Das Geld geht häufig in andere Richtungen. Für die Roma bleibt nichts. Deswegen muss Deutschland sagen, wir geben das Geld den Roma, zum Beispiel um eine Fabrik zu bauen oder damit die Leute arbeiten gehen können. Wir wollen keine Sozialhilfe beziehen. Es gibt schlechte Bilder über die Roma. Roma wollen arbeiten, man muss ihnen diese Chance geben. So wie allen anderen. Wir wollen keine Sozialhilfe. Wir können jetzt durch die Stadt gehen und die Leute fragen. Wir haben hier auch junge Leute. Wir können sie fragen, wer hat eine Ausbildung? Wir haben Professoren, Anwälte, Ärzte. Die brauchen eine Chance. Unsere Regierung kann nicht sagen, die Roma

haben keine Bildung. Das ist nicht wahr. Wir haben viele junge Leute, ich habe z.B. zwei Söhne, die haben ihren Abschluss gemacht, die bleiben zu Hause, ohne Arbeit. Ich muss euch sagen, für die Roma, die zurückgeschickt wurden, muss die deutsche Regierung Verantwortung übernehmen. Zum Beispiel eine ökonomische Zone, in der viele Investitionen getätigt werden können. Wo die Leute arbeiten können, so etwas brauchen wir hier. Wie soll das Budget unserer Gemeinde gefüllt werden? Wir haben keine Industrie hier, keine Fabrik. Von was soll das Budget der Gemeinde wachsen? Wir sind die ärmste Gemeinde in Mazedonien. Und unsere Regierung macht nicht viel. Das ist nicht gut. Jetzt kommt die Strategie »EU-2020«. Kennen sie GIZ?

Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit? Ja. Wir haben eine Sitzung gehabt, in den nächsten fünf Jahren machen wir zusammen ein Programm. Die machen was mit der Regierung. Okay, wir haben nichts dagegen dieses Geld der Regierung zu geben, wenn es richtig genutzt wird. Wenn es für Roma vorgesehen ist, dann muss es für Roma ausgegeben werden. Wenn es für Albaner bestimmt ist, dann für Albaner. Nur das interessiert uns. Einerseits gibt unsere Regierung nicht genug für Roma, auf der anderen Seite nehmen sie das Geld, was eigentlich für die Roma gedacht war, für was anderes. Das ist falsche Politik.

Werden die Pässe der Menschen markiert, die nach Europa gehen? Ja. Alle machen das an der Grenze.

Beim Rausgehen und beim Reingehen? In den letzten zwei Jahren müssen die Roma sofort wieder zurück. Das ist offene Diskriminierung. Wenn ich einen gültigen Pass habe, warum lassen die mich nicht raus? Das ist mein Recht. Du siehst meinen Pass, der Rest ist meine Sache. Wenn du zum Beispiel mit dem Bus reist, 50 Leute sind drin, davon zwei Familien Roma, dann kommen sie in der Passkontrolle zu den Roma. Okay, wenn es ein Gesetz für alle gibt, dann musst du den ganzen Bus zurückschicken. Warum mich? Weil ich wie eine Roma aussehe? Das ist eine politische Frage. Unsere

Roma-Politiker machen da nicht genug. Du musst die Roma unterstützen, denn die Roma haben gewählt. Alle Roma, die zurückkommen, bekommen an unserer Grenzen einen Spezialstempel. Das bedeutet, du hattest Asyl beantragt und dann bekommst du eine Strafe. Du darfst für ein paar Jahre, oder auch für immer, nicht mehr in die EU gehen.

Ist das ein Gesetz in Mazedonien? Ja. Das Gesetz ist nur für Roma. Das ist komisch. Ich habe das Recht dahin zu reisen, wohin ich will und ich habe einen Reisepass. Auch die EU macht Fehler. Sarkozy hat auch welche gemacht. Der soll sich schämen. Nicht Frankreich. Aber für das, was er mit den Roma gemacht hat, muss er sich schämen.

Wenn man einen Stempel im Pass hat, bekommt man dann eine Strafe? Ich meine, du hast dann nicht das Recht für zwei Jahre aus Mazedonien auszureisen. Manche auch für immer.

Gibt es auch Fälle, bei denen der Pass von Leuten weggenommen wird, die zurückkommen? Ja. Wir haben ein paar Fälle. Da hat die Polizei die Pässe mitgenommen. Das ist interessant: Wenn du mir den Pass wegnimmst, musst du mir eine Bescheinigung geben. Und die gibt es nicht. Die sagen dir, du musst ins Polizeiministerium. Die Polizei nimmt die Pässe weg und gibt dir keine Erklärung. Die reden nicht mit dir.

Wenn der Pass weg ist, wie groß ist die Chance eine neue Lizenzkarte zu bekommen? Kein Problem. Aber für einen neuen Pass hast du keine Chance, du weißt nicht, was mit dem ersten Pass passiert ist. Das ist kein Gesetz. Niemand hat das Recht meinen Reisepass zu nehmen.

Und ich habe eine Frage an euren Anwalt. Ich habe von den Familien, die abgeschoben wurden, mitbekommen, dass der Anwalt was falsch gemacht hat. Wir haben eine Familie gehabt, der wurde gesagt, dass sie nicht mehr in Deutschland bleiben dürfen und dass sie zurück müssen, freiwillig. Wenn sie zurückgehen müssen, dann bekommen sie Bescheid über eure Anwälte. Aber dieser Anwalt hat überhaupt keine Nachricht gegeben. Nach einer Woche kam in der Nacht die Polizei, Abschiebung. Gibt es so was in Deutschland?

Ja. Ich glaube aber nicht, dass das an den Anwälten liegt. Vor allem in Süddeutschland soll es häufiger vorkommen, dass die Abschiebung nicht angekündigt wird. In Bremen und Niedersachsen wird die Abschiebung meistens vorher angekündigt. Das heißt, man weiß vorher: Wenn ich freiwillig

gehe, bin ich freiwillig ausgereist. Ich glaube nicht, dass es an den Anwälten liegt. Das sind die Behörden, die die Abschiebungen festlegen. Ich denke, die kommunizieren miteinander.

Nein. Sozialarbeiterinnen sagen, das haben die mitbekommen von den Familien. Sozialarbeiter, Bundesamt und Anwälte. Niemand gibt die richtige Zeit und keine Informationen. Die sagen dir: »Latifah, Du musst Deutschland innerhalb einer Woche freiwillig verlassen.« Die sagen nicht die richtige Zeit und dann kommen die Deportationen, über Nacht. Dann kommen wir zu der Situation, in der unsere Polizei die Pässe wegnimmt und du Mazedonien nicht mehr verlassen darfst. Ich gebe euch die Kopien von einer Familie. Die haben gesagt: »Ich will freiwillig gehen. Das habe ich meinem Anwalt gesagt.« Als die sagten, du wirst abgeschoben, haben sie gesagt: »Kein Problem. Was passiert, ist für mich kein Problem. Aber für meine Kinder bedeutet das Stress.« Ein paar Familien, über Nacht. Das ist überhaupt nicht gut, aber das passiert. Deswegen habe ich gefragt.

Wir hatten letztes Jahr eine Konferenz mit der Regierung und der Botschaft. Über das neue Asylgesetz. Mir wurde gesagt, wenn jemand nach Deutschland kommt und das Recht hat Asyl zu beantragen, dann lautet das Gesetz, die Familie muss innerhalb eines Monats wissen, ob sie bleiben kann oder nicht. Was gesagt wurde, ist sehr wichtig für euch zu wissen: »Wir geben kein Asyl mehr für Länder in denen kein Krieg herrscht.« Serbien, Kosovo, Mazedonien, Bosnien. Das geht jetzt mit diesem neuen Gesetz schneller. Wenn in Mazedonien kein Krieg ist, dann musst du zurück. Aber was ist schlimmer, im Krieg zu sein und einmal sterben oder jeden Tag zu sterben? Es wäre besser für mich, wenn Krieg wäre. Der Zustand, über den wir jetzt gesprochen haben ... da sterbe ich lieber einmal. Ich sage zu meinen Leuten immer, lieber einmal sterben und wir machen Revolution, ohne Gewalt, aber jeden Tag protestieren wir, vor den Institutionen. Ich sage zu meinen Leuten, worauf wollt ihr warten? Dass die Bomben zu dir nach Hause kommen? Nein, ihr müsst aktiv sein. Und dann kann sich vielleicht was verändern. Roma sind so wie alle anderen, nur brauchen sie gleiche Chancen, einen gleichen Start ohne Diskriminierung. Ich will auch arbeiten. Ich bin auch ausgebildet. Du bist mazedonisch, ich bin Roma, egal. Mensch ist Mensch. Das will ich. Gleich zu sein, wie alle anderen. Gleiche Chancen. Ich möchte auch mehr aus unserem Land machen. Wir haben kein anderes Land. Mein Land ist Mazedonien. Aber ich muss von den Institutionen akzeptiert werden, von der Regierung. Ich bin nicht schuld daran, dass ich Roma bin. Aber deswegen werde ich diskriminiert, des-

halb habe ich nicht das Recht nach Deutschland zu gehen. Ich war auf der ganzen Welt, aber ich will auch, dass alle Roma reisen können, als Touristen und wieder zurück.

Im Regierungsprogramm aus Deutschland steht, dass die Gesetzesänderung mit den sicheren Herkunftsstaaten gekoppelt ist an verstärkte Hilfen für diese Länder. Haben Sie etwas von diesen verstärkten Hilfen mitbekommen? Nein. Wir haben nichts davon bekommen. Immer noch kein konkretes Programm.

Sie sagten, Sie hätten mit dem deutschen Vizekonsul gesprochen. Hat der Ihnen gegenüber erwähnt, dass mit dieser Einstufung als sichere Herkunftsstaaten auch gleichzeitig verstärkte Hilfen kommen? Er hat nichts gesagt wegen der Hilfe. Aber wir warten auf diese Hilfe.

Glauben Sie, dass das Geld dann ankommt? Dort wo es hin sollte? Ich hoffe. Wir hoffen immer, wenn ein Programm für Roma kommt. Aber ob es wirklich kommt ...

Darf ich Sie noch zu einem Einzelfall befragen? In Hamburg gibt es einen Vater, der einen unsicheren Status hat. Vielleicht wird er abgeschoben. Er hatte fünf Kinder, zwei sind gestorben und ein Kind hat Epilepsie. Dieses Kind muss jeden Tag zwei Tabletten nehmen. Wie schätzen Sie das ein, wenn diese Familie abgeschoben wird, kann sichergestellt werden, dass dieses Kind die nötige Versorgung bekommt? Normalerweise müssten diese Medikamente kostenlos sein. Aber hier musst du sie bezahlen. Und deshalb sagen wir dem Ministerium, dass das Kinder sind. Die leben von Sozialhilfe und brauchen ihre Medikamente.

Aber im Moment müssen auch die Familien, die Sozialhilfe bekommen, für Medikamente für Kinder zahlen? Ja. Alle müssen das zahlen. Immer. Egal ob sie Sozialhilfe bekommen oder arbeiten gehen. Das ist nicht okay. Da muss es Programme und Unterstützung geben, aber unsere Regierung hat andere Prioritäten.

www.ambrela.org



Der Kindergarten der NGO Ambrela ist wie eine Insel in der Mitte eines desolaten Gebiets, eine Kinderwelt im großen Kontrast zur rauen Außenwelt. Doch der Ort ist zu klein, es ist unmöglich, genug Kinder aus dem Viertel tagtäglich unterzubringen: Die Kinder besuchen den Kindergarten in mehreren Schichten pro Tag.





In Šutka gibt es viele Wirklichkeiten, jene mit Zugang zur Wasserversorgung im Haus, jene mit Wasserhähnen vor dem Haus, jene, in der weite Wege zurückgelegt werden müssen.

Abschottungs- management

Zur Zusammenarbeit mit Frontex

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex stellt faktisch die außenpolitische Ansprechpartnerin der EU für Flüchtlingsabwehr und andere abschottungsrelevante Bereiche dar.

Dies ist politisch, aber gerade auch rechtlich umstritten. Entsprechende Abkommen zwischen Frontex und nicht-europäischen Staaten werden in ihrer Bedeutung deshalb heruntergespielt. Sie gelten als rein technische Abkommen, als »Working Agreements«. Geregelt ist darin eine mögliche Zusammenarbeit von Frontex und den jeweiligen staatlichen Behörden für den Bedarfsfall. Die Bedarfsfälle, die in den Agreements aufgezählt sind, zeigen deutlich das übliche Frontexprofil: Datenaustausch, Erstellen von Risikoanalysen, gemeinsame Übungen, gemeinsame Operationen, Sammelabschiebungen usw.

Ein solches Agreement hat Frontex bereits 2009 mit der mazedonischen Regierung geschlossen – es ist in den Grundsätzen identisch mit ähnlichen Abkommen mit anderen Staaten. Etwas später im selben Jahr gewährte die EU mazedonischen StaatsbürgerInnen Visa-Freiheit – der zeitliche Zusammenhang ist nicht zufällig. Bei der Unterzeichnung des Agreements wurde der damalige Frontex-Chef Laitinen explizit darauf angesprochen, ob sich die Position Mazedoniens für ein Visaabkommen nicht sehr verbessert habe, wo man doch jetzt große Fortschritte im Bereich Bordermanagement erreicht habe.

In diesem Interview wies Laitinen darauf hin, dass es hinsichtlich der Zusammenarbeit zunächst einmal darum ginge, die technologische Infrastruktur an die von Frontex anzupassen, um so möglichst schnell möglichst viele Überwachungsdaten auszutauschen. Zu diesem Zweck hat Frontex ein Netzwerk mit südosteuropäischen Staaten gegründet. Dieses Netzwerk – an dem auch Mazedonien beteiligt ist – liefert Daten und Zahlen für eine zentrale Datenbank. Aufgrund dieser Daten und Zahlen gibt Frontex seit 2010 die »Western Balkans Annual Risk Analysis« heraus. Die Frontex-Risikoanalysen stellen gesamteuropäischen Behörden – und in bereinigter Form auch der Öffentlichkeit – eine große Menge Datenmaterial zur Verfügung.

Hier werden grenzschutzrelevante Faktoren wie »illegaler Aufenthalt«, »Zurückweisungen an der Grenze« usw. länderweise quantifiziert. Diese Daten stellen zum einen selbst bereits einen Arbeitsnachweis in Sachen erfolgreicher Kooperation mit Drittstaaten dar; Frontex betreibt die Analyse dieser Daten jedoch vor allen Dingen präventiv, um Lücken im repressiven System zu finden und letztlich Fluchtwege zu schließen.

Durch Datenanhäufung verspricht sich Frontex, die wechselnden Fluchtrouten zu identifizieren und »Bewegungsmuster« zu erstellen. Aus den Berichten ergeben sich aus Sicht der Grenzschutzagentur auch immer wieder neue Arbeitsaufträge für Drittstaaten wie Mazedonien.

Ein anderes Beispiel, das den zentralen Stellenwert von Daten- und Informationsaustausch zeigt, ist etwa die »Joint Operation« von Frontex mit den entsprechenden Behörden in Albanien, Moldawien, Ukraine und eben der FYR Mazedonien seit 2014, bei der es darum geht, technische »best-practice«-Beispiele der Migrationskontrolle auszutauschen.

Die Einrichtung einer kompatiblen Infrastruktur lässt sich die EU einiges kosten. So wurden für die Errichtung des gängigsten Funknetzwerkes TETRA zwischen 2010 und 2014 vier Millionen Euro an Mazedonien bezahlt. Geld fließt aber auch für handfestere Dinge, so etwa für eine Instandsetzung mazedonischer Grenzpolizeistationen. So wurden für die Grenzpolizeistation in Tetovo, die für die Migrationskontrolle von zentraler Bedeutung ist, zwischen 2011 und 2013 500.000 Euro ausgegeben.

Auch der Datenaustausch selber hat eine handfestere Seite – es gibt eine Folge kleinerer und größerer Treffen zur Migrationskontrolle in Südosteuropa; ein größeres Treffen war etwa die von Frontex koordinierte Westbalkankonferenz in Wien 2013. Nicht zuletzt auf solchen Konferenzen wird auch immer wieder direkte personelle Unterstützung zugesagt.

So wird die mazedonische Grenzpolizei personell beständig von Frontex personell unterstützt, trainiert und beraten. Die Stellenausschreibungen für höhere GrenzpolizistInnen in Mazedonien verlangen bereits mehrjährige Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Frontex. Letztlich wird es aus Sicht von EU und Frontex darum gehen, dass Mazedonien bei einem möglichen EU-Beitritt reibungslos in das »Integrated Border Management« von Frontex passt. So existiert – wie in EU-Staaten – auch in Mazedonien als Hauptknotenpunkt des Grenzmanagements ein »National Coordination Centre«.

Der Zusammenhang von EU-Beitrittskandidatur, Visa-Freiheit und Durchsetzung repressiver Frontex-Ansätze ist durchgehend vorhanden. Im »Progress Report 2012« zu Mazedonien, der aus Sicht der Europäischen Kommission die Fortschritte des Landes in Politik- und Verwaltungsfeldern aufzeichnet,

die für den weiteren Beitrittsprozess grundlegend sind, wurde die Zusammenarbeit mit Frontex als gut bezeichnet, weil eine Vielzahl von Schritten schon auf den Weg gebracht wurde: Ein Regelwerk zur Risikoanalyse, Schulungsmaßnahmen der Grenzpolizei und das Erstellen einer zentralen Datei für gefälschte Dokumente.

Was die Visa-Freiheit betrifft: Hier hat die EU ihre repressive Asylpolitik an Mazedonien weitergegeben. Die Behörden dort sollen dafür Sorge tragen, dass mazedonische StaatsbürgerInnen ihre Reise- und Bewegungsfreiheit nicht dazu nutzen, in der EU Asyl zu beantragen. Im EU-Sprachgebrauch nennt sich das »Post-Visa-Liberalisierung«. Diese »Liberalisierung« ist die Grundlage für die in Mazedonien geschaffenen Ausreiseverbote, die vor allem gegenüber Roma und gegen Abgeschobene ausgesprochen und von den dortigen Behörden offen als »Profiling« bezeichnet werden. Ebenso offen wird diese Politik von Frontex gelobt. In ihrer »Western Balkans Annual Risk Analysis 2014« erkennt die Grenzschutzagentur an, dass mazedonische Behörden offensiv gegen den »kriminellen Missbrauch« der Visa-Freiheit vorgehen.

Kontrolle an der EU-Außengrenze aus südlicher Richtung:
Grenze Serbien—Ungarn auf der serbischen Seite bei Subotica.



Gazi Baba, Skopje

Ein Knast als Erstaufnahme

In Mazedoniens Hauptstadt Skopje sind im Stadtteil Gazi Baba Flüchtlinge menschenrechtswidrig eingesperrt. Sie sind gefangen, dürfen keinen Besuch erhalten, werden abgeschirmt.

Selbst internationalen Menschenrechtsorganisationen wurde der Zugang zur Einrichtung verweigert. Auch unsere Recherchegruppe erhält keinen Zutritt – wie auch in einem anderen Flüchtlingslager. Wir treffen ehemalige Insassen, die uns von schlimmsten Haftbedingungen berichten.

Mazedonien sperrt Flüchtlinge in seiner Hauptstadt Skopje im Stadtteil Gazi Baba ein. Wegen der dortigen »unmenschlichen Haftbedingungen« startete Amnesty International am 27. Februar eine Eilaktion.¹ Das Helsinki-Komitee spricht im Zusammenhang mit Gazi Baba von »großer Sorge«, ZeugInnen hatten von Folter berichtet, das Komitee konnte dies nicht nachprüfen, weil ihm der Zutritt kurzfristig verwehrt wurde.

Wir sind am 6. März 2015 nach Gazi Baba gefahren. Zwei Polizisten bewachten die komplett umzäunte Einrichtung in einem Pfortnerhaus. Auf dem Gelände sind weitere Polizisten der »Border Police«. Die Einrichtung wird mit mehreren Kameras überwacht. Die Fenster sind vergittert. Durch die Gitter strecken einige InsassInnen ihre Arme und winken uns zu. Wie vor uns VertreterInnen von Amnesty International sowie des Helsinki-Komitees, werden auch wir nicht hinein gelassen.

Wir dürfen die Insassen weder besuchen noch sprechen. Der Polizist am Eingang beschreibt auf Nachfrage die Einrichtung mit den Worten: »Es ist kein Gefängnis, aber es ist wie ein Gefängnis«. Auch Kameraaufnahmen werden uns untersagt.

Drei junge Männer, die mit Plastiktüten voller Obst, Gemüse, anderen Lebensmitteln und Klopapier zum Eingang kommen, dürfen ebenfalls nicht hinein. Es sind ehemalige Insassen, die uns sagten, sie hätten für einen Freund eingekauft, weil das Essen in der Einrichtung sehr schlecht sei. Ihr Freund wird, begleitet von einem Sicherheitsmann und einem Polizisten der »Border Police«, an die Pforte gebracht. Er darf die Einrichtung nicht verlassen. Nach einer Durchsuchung der Tüten übergeben die Polizisten ihm die Lebensmittel. Die drei ehemaligen Insassen müssen ihre Personalien angeben. Danach wird der Insasse in Begleitung wieder zurückgeführt.

Einer der jungen Männer sagt uns, dass er selbst zwei Monate in Gazi Baba gewesen sei. Es ist ihm sichtlich unangenehm, in der Nähe der Einrichtung zu sein. In Sicht- und Hörweite der Polizisten will er nicht weiter mit uns sprechen. Ein anderer ehemaliger Insasse berichtet im Gespräch mit der praktizierenden Ärztin aus unserer Delegation über die medizinische Versorgung im Flüchtlingsgefängnis Gazi Baba.

Medizinische Versorgung »völlig unzureichend«

Diese sei »völlig unzureichend«, es gäbe für die verschiedensten Beschwerden kaum andere Medikamente außer Paracetamol oder Schlafmittel, die aber auf Dauer abhängig machten. In seltenen Fällen seien auch Antibiotika verfügbar. Es sei zwar täglich ein Arzt für einige Stunden anwesend, aber der Andrang sei so groß, dass die Wartezeit regelmäßig drei bis vier Stunden betrage.

Er sei einmal an einer fieberhaften Halsentzündung erkrankt gewesen und nach zwei bis drei Stunden Wartezeit im Wartebereich kollabiert. Fieberhafte Erkältungskrankheiten und Halsentzündungen seien in Gazi Baba endemisch, permanent seien viele BewohnerInnen betroffen. Antibiotika seien nicht immer verfügbar. Er selbst habe wegen der eitrigen Mandelentzündung eine Packung Antibiotika bekommen. Als die Tabletten zu Ende waren, sei sein Hals immer noch entzündet gewesen, aber weitere Antibiotika seien nicht verfügbar gewesen. Von den zwei Monaten, die er in Gazi Baba gelebt habe, sei er insgesamt 45 Tage lang krank gewesen.

Er berichtet von einer Frau, die in Gazi Baba ihr Baby geboren habe, und einem Mann, der eine schwere Herzkrankheit gehabt habe und in der Vorgeschichte bereits am Herzen operiert worden sei. Er habe in seiner Heimat zahlreiche Herzmedikamente eingenommen sowie Warfarin, ein Mittel, das die Blutgerinnung hemmt und so einem Schlaganfall vorbeugt. Dieses Medikament erfordert zur exakten Dosierung eine regelmäßige Blutuntersuchung. Das Warfarin sei nach seiner Ankunft in Gazi Baba abgesetzt worden. Dadurch hat sich das Risiko, einen Schlaganfall zu erleiden, stark erhöht.

Weiterhin berichtet uns ein ehemaliger Insasse von einem 24-jährigen Mann, der in Gazi Baba mit einer Schussverletzung im Bein einsaß. Er war deswegen bereits vor seiner Ankunft in Gazi Baba operiert worden. Die Wunde habe sich infiziert und der Mann habe dringend nach ärztlicher Behandlung verlangt. Zunächst

sei ihm diese verweigert und er sei sogar geschlagen worden.

Schließlich sei er doch in ein Krankenhaus gebracht worden. Der dort zuständige Arzt habe einen Befund festgestellt, der eine sofortige Operation erfordert hätte. Diese Operation sei jedoch nicht durchgeführt worden. Wegen der starken Schmerzen habe der Mann auch trotz Schmerz- und Schlafmitteln nicht schlafen können. Dieser Mann sei in Gefahr sein Bein zu verlieren.

Ein weiterer Mann habe in Gazi Baba einen Herzinfarkt erlitten und habe weder spezifische Therapie dafür erhalten noch sei er in einem Krankenhaus vorgestellt worden. Es sei ihm sehr schlecht gegangen.

Der ehemalige Insasse berichtet, dass auch viele ältere Menschen in Gazi Baba lebten, die weit über 60 Jahre alt seien. Keiner erhalte bei Bedarf Medikamente – außer Paracetamol. Kurz bevor er Gazi Baba verlassen habe, habe sich zunächst bei drei Leuten ein juckender Hautausschlag entwickelt, vermutlich Krätze, der ebenfalls nicht behandelt worden sei. Als

er entlassen wurde, seien bereits 20 Personen an dem gleichen Hautausschlag erkrankt. Das lässt Rückschlüsse auf schlechte hygienische Verhältnisse zu.

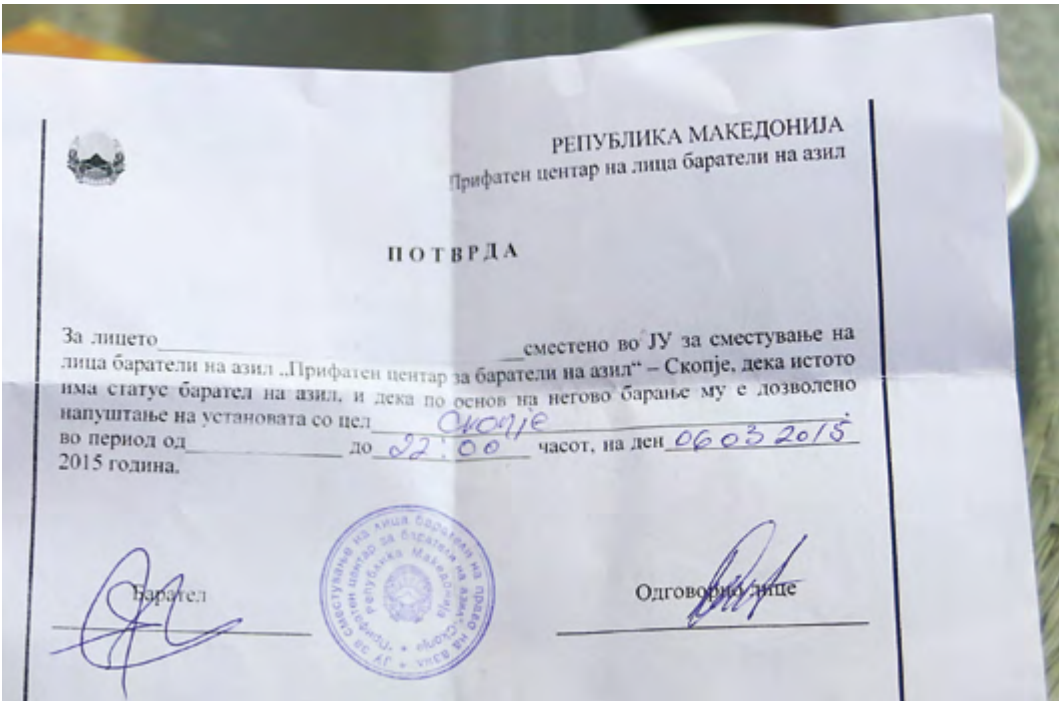
Zudem sei die Einrichtung überfüllt. Viele Insassen müssten in den Gängen auf dem Boden schlafen. In den kleinen Räumen, die der ehemalige Insasse auf etwa zehn Quadratmeter schätzt, müssten zehn Menschen schlafen.

»Große Sorge« beim Helsinki-Komitee

Zuvor hatte uns bei einem Besuch beim Helsinki-Komitee deren Legal Adviser in Mazedonien, Voislav Stojanovski, berichtet, dass ihm die Einrichtung im Stadtteil Gazi Baba »sehr große Sorgen« mache. Für Mazedonien sei es eine völlig neue Situation, Flüchtlinge aus anderen Regionen der Welt als aus Ex-Jugoslawien aufnehmen zu müssen.

Die Einrichtung sei für 150 Personen ausgelegt und derzeit mit 300 Personen belegt. Zum Teil hätten die Leute kein eigenes Bett. Es sei bereits bei Al-Jazeera Balkan und von einem syrischen Sender über Gazi Baba berichtet worden, auch mit Fotos aus dem Inneren der Anstalt.

Visbegovo. Diese Papiere werden täglich neu ausgestellt und gelten immer nur bis 22 Uhr abends. Sie beschränken die Bewegungsfreiheit auf ein paar Stunden und auf das Stadtgebiet.



Visbegovo. Ein von der EU finanziertes Flüchtlingslager, für viele Schritt 2 nach Gazi Baba.

Ein Syrer habe sich vor kurzem an das Helsinki-Komitee gewandt und berichtet, acht seiner Landsleute seien in Gazi Baba gefoltert worden. Das Helsinki-Komitee habe daraufhin versucht, diese syrischen Flüchtlinge in Gazi Baba zu besuchen. Nach längeren Bemühungen sei dem Komitee zugesagt worden, die Flüchtlinge sehen zu dürfen, was jedoch kurzfristig telefonisch wieder abgesagt worden sei. Dies habe beim Helsinki-Komitee die große Sorge geweckt, dass die Spuren der Folter so offensichtlich sind, dass man nicht will, dass sie gesehen werden.

Laut Stojanovski sei es bisher keiner regierungsunabhängigen Organisation gelungen, zu einem Besuch in die Anstalt von Gazi Baba zu gelangen. Es habe lediglich im Herbst 2014 einen angekündigten Besuch des Anti-Folter-Komitees des Europarats gegeben. Diese angekündigten Besuche seien aber wenig effektiv, weil vorher die Zustände geschönt werden können. In Bezug auf die Zustände in Gazi Baba wies er uns auf die Entscheidung Kalashnikov gegen Russland des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) hin. In dem genannten Urteil habe der EGMR entschieden, dass auch ohne Folter- oder Misshandlungsabsicht des Staates eine folterähnliche

Misshandlung vorliege, wenn eine Haftanstalt zu 190 Prozent überbelegt sei.

Flüchtlingslager Visbegovo – eine würdelose Zwischenstation

Neben dem in Gazi Baba gibt es am Stadtrand von Skopje ein weiteres Flüchtlingslager. Auch dieses besuchen wir. Das Flüchtlingslager liegt am Ende der Dorfstraße von Visbegovo, etwa 15 Minuten Autofahrt vom Zentrum Skopjes entfernt. Es ist auf einem ehemaligen Militärgelände gebaut, gleich neben dem Mehrsterne-Hotel »New Star«. Der Bau der Einrichtung wurde mit EU-Geldern finanziert.

1) Urgent Action: »Unmenschliche Haftbedingungen«, UA-046/2015, Index: EUR 65/1083/2015, <http://www.amnesty.de/urgent-action/ua-046-2015/unmenschliche-haftbedingungen?destination=node%2F5309>, zuletzt abgerufen am 7.3.15.

Hier werden Asylsuchende untergebracht, nachdem sie im Lager Gazi Baba waren. Manche nach drei Tagen, andere nach drei Monaten. Der Grund für diese Verfahrensweise bleibt den Betroffenen unbekannt. Der Zweckbau in Visbegovo ist umzäunt, das Wachpersonal weist auf die permanente Videoüberwachung hin. Wir dürfen nicht filmen und die Einrichtung nicht betreten. Drei von uns müssen ihre Personalien abgeben.

Im Gegensatz zu Gazi Baba dürfen die Asylsuchenden das Lager tagsüber verlassen. »*Es ist trostlos hier*«, erzählt uns ein Asylsuchender, »und kalt.« Ein anderer Asylsuchender kommt hinzu und bestätigt: »Kalt – drinnen und draußen!« Die Zimmer seien nicht beheizt. Der Flachbau verfüge über einige wenige Gemeinschaftstoiletten und zwei Duschen, wovon eine kaputt sei. Es gebe mehrere Computer und WLAN, der Jesuiten-Dienst biete Unterstützung an.

Am Freitagnachmittag, dem Tag unseres Besuchs, sind weder der Direktor noch die Mitarbeitenden des Jesuiten Refugee Service (JRS) vor Ort.

In Visbegovo leben zurzeit 25 Männer, u.a. aus Syrien, Afghanistan und dem Sudan. 14 Tage zuvor waren es noch etwa 60 Personen, darunter Frauen und Kinder. Die Ausstattung sei spärlich: Es gebe keine Öfen, Herde oder Mikrowellen, um Essen zuzubereiten.

Einmal täglich – um 13 Uhr – würden Getränke, Suppe und Brot gebracht, berichten uns zwei Asylsuchende. Manchmal gebe es auch Käse dazu. Alles weitere müsse auf eigene Kosten auf dem Markt oder im nahe gelegenen Supermarkt gekauft werden. Die Asylsuchenden erhielten jedoch kein Bargeld. Zweimal die Woche komme ein Arzt. Täglich würden Menschen aus dem Lager abhauen, meistens in der Dunkelheit.

Manche der hier wohnenden Asylsuchenden haben eine Refugee-ID Card ausgestellt bekommen, andere nur eine Aufenthaltsbestätigung für 24 Stunden. Wir sehen eine solche Bescheinigung, auf der die Zeit des »Ausgangs« von mittags bis 22.00 Uhr angegeben ist und die mit der Auflage versehen ist, dass

sich der Inhaber nur im Kreis Skopje bewegen darf. Diese Bescheinigung dient der Anwesenheitskontrolle und gibt keine Auskunft über den rechtlichen Status oder begonnene Verfahren.

Die MYLA, Mazedoniens Young Lawyer Association, nennt 13 Personen, die in Mazedonien einen Schutzstatus zuerkannt bekommen haben. Sie leben in Štip, etwa zwei Stunden von der Hauptstadt entfernt.

Seit Juni 2015 gibt es in Mazedonien 72-Stunden-Durchreisevisa für Flüchtlinge, die auch innerhalb dieses Zeitraums die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen können. Letztlich profitierten davon die Durchreisenden nur kurz. Sie wurden zwar registriert, konnten aber dann nach Serbien und an die Außengrenzen der EU gelangen, zum Beispiel an die neuen ungarischen Grenzzäune – daran befestigt Schilder in den Sprachen Ungarisch, Englisch und Deutsch. Ende August 2015 hindert die mazedonische Regierung im süd-mazedonischen Gevgelija mit Hilfe von Militär und Sicherheitskräften die Menschen neuerdings daran, überhaupt ins Land zu kommen. Die Lage an den griechisch-mazedonischen Grenzübergängen eskaliert, es gibt täglich neue Meldungen von einer überforderten mazedonischen Regierung, welche die EU-Abschottung durchsetzen soll.

Visbegovo





Gazi Baba. Es kursieren viele Bilder vom Inneren des Asylknasts, die von unabhängigen Beobachtern nicht bestätigt werden konnten. Hier eine kleine Auswahl, die wir während unserer Recherchen geschickt bekamen.



Geister

(Synonym, laut Duden, für: Erscheinung, Phantom ... Nicht greifbar, nicht sehbar)

Wie eine Erscheinung, wie ein Phantom – so fühlen sich die Menschen, die von der Mehrheitsgesellschaft in Mazedonien aufgrund ihrer Ethnie und ihres Schicksals systematisch ausgegrenzt und diskriminiert werden.

Vor Krieg und Verfolgung sind sie geflohen. Für sie war kein Platz mehr da, Ende der 90er Jahre im Kosovo. »Wir kamen mit dem was wir an unserem Leib trugen«, hört man immer wieder. Doch wer sind diese Menschen und was musste geschehen, damit sich ein Mensch so fühlt, als wäre er ein Phantom?

Es ist immer wieder ein Kampf ums Überleben. Man muss es selbst gesehen haben, um es zu glauben und um es zu verstehen. »Ich bin eine alte Frau. Alles was ich habe, sind meine drei Enkelkinder«, so berichtet uns eine aus dem Kosovo geflüchtete Frau. Sie sieht erschöpft aus, gezeichnet vom Erlebten. Der Tod ihres Sohnes ist stets präsent. Jedes Mal wenn sie seine Kinder sieht, wird sie an ihn erinnert.

Wo leben die Geister? Sie leben in Šuto Orizari (auch Šutka genannt). In einer der zehn Gemeinden der mazedonischen Hauptstadt Skopje, nördlich der Innenstadt. An einem Ort, der als das größte Roma-Dorf Europas, wenn nicht gar der ganzen Welt gilt. Hohe Arbeitslosigkeit und eine fast nicht vorhandene Infrastruktur bestimmen das Leben dieser Menschen. Ein einheimischer Rom hat es hier schon schwer genug, doch als Flüchtling aus dem Kosovo, erzählt man uns, seien die Lebensbedingungen noch schwerer. Der Zugang zu kostenfreien Medikamenten sei begrenzt, und ohne Nachweis, wie etwa einem Ausweis, sind sie nicht zu bekommen. Außerdem würden die einheimischen Roma bei der Vergabe vorgezogen. »Wir sind hier, jedoch nicht da«, versucht uns eine Frau zu vermitteln.

Ich habe kein Einkommen. Ich habe keinen Besitz, kein Vermögen. Ich bekomme von niemandem Hilfe. Nur was ihr hier seht, das besitze ich. Sonst nichts.

Die Mädchen können weder Mazedonien verlassen noch in den Kosovo einreisen. Ihnen fehlen die dafür nötigen Dokumente. An der Grenze werden sie nicht durchgelassen. Das stresst mich sehr.

Ohne Geld kann ich nichts machen. Glaubt mir oder nicht, sonst fragt die Nachbarn.

Meine Enkelkinder haben nur mit diesen Nachbarn zu tun. Ich bin den ganzen Tag nur zuhause. Ich habe kein fließendes Wasser. Wenn wir welches haben, wärmen wir es hier auf.

Das alles belastet mich sehr. Ich habe keine Medikamente, weil das Geld dafür fehlt.

Was gebe ich den Kindern?

So ist unser Leben. Was bleibt mir anderes übrig, als verrückt zu werden. So ist das seit 2002.

Seit 2002 ohne ein eigenes Heim. Was soll ich tun? Ich bin hilflos. Eine alte Frau. So zu leben fällt mir immer noch schwer. Ich war das so im Kosovo nicht gewöhnt.

Laut UNHCR gibt es 2001 zwei Flüchtlingscamps für aus dem Kosovo geflüchtete Roma, Ashkali und »Egypter« in Mazedonien. Eins in Šutka mit 1264 und eins in Katlonovo mit 518 Personen. (<http://www.refworld.org/docid/3c58099a5.html>)

Boris Kanzleiter beschreibt die Situation im Lager für Kosovo-Roma in Šutka 2002 so: »Eingepfercht auf engstem Raum, eingezäunt und von der Polizei bewacht, warten sie seit über zwei Jahren auf die Rückkehr ins benachbarte Kosovo.« (<http://jungle-world.com/artikel/2002/08/24397.html>)

So ist unser Leben

KOSOVOFLÜCHTLINGE IN MAZEDONIEN



Šutka. Bis heute ohne Registrierung leben manche Flüchtlinge noch 15 Jahre nach ihrer Flucht aus dem Kosovo ohne Zugang zur Gesundheitsversorgung oder zum Bildungssystem.

Die Gewissheit, hier in Ruhe zu leben

KOSOVOFLÜCHTLINGE IN MAZEDONIEN

Im Jahr 2000 sind wir hierher gekommen. Als 2001 das UNHCR-Camp aufgelöst wurde, hat das UNHCR für eine bestimmte Zeit Privatwohnungen gemietet und wir haben dort vorübergehend gelebt.¹ Wir bekommen monatlich 200 Euro für alles, Miete, Strom, Wasser, alles. 130 Euro sind davon vom UNHCR, der Rest vom Sozialamt. Das ist für neun Personen.

Wie viele waren in dem Camp in Šutka? 2.500 Leute. Wir kennen uns alle. Eine Familie wohnte ziemlich weit unten in dem Viertel, wo keiner hingeht. Da haben sich sieben Familien ein Bad geteilt.

Haben Sie nie überlegt, zurück in den Kosovo zu gehen? Nein. Es gab vor drei Jahren ein Projekt, das Leuten die freiwillige Ausreise ermöglichte und ihnen ein Haus zur Verfügung stellte. Wir waren mit auf der Liste. Von sieben Familien haben sechs ein Grundstück bekommen. Uns wollten sie in eine Kommune (in Kamenice) mit vornehmlich Serben bringen. Die Verantwortliche für das Projekt ist eine Serbin. Sie hat zu mir gesagt: ›Ich kann das nicht verantworten.‹ So blieben wir hier.

Jetzt haben wir einen mazedonischen Aufenthaltstitel für subsidiären Schutz. Vor 2009 hatten wir Flüchtlingspapiere vom UNHCR.

Ihre Papiere, müssen Sie die jedes Jahr verlängern? Früher war das ein Jahr und acht Monate. Jetzt prüfen die alle acht Monate bzw. jedes Jahr, ob der Status verlängert wird. Wir erfüllen die Voraussetzungen dafür, dass der Status verlängert wird. Andere fallen durch das Raster. Es gibt Familien, die einen negativen [Bescheid] bekommen, z.B. weil sie ausgereist sind.

Das Problem ist nicht die Ausreise, sondern die Rückreise. Wenn die Rückreise angeordnet wird, werden die Dokumente einbehalten. Das geht über mehrere Behörden, die rufen dann an und fragen: Warum warst du da, wo warst du, welche Papiere hast du geholt, was willst du mit den Papieren machen? In dem Zusammenhang bekommen die dann einen Negativ-Bescheid.

Sehen Sie Ihre Zukunft hier oder im Kosovo? Wünschen Sie sich die mazedonische Staatsbürgerschaft? Das UNHCR und die Verantwortlichen vom Staat, die für uns zuständig waren, haben gesagt, nach acht Jahren würden wir mazedonische Staatsbürger werden. Das war vor zwei Jahren.

Die Bedingungen dafür sind, einen festen Wohnsitz zu haben und das Erlernen der mazedonischen Sprache. Aber wir haben keinen festen Wohnsitz, wir haben keine feste Adresse.

Gibt es die Option, die mazedonische Sprache zu lernen? Drei meiner Kinder gehen noch zur Schule und lernen die Sprache. Ich habe sieben Kinder, zwischen neun und dreißig Jahren alt; zwei von ihnen sind in Mazedonien geboren. Die Schule ist gut. Es gibt genug Platz für alle Kinder.

Ich weiß nicht, ob es Sprachkurse für Ältere gibt, die nicht kostenpflichtig sind. Privat gibt es viele, aber von kostenlosen Kursen für Ältere habe ich nie gehört.

Was würde es für Sie bedeuten, die mazedonische Staatsbürgerschaft anzunehmen? Gewissheit. Die Gewissheit zu haben, hier in Ruhe zu leben. Ohne eines Tages nach Serbien oder in den Kosovo abgeschoben zu werden. Vor allem wegen der Kinder.

Arbeiten Sie? Ich würde gerne, aber es gibt einfach keine Arbeit.

Im Kosovo haben Sie gearbeitet? Ja. Bei einer staatlichen Baufirma. Als Maurer, Trockenbauer, Zimmermann ...

Hier wird doch viel gebaut, oder? Schon. Die Baustellen hier sind von Leuten, die nicht hier leben. Sie kommen von auswärts. Es gibt Ausschreibungen, aber die wissen vorher, wen sie nehmen. Es gibt mehrere Firmen, die so funktionieren.

Braucht jemand von Ihnen Medikamente? Ja, wir Erwachsenen haben Asthma. Ich selbst brauche jeden Monat eine neue Pumpe.

Obwohl wir seit 2003 eine Krankenversicherungskarte haben, müssen wir dazubezahlen (Selbstbeteiligung). Auch wenn es chronisch ist.

1) Mazedonien registriert Roma, Ashkali, ÄgypterInnen, SerbInnen und Flüchtlinge aus dem Kosovo, die binational verheiratet sind (AlbanerInnen werden normalerweise nicht registriert). 2001 wurden 1.947 des registrierten Personenkreises in Flüchtlingslagern untergebracht und 2.541 in Privatwohnungen. Ihre Aufenthaltskarten waren jeweils für sechs Monate gültig.



Arbeit in Šutka.
Der Straßenverkauf ist für einige eine Möglichkeit,
zur unzureichenden Sozialhilfe etwas dazuzuverdienen.
2010 gab es eine Razzia von der Polizei und
darauffolgend tagelange Proteste.
|> 116





Arbeit in Šutka. Hier mit Wasserstelle vor dem Haus.



Arbeit im Zentrum Skopjes: Reststoffsammler.



Arbeit in Štip: Pferd und Wagen für den Transport von Holz und anderen Materialien.

Arbeit in Štip: Sortieren gesammelter Plastikflaschen.



In Štip auf dem Hügel wohnen die Menschen je höher,
desto improvisierter. Zugänge zu Wasser-, Abwasser- und
Stromversorgung gibt es so weit oben keine.





Zu Risiken und Neben- wirkungen

Medizinische Versorgung, die Leben kostet

Mazedonien ist neben dem Kosovo das ärmste aller Länder des ehemaligen Jugoslawien. Die Industrialisierung hat sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt, der Maschinenpark in den Fabriken ist veraltet. Ebenso fehlt es an modernen medizinischen Geräten, viele Apparate sind veraltet oder unzureichend gewartet. Zu jugoslawischen Zeiten war das Gesundheitssystem ausgezeichnet und verfügte über hervorragend ausgebildetes Personal. 1992 kam es im Zuge des Zusammenbruchs Jugoslawiens zu Versorgungsengpässen. Seit 1993 hat die Regierung mit der Privatisierung des Gesundheitswesens begonnen und es gibt zunehmend private Praxen und Kliniken.

HAMBURG. Große, teils moderne Wohnblöcke, teils renovierte Altbauten verteilen sich locker auf dem weitläufigen parkähnlichen Areal. Es ist Ende Mai, das Gras zwischen den Häusern ist regennass und der Rhododendron blüht. Etwas abgelegener stehen Wohncontainer.

Weiter hinten auf dem Gelände schließlich ein dreistöckiger Flachbau mit breiten Balkonen, auf denen Sessel und Sofas neben Wäscheständer und einen Sonnenschirm gezwängt wurden. Das Kinderspielgekreische wird lauter, ein Mädchen kommt uns auf dem Weg entgegen und grüßt freundlich – hier wollen wir hin: zu Isen A. und seiner Familie.

Eigentlich hatte er uns gebeten, in Mazedonien seinen Vater in Kumanovo zu besuchen, um dessen Geschichte zu dokumentieren.

Die Tür steht offen, drei kleine Kinder spielen im Eingangsbereich mit einem ausgedienten Fahrradanhänger. Durch solide Krankenhausarchitektur wird uns der Weg in den dritten Stock gewiesen. Früher war dies ein Pflegeheim. In »Farmen 1« werden bevorzugt Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten untergebracht. Nur wenige hundert Meter weiter befindet sich der viel größere Gebäudekomplex »Farmen 2«, der etwa 500 Menschen beherbergt und überfüllt ist. Ein Mitarbeiter des Hamburger Jugendamtes, der für die beiden Gebäudekomplexe zuständig ist, berichtet, dass dort die Zustände untragbar und Selbstmorddrohungen keine Seltenheit seien.

Die Familie lebt zu sechst in drei Zimmern. Das Küchen-Ess-Wohnzimmer ist so geräumig und der Linoleumboden so widerstandsfähig, dass die Söhne, der sechsjährige Jaško und sein zweijähriger Bruder Ermichail, hier problemlos Roller fahren können.

Jaško besucht die Vorschule im Stadtteil. Er hat einen modernen blauen Gips, der Nachbarsjunge habe ihm beim Balgen den Arm gebrochen. Jaško hat noch einen 13-jährigen Bruder, der im Moment unterwegs ist. Die große Schwester Esmeralda (15 Jahre) ist gerade auf einer Klassenfahrt. In Hamburg ist sie im Gegensatz zu Mazedonien zum ersten Mal ausführlich untersucht und eine Entwicklungsverzögerung diagnostiziert worden, deren genaue Ursache findet sich im Arztbrief der Uniklinik Eppendorf nicht.

Bei Jaško wurde im März letzten Jahres Epilepsie diagnostiziert, die seitdem medikamentös behandelt wird. In Mazedonien wären diese notwendigen Medikamente unerschwinglich, berichtet Isen A. Auch mit einer Krankenversicherung und der geringen Sozialhilfe von umgerechnet maximal 50 Euro für eine sechsköpfige Familie gäbe es keine Medikamente umsonst. In der Apotheke müssten trotz bestehendem Leistungsbezug vom dortigen Sozialamt immer hohe Zuzahlungen geleistet werden. Die Medikamente, die er hier verschrieben bekommen hat, wären dort somit unbezahlbar. Von den Hamburger Ärzten wurden auch Zäpfchen mitgegeben, die zur Durchbrechung eines Krampfanfalls verabreicht werden können. Solche Notfallmedikamente zum schnellen Beenden eines akuten Krampfanfalls seien in Mazedonien nicht verfügbar, berichtet Isen A.

Offiziell ist die medizinische Versorgung kostenlos, insbesondere für SozialhilfeempfängerInnen. In der Praxis ist dies nicht der Fall, ÄrztInnen verlangen für ihre Dienste zusätzliche Zahlungen und verlangen auch für die verabreichten Medikamente Geld. Die Frage nach den finanziellen Mitteln einer Person ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig, da oft nur aufgenommen

wird, wer die richtigen Personen bestechen kann¹. Das staatliche Gehalt ist für ÄrztInnen sehr niedrig (umgerechnet etwa 250 Euro), was der Korruption Vorschub leistet. In den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens ist eine starke Abwanderung von ÄrztInnen in die EU zu verzeichnen, sodass für manche Länder schon ein Kollaps des Gesundheitswesens befürchtet wird.²

Die Familie kam im Januar 2013 nach Hamburg und war zunächst in einer Sporthalle untergebracht, die als Asylbewerberunterkunft gedient hat. Der Asylantrag wurde nach zwei Monaten abgelehnt, ein Abschiebebescheid erstellt und eine freiwillige Ausreise nahegelegt. Dank des Engagements eines mittlerweile pensionierten Mitarbeiters des Gesundheitsamtes konnte die Abschiebung verhindert werden. Seitdem besitzt die Familie eine Aufenthaltsgestattung mit Residenzpflicht in Hamburg, die bislang zweimal im Jahr um je sechs Monate verlängert wurde. Bislang hat die Ausländerbehörde die Erteilung einer Arbeitserlaubnis verweigert.

Wenn er endlich arbeiten dürfte, wäre doch alles gut, sagt Isen A. Die Kinder gehen zur Schule und in die Kita und sie bekommen die notwendige medizinische Hilfe. Er sei dankbar für diese Wohnung und so froh darüber, dass er seine Familie endlich in Sicherheit gebracht habe. Und für einen kurzen Moment erkennen wir, dass dieses Wohnzimmer, das unschwer als ehemaliges Vierbett-Krankenhauszimmer zu erkennen ist, eine kleine Oase ist.

Isen A. ist schlank, drahtig, gefasst und empört zugleich in seinem Vortrag. Er erzählt, wie sein Sohn Julmet in Mazedonien gestorben ist. Er wurde als gesundes Baby geboren. Mit neun Monaten bekam er seinen ersten epileptischen Anfall. Damals hätten sie das Baby in ein Krankenhaus in Skopje gebracht und zunächst 4.000 Dinar (ca. 70 Euro) Vorabzahlung leisten müssen. Da Isen A. damals eine gut laufende Firma hatte, konnte er das Geld bezahlen. Erst danach wurde das Kind untersucht und behandelt. Notfallmedikamente hätten sie dort nicht bekommen. Vielmehr sei ihnen eingeschärft worden, sich immer umgehend in einer Klinik vorzustellen, sollte das Kind Fieber entwickeln. Als das Kind sechs Jahre alt war, habe es erneut hohes Fieber bekommen und es sei ihm sehr schlecht gegangen, als Isen A. es zur Klinik brachte. Hals, Rücken und Arme seien steif gewesen, das Kind habe nicht mehr auf Ansprache reagiert – es war komatös. Er sollte vor der Behandlung erneut 4.000 Dinar bezahlen. Damals konnte er das Geld jedoch nicht aufbringen. Die zuständige Ärztin habe daraufhin die Behandlung verweigert. Er habe sie angefleht, seinem Sohn zu helfen, sie sei jedoch unerbittlich gewesen, berichtet er. Weil er keine Vorabzahlung leisten konnte, habe sie darauf bestanden, dass er sein fieberndes, bewusstloses Kind wieder mit nach Hause nehmen sollte, ohne irgendeine Art von Hilfe oder Behandlung. In seiner Fassungslosigkeit habe er sie geschubst und sie sei vom Stuhl gekippt. Drei Tage später ist das Kind zu Hause gestorben. Sein Blick zittert, als er das erzählt. Als ich frage, ob die Ärztin von dem Verlauf erfahren habe und sich entschuldigt habe, lacht er bitter: »Wenn ein Roma in Mazedonien stirbt, ist es so, als würde ein Hühnchen sterben.« Auch die Polizei interessiere es nicht, wenn ein Roma stirbt.

Ihm selbst sei wegen des Vorfalls mit der Ärztin der Prozess gemacht worden – er musste für ein Jahr ins Gefängnis. Wo hierzulande gegen die

Ärztin wegen unterlassener Hilfeleistung ermittelt worden wäre, wurde also der Vater, der sein Kind verloren hatte, für ein Jahr inhaftiert. Auf die Frage, wie die Bedingungen im Knast gewesen seien, sagt er: »Wenn du viel redest, kriegst du Watschen. Und wenn einer der Gefängniswärter ein bisschen trainieren will, dann schlägt er dich so lange, bis er keine Lust mehr hat.«

Dann erzählt er, wie sein anderer Sohn tödlich verunglückte. Auf dem Gelände des Schrotthandels, den er früher hatte, sei sein Sohn von einem LKW überfahren worden. »Und was ist passiert? Nichts ist passiert«, sagt er. »Wir haben die Polizei angerufen und sie haben einen Unfallbericht geschrieben: Zuerst haben sie geschrieben, der LKW sei von vorne rechts gekommen. Später haben sie einen zweiten Bericht geschrieben, in dem stand, dass der LKW von links gekommen sei«. Der Unfall-Fahrer war ein Albaner, der es auf sein Firmengelände abgesehen gehabt hätte und dem das Gelände mittlerweile tatsächlich gehöre. »Er war ein einflussreicher Albaner, da kannst Du nichts machen«, sagt Isen A. Er hätte Entschädigung bekommen müssen, sagt er. »Nicht, dass ich Geld für das Leben meines Sohnes gewollt hätte, kein Geld der Welt könnte mir das Leben meines Sohnes aufwiegen. Aber es geht nicht nach gleichem Recht zu, wenn es um Roma geht. Roma haben in Mazedonien kein Recht.«

Wir fragen ihn, was er davon hält, dass die Bundesregierung Mazedonien zu einem sicheren Herkunftsstaat erklärt hat. »Mazedonien ist nicht sicher, und für Roma erst recht nicht«, sagt er. Er sei während des Krieges in Kumanovo gewesen. Im Mai sei dort nun wieder Krieg gewesen. Er verweist auf Feuergefechte, die am 9. und 10. Mai 2015 in Kumanovo zwischen einer bewaffneten albanischen Gruppe und der mazedonischen Polizei stattfanden. 22 Menschen starben dabei und 37 Menschen wurden verletzt.^{3,4} »Habt ihr das mitgekriegt?«, fragt uns Isen A. »Roma sind friedliche Leute, wir machen keinen Krieg. Aber in den Ländern, in denen wir leben, machen die anderen Krieg.«

Er erzählt von Kindern, die in Kumanovo vermisst würden. Er wisse von 20 Fällen, in denen Kinder einfach verschwunden seien. »Ohne jede Spur. Die Polizei weiß nichts.« Der Sohn seines Onkels sei vor 14 Jahren verschwunden. Am 8. August jähre sich der Tag, an dem ein Freund von ihm, Herr D., mit seinem Sohn Flaschen sammeln ging, diesen plötzlich vermisst und seitdem nicht mehr gefunden habe. Die Fälle der verschwundenen Kinder werden unter anderem von der anerkannten mazedonischen NGO »Childrens Embassy« beschrieben. Seit Beginn der 90er Jahre gelten 20 Kinder als vermisst^{5,6,7,8}. | > 44

Vor sechs Monaten sei der Sohn seines Cousins verschwunden, sagt Isen A. »Hier kann ich laut sprechen, hier ist das Gesetz für alle Menschen gleich«. Es würden Jungen und Mädchen verschiedenen Alters vermisst. Immer seien es Roma. Die Polizei interessiere das nicht, sagt er. Und: »Es gilt kein Gesetz für Roma«. Alle in Kumanovo hätten Angst um ihre Kinder. »Hier weiß ich meine Kinder in Sicherheit. Gut, dass wir hier sind.«



3) www.tagesspiegel.de/politik/politische-situation-in-mazedonien-eskaliert-wie-nach-einem-krieg/11764136.html.

4) www.welt.de/politik/ausland/article140753415/Labilstes-Land-Europas-vor-einem-neuen-Krieg.html.

5) www.childrensembassy.org.mk/default-mk.asp?ItemID=AC8972314B87684AA0BF19679EEA301B

6) www.childrensembassy.org.mk/newsletter-41-ns_article-fifteen-months-by-the-mysterious-disappearance.nspx.

7) www.childrensembassy.org.mk/newsletter-38-ns_article-seeking-after-4-missing-children-in-only-one-month.nspx.

8) www.balkan.eu.com/children-missing-leaving-trace/.

1) www.refworld.org/docid/466fec682.html.

2) Deutsches Ärzteblatt, Jg 112, Heft 8, 20. Februar 2015.



In Štip bei Gamzes Großvater. Hier müsste die Familie im Falle einer Abschiebung unterkommen. Bewohnbar ist nur ein Raum, in dem alles stattfindet, Essen, Schlafen, Wohnen. Es gibt weder eine Küche, noch ein Badezimmer, geschweige denn Wasser in der Toilette. |> 108









Egal wohin

WIR TREFFEN DEN VATER VON GAMZE,
CENGİZ, IN ŠTIP. ER WURDE ABGESCHOBEN,
WÄHREND SEINE FRAU UND SEINE TÖCHTER
IN HAMBURG BLIEBEN.

ŠTIP. *Wir trafen Ihre Frau und Ihre Töchter in Hamburg und Sie jetzt hier. Wie geht es Ihnen nach Ihrer Abschiebung?* Ich kann nicht ausreisen und soll mich bei der Polizei melden. Das ist eine Katastrophe, das macht mir Angst: Warum soll ich mich melden? Weil ich ausgereist bin? Weil ich irgendwo im Urlaub war? Ich sag es offen: Ich habe Asyl beantragt in Deutschland. Aber wie auch nicht? Wenn ich hier was hätte, warum sollte ich dann in ein fremdes Land gehen? Warum sollte ich mit meinen Kindern auf der Flucht sein? Wenn dein Leben gut ist, wirst du niemals dein Zuhause, deine Heimat verlassen.

Das ist das Eine. Und das Andere: Ich kann mit euch rausgehen, in ein Restaurant zum Beispiel. Wir setzen uns hin und dann schaut euch diese Blicke von den Leuten an: Es ist offen, es ist öffentlich. Euch werden sie sagen: ›Hier, bitte schön‹. Uns bestimmt nicht. Wenn wir hier herum aufen, unten in der Stadt, dann werden wir innerhalb einer Stunde kontrolliert. 100 Prozent.

Warum? Nur wegen unserer Haut, also weil wir Roma sind. Was soll ich denn machen, ich bin in diese Familie geboren, ich kann nichts dafür. Ich bin ehrlich gesagt stolz, dass ich Roma bin. Wir haben nur nicht genug zum Leben.

Können Sie Ihre Familie in Deutschland besuchen?

Das klappt nicht. Wenn ich es an der Grenze probiere, schickt mich der Beamte zurück. Nach der Abschiebung wird uns der Pass für ein Jahr abgenommen. Sie sagen, sie haben ein Abkommen gemacht, mit deutschen Behörden, mit den Politikern, wegen Europa, und dass sie uns nicht nach Deutschland lassen. Ich denke, dass die Leute, die es nötig haben, auch in Deutschland Asyl bekommen müssten. Ich werde euch das zeigen, es gibt auch hier Wohlhabende. Die werden bestimmt nicht für Asyl weggehen. Keiner wird das tun. Wäre ich hier wohlhabend und hätte zu Essen, dann würde ich nicht gehen. Hier, du kannst fotografieren, was es zu Essen gibt: Da ist nichts. Da ist kein Kühlschrank. Und dann mangelt es den Kindern an Vitaminen – das weiß ich aus Deutschland. Diese ganzen Sachen habe ich hier nicht gelernt. Hier ist das Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küche – das ist alles in einem Zimmer. Und in der Toilette kann man sich Infektionen holen. Keiner auf der Welt will solche Toiletten. Man gibt uns nichts zum Leben oder um uns zu entwickeln. Leider Gottes.

Haben Sie Arbeit? Nein. Ich bin vor Armut weggelaufen und vor Blutrache – wir haben Blutrache hier. Mein Bruder hat die Sache gemacht, er ist vor zwei Tagen aus dem

Gefängnis entlassen worden. Ich bin abgehauen mit meinen Kindern, seine Frau ist weg gewesen. Es ist passiert, das kann man nicht rückgängig machen. Er wollte bestimmt auch nicht acht Jahre hinter Gittern bleiben. Aber es ist passiert.

Wenn ein Mazedone von hier weggeht und nach ein paar Monaten zurückkommt, dann hat er gleich wieder auf alles Recht. Warum nicht ich? Die sagen: ›Wenn die Roma weggehen, dann sollen die alles verlieren.‹ Würde Europa nicht Druck auf Mazedonien ausüben, würden sie uns alle rausschmeißen. Die würden sagen: ›Haut ab, haut ab und kommt nie wieder zurück‹.

Wenn Ihre Töchter hierher abgeschoben würden, was würde sie erwarten? Ich zeige euch gleich, was ich denke, wo wir leben würden. Ich bin ja zur Zeit nicht mit meiner Frau zusammen. Hierher zum Vater meiner Frau komme ich normalerweise nicht. Aber für meine Kinder tue ich das – wir haben die zusammen gezeugt, wir werden die auch zusammen aufziehen. Egal wie. Wenn die essen wollen, muss ich denen was geben. Ich frag mich jede Nacht: Was sollte ich denen geben?

Könnten Ihre Kinder hier zur Schule gehen? Ja, aber wie, wenn ich ihnen keine Schuhe kaufen kann? Dann sagen sie: ›Ih, die Zigeunerkinder haben nichts zum Anziehen. Kommen dreckig.‹ Wie soll ich Waschpulver kaufen, wenn ich nichts zu essen habe? Wie soll ich Klamotten kaufen, wenn ich ihnen noch nicht mal zehn Dinar für das Essen in der Schule geben kann? Mittags gibt es eine kleine Mahlzeit in der Schule, die muss man bezahlen, 10 Euro im Monat. Die Kinder kriegen kein Kindergeld, hier ist alles in der Sozialhilfe eingeschlossen. Meine Frau hat 2.700 Dinar bekommen. Andere bekommen etwas mehr. Ich sage nicht, dass alle so wenig haben. Aber zum Beispiel eine Person, die 1.200 Dinar bekommt – das sind 20 Euro – wenn ich jeden Tag ein Brot kaufe, nur ein Brot, dann kostet das mehr als die Hälfte. Wenn ich Arbeit hätte, Essen ... oder wenigstens ein Haus....

Sie haben kein Haus? Nein. Ich habe mein Zimmer verkauft für die Reise. Meine Frau ist damals mit zwei Töchtern gefahren, jetzt haben wir vier. Man hat sie für 1.100 Euro von hier bis nach Hamburg gebracht. Obwohl es mit dem Bus 120 Euro kostet. Aber man lässt uns nicht so einfach mit dem Bus reisen. Seit der Liberalisierung von Schengen und so weiter werden Roma nicht durchgelassen. Die sagen, Europa macht ihnen Druck. Vielleicht stimmt das – aber Europa sagt auch, wie ihr mit uns umgehen

sollt. Bestimmt kriegen die von Europa Hilfen. Aber wir kriegen nichts. Es kriegen die Leute, die mit der Regierung arbeiten. Das wird unter denen verteilt, und gut. Wir haben nichts davon.

Wie viele Roma leben hier? Es sind 850 Familien, also Häuser. Die haben Statistiken gemacht.

Und wie viele Roma arbeiten hier? Zwei bis drei Prozent. Für behinderte Kinder und so, für die gibt es Hilfe von Europa. Die haben ein Budget vom SOS-Kinderdorf gekriegt, damit die Kinder sich weiterentwickeln, dass sie mit Arbeit lernen, mit ihren Händen umzugehen – für die gibt es Arbeit.

Ich bin ein sechs Sprachen mächtiger Mann, warum darf ich nicht arbeiten? Sechs Sprachen spreche ich, alle so wie deutsch. Ich hab die Schule nicht gemacht, aber daran bin ich doch nicht schuld. Meine Eltern hatten nichts. Ich kann ihnen nicht die Schuld geben, das sehe ich jetzt auch an mir. Meine Tochter will in die Schule gehen, die Lehrerin will sie auch haben, sie sagt, meine Tochter ist gut in der Schule. Sie will lernen. Aber sie soll hierher kommen. Aber wie soll sie hier lernen? Sie kriegt kein Essen. Wenn ich hier eine Arbeit hätte mit beispielsweise 200 Euro Einkommen – damit könnte ich hier leben – und 200 Euro, wie wir wissen, ist gar nichts für eine sechsköpfige Familie.

Wenn mir das Sozialamt hier beispielsweise fünf-, sechstausend Dinar gegeben hätte und ich hätte noch ein bisschen was gearbeitet... aber es gibt nichts. Ich darf ja nichts. Nur weil ich mal kurz nach Deutschland ausgewandert bin? Ich bin dort aufgewachsen, Mann.

Wie lange waren Sie in Deutschland? Also mit meinen Eltern bin ich das erste Mal 1985 nach Deutschland gegangen – da war ich sechs Jahre alt. Da sind wir bis 1987 geblieben. Mein Vater hat gearbeitet. Er meinte: ›Damals war es gut in Jugoslawien, man hatte Arbeit, man konnte leben.‹ Also sind wir zurückgekommen. 1988 sind wir wieder zurück nach Deutsch-

land, mit meiner Mutter, mein Vater hat hier gearbeitet, er wollte seine Arbeit nicht verlassen. Da sind wir eineinhalb Jahre geblieben, da waren wir in Aschaffenburg, runter nach Bayern sind wir geschickt worden, Zirndorf, Nürnberg, da waren wir in einem großen Heim. Von dort sind wir zurückgekommen, weil mein Vater nicht ohne meine Mutter und ohne uns konnte. Er hat gesagt: ›Kommt zurück‹. Wir hatten ein Haus, alles zum Leben. Dann, 1991, sind wir nach Schweden gegangen, bis Mai, Juni 1992, da war ich 13 Jahre alt. Dann hat sich Mazedonien formiert, hat sich von Jugoslawien getrennt. Wir sind wieder hierhergekommen und haben neue Pässe erhalten – da hat das alles angefangen.

Wie war es im neuen Staat? Mein Vater ist rausgeschmissen worden. Meine Mutter hatte auch gelegentlich mal gearbeitet, die hat auch nichts mehr bekommen. Die haben gesagt, es gibt jetzt ein Embargo. Im September 1992 sind wir wieder zurück nach Deutschland gegangen, bis 1998. Mit 16 hatte ich einen eigenen Ausweis. Naja, und als Jugendlicher baut man Scheiße, auf der Reeperbahn bin ich aufgewachsen, hab mal dort mit Jungs einen Joint geraucht, was man halt so macht. Ladendiebstähle hatte ich gehabt. Mein Gott, Autos und so, und dann habe ich mit Klamotten angefangen, mit meinen Eltern hatte ich Stress, also mein Vater ist ein bisschen religiös. Ich habe Schläge bekommen. Dann Jugendamt, erst mal Feuerbergstraße, und dann raus in eine Wohnung. Ich habe dort ein Jahr lang gewohnt, bin mal zur Schule gegangen, mal nicht, bis zur neunten Klasse, in Veddel. Dann habe ich die Schule abgebrochen. Da bekam ich mit der Ausländerbehörde Probleme, weil ich nicht in der Schule war. Deswegen sage ich jetzt zu meinen Töchtern immer wieder: ›Schule. Schule! Du musst hingehen!‹

Was wurde aus den Problemen mit der Ausländerbehörde? Ich wurde abgeschoben, ohne meine Eltern. Ich kannte hier gar nichts, ich war klein, als ich hier war. Also bin ich illegal wieder aus dem Land, über Serbien, Slowenien, Italien, wieder zurück nach Europa. Ich

bin durch den ganzen Wald gelaufen, meine Füße waren so ... In Italien bin ich in Trieste angekommen, dann ging's mit dem Zug bis Mestre in Venedig, dann Milano, von dort bin ich nach Posano gegangen, dann wieder zurück nach Milano, habe einen Bus genommen nach Paris. Dann Brüssel – Holland – und wieder Deutschland. Angekommen. Ich war über einen Monat unterwegs. Immer wieder, wenn man ein Ticket kaufen muss, braucht man einen Pass, mit meinem Pass ging das nicht. Damals waren auch Grenzen zwischen den Ländern. Überall waren Grenzen.

Und Ihre Eltern? Die waren in Deutschland, jetzt sind sie hier.

Haben Sie gehört, dass Mazedonien letztes Jahr in Deutschland zu einem »sicheren Herkunftsstaat« erklärt wurde? Sicherer Herkunftsstaat?

Ja, in Deutschland wird gesagt, dass Mazedonien sicher sei. Ja? Das stimmt. Es ist kein Krieg hier. Aber es wäre besser, wenn Krieg wäre.

Warum denken Sie, dass Krieg besser wäre als das, was jetzt ist? Ja, dann weiß ich wenigstens, dass das Krieg ist. Aber jetzt weiß ich nichts und habe nichts. Die sagen, es sei sicher. Warum werden wir dann terrorisiert? Das ist Schikane, finde ich. Ich gehe zum Sozialamt und möchte einen Krankenschein. Die sagen: ›Nein‹. Nur weil ich Roma bin. Das ist so. Wenn ich weiße Haut hätte, wäre es nicht so. Ich weiß nicht, in Serbien und woanders ist es auch nicht besser für Roma.

Ein Beispiel: Ein Junge hat Flaschen gesammelt. Er sucht im Müll und verletzt sich an der Hand. Er geht zum Doktor und fragt nach Salben. Die sagen: ›Nein, das muss amputiert werden.‹ Aber wie soll er ohne Finger arbeiten? Die wollen amputieren, um Geld zu verdienen, aber woher soll er das nehmen? Er sammelt Flaschen. Zehn Dinar, das sind sechs Cent, pro Kilo.

Manche Leute hier haben einen Krankenschein, trotzdem müssen sie diese Medikamente bezahlen. Wenn du Magenschmerzen hast, dann schicken die dich weiter: Und das ist dann privat, eine Privatuntersuchung: Röntgenkontrollen oder Magenspiegelungen. Sie sagen, in staatlichem Eigentum gäbe es solche Geräte nicht. Eine Stadt, ein Land soll so was nicht besitzen? Es gibt sie – für andere Leute. Für uns Roma gibt es die nicht.

Wenn ich
weiße Haut
hätte, wäre
es nicht so.

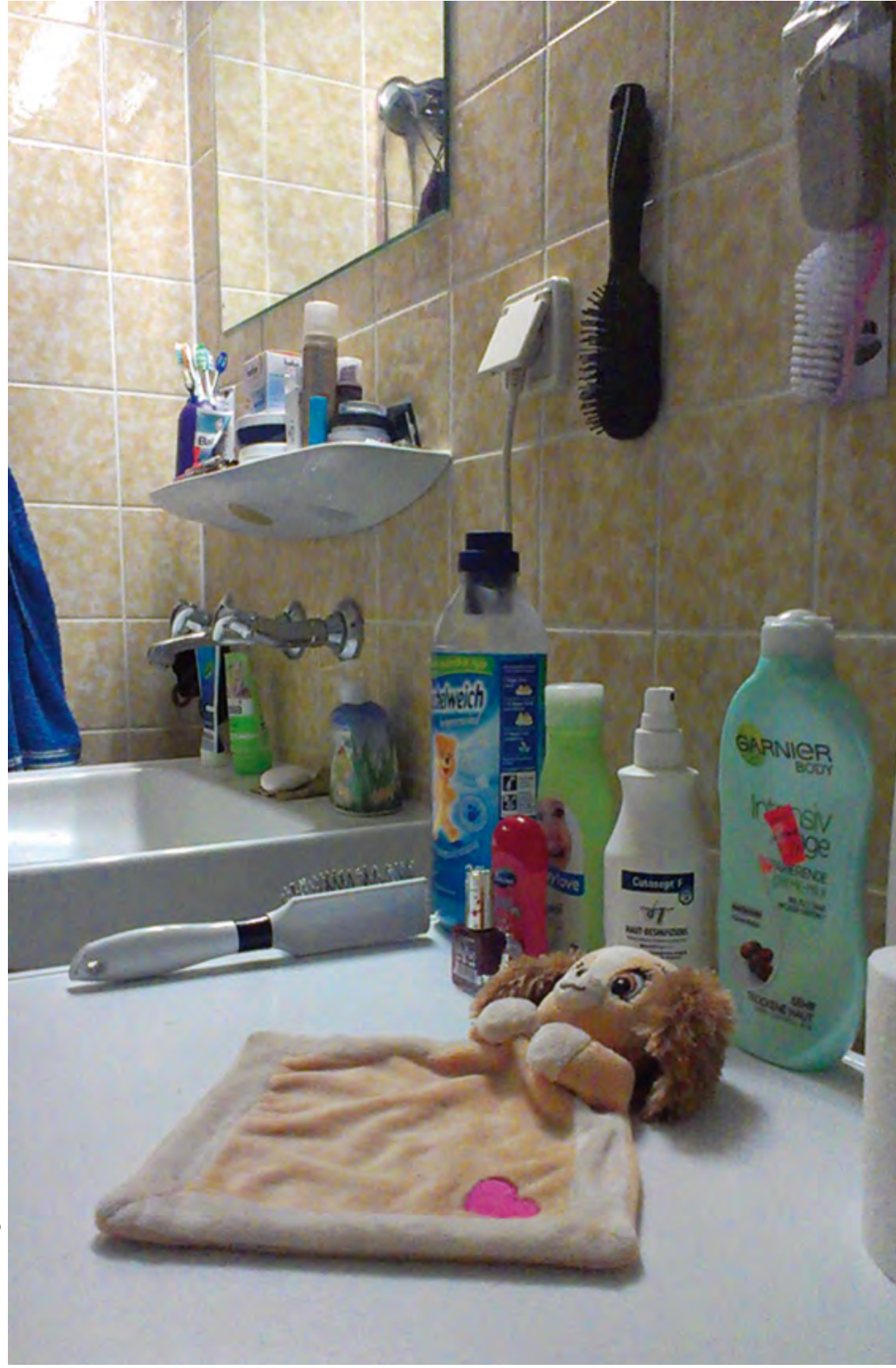


Cengiz in Štip: Er hat dort kaum etwas zu essen,
keinen Kühlschrank, kein richtiges Bad.
Weiter unten im Stadtzentrum werden Roma sofort kon-
trolliert, sagt er: »Nur wegen unserer Haut«.

Im Hintergrund auf den Bildern die Töchter,
die in Hamburg leben – von Abschiebung bedroht



Badezimmer, Štip.



Badezimmer, Hamburg.



Wohnzimmer, Štip.



Wohnzimmer, Hamburg.



Und dann treffen wir uns zufällig wieder: Cengiz mit Frau und Töchtern bei den Protesten in Hamburg. Er ist nur zu Besuch und sehr froh, obwohl er keine Lösung für seine Situation weiß: »Was soll ich machen? Ich kann weder hier noch dort bleiben. Und wie soll ich das ganze Hin und Her bezahlen? Wovon? Mein Cousin hat das Haus verkauft, so konnte ich kommen. Aber jetzt?«



Cengiz' Familie sieht sich in Hamburg die Aufnahmen an, die wir in Mazedonien gemacht haben.



Der Traum vom Bleiben

Gamze B. und ihrer Familie droht die Abschiebung aus Hamburg nach Štip in Mazedonien

Gamze B. hat ihren Schulabschluss an einer Hamburger Schule gemacht, eine Lehrstelle hat sie auch. Doch die Familie ist von Abschiebung bedroht – nach Mazedonien, wo Roma keine Arbeit finden und in baufälligen Hütten am Rand der Städte wohnen.

HAMBURG UND ŠTIP. Gamze B. steht vor dem Wohnblock mit der Nummer 15 und beobachtet, wie ihre Schwester Delara Plakate malt. »Abschiebungen stoppen«, schreibt sie mit einem dicken Edding auf Pappe. Und: »Wir wollen eine Zukunft in Deutschland«. Die Plakate wollen die beiden beim Protest der Roma tragen, den ihr Nachbar Isen A. und ein paar andere organisiert haben. An diesem Abend sind Gäste da, achtzig Vertreter anderer Roma-Familien, die für die Vorbereitungen des Protests nach Hamburg-Farmsen gekommen sind.

»Azülheim« hat jemand in den Eingang getaggt. Die Glastüren, der Flur – alles atmet noch den Charme einer Anstalt, früher war hier ein Pflegeheim. Auch in den anderen Wohnblöcken auf dem Gelände sind Flüchtlinge untergebracht. Insgesamt etwa 350 Menschen, Familien mit Kindern. 30 Menschen leben in zusätzlichen Containern zwischen den Häusern. Beim Treffen diskutiert die Roma-Gruppe, wo sie demonstrieren soll. Vor dem Rathaus? Vor der Ausländerbehörde? Die Zeit drängt. Die meisten haben Briefe von Behörden dabei, abgelehnte Asylanträge, Aufforderungen zur »freiwilligen Ausreise«. Einer lässt einen Zettel mit einer Meldeauflage herumgehen, so eine, wie sie hier viele bekommen haben. Er wird direkt zum Flughafen zitiert, auch ein Porträtfoto ist auf dem Brief zu sehen. Es ist ein Abschiebebescheid. Mit dem Protest muss es jetzt schnell gehen, sonst ist bald niemand mehr da.

Aber ihnen geht es um mehr. Sie wollen Anerkennung, dass sie als Roma in ihren Herkunftsländern diskriminiert werden, sie wollen, dass Deutschland seiner historischen Verantwortung nachkommt und ihnen Asyl gewährt. Gemeinsam wollen sie diese Forderungen auf die Straße tragen, selbstorganisiert, ob sie nun aus Mazedonien kommen, aus Serbien, dem Kosovo oder Bosnien-Herzegowina.

Gamze floh 2011 mit ihrer Schwester und ihrer Mutter aus Mazedonien nach Deutschland. Heute ist sie 15 Jahre alt, bis zu den Sommerferien geht sie noch in die Stadteilschule Barmbek. Sie hat ihren Abschluss gemacht und mit Unterstützung ihrer Lehrerinnen auch eine Lehrstelle als Altenpflegerin bekommen. Ob daraus etwas wird, ist ungewiss: Seit Monaten droht auch ihrer Familie die Abschiebung, immer wieder wird die Duldung nur um einen Monat verlängert, die aktuelle läuft nur noch bis nächsten Donnerstag. Die Klassenlehrerin, ihre SchulfreundInnen – sie alle können nicht verstehen, warum Gamze nicht hier bleiben kann, und haben eine Petition eingereicht. Jedes Mal, wenn der Abschiebetermin näher rückt, sind die Schwestern angespannt, ein enormer Stress lastet auf ihnen. Auch jetzt ist Gamzes Freude über den Schulabschluss und den Beginn der Sommerferien wieder von

der Angst getrübt, dass nun die Abschiebung kommt.

Gamzes Mutter Sermina sorgt allein für ihre Töchter, die beiden jüngsten wurden in Hamburg geboren. Barush, die Kleinste, ist erst anderthalb. »In Mazedonien ist es gefährlich für uns«, sagt Sermina. »Die Leute greifen uns an, wir bekommen keine Arbeit, haben nichts zu essen.« Der Hass, der Roma in Mazedonien wie in den anderen Balkanstaaten entgegen schlägt, ist für die Bundesregierung kein Grund ihnen Asyl oder ein Bleiberecht zu gewähren. Auch eine Arbeitserlaubnis erhält die Mutter bis heute nicht, obwohl sie eine Stelle hätte: Sie könnte in der Stadteilschule in der Kantine arbeiten.

Sermina und Gamzes Vater Cengiz haben sich getrennt. Letztes Jahr im Juni wurde er wieder nach Mazedonien abgeschoben. Dort war er bis vor einer Woche. Sollte die Familie tatsächlich zurückmüssen, würden sie wohl wieder alle zusammen wohnen. Wo und wie? Das weiß Cengiz auch noch nicht genau. Seit ein paar Tagen ist er wieder in Hamburg.

Ein paar Wochen zuvor lebte er noch in Štip, einem Ort im Osten Mazedoniens, am Rande des Hügellands Jurukluci. Ein steiler, verschlungener Weg führt von Štups Stadtzentrum am Ufer des Flusses Bregalnica zu dem Viertel auf der Hügelkuppe hinauf, wo die Roma wohnen. Fast 1.000 Familien leben hier. Es weht eine kühle Brise, die von dem süßlichen Rauch der Holzöfen durchzogen ist.

Cengiz sitzt auf dem Boden der Hütte seines Schwiegervaters, Gamzes Großvater. Schimmel- und Wasserflecken überziehen die ansonsten kahlen Wände. Mehrere Teppiche liegen auf dem Betonboden, reichen aber nicht aus, um ihn ganz zu überdecken. Die Schaumstoffmatratze, die hinter zwei Sofas klemmt, wird nur zum Schlafen hervorgeholt. Neben einer Sperrholzkommode, deren Schubladen auseinanderfallen, steht ein Topf auf einer Elektrokochplatte. Cengiz zeigt in das kleine Regal: »Da ist Ketchup und Vegeta«, sagt er. »Nichts anderes.« Einen Kühlschrank gibt es nicht.

Der Fernseher läuft, irgendeine mazedonische Seifenoper. Cengiz wirkt angespannt, sein

Kopf sinkt immer wieder nach unten. Mit belegter Stimme erzählt er vom Leben in dem kleinen Ort, von der Anstrengung, täglich etwas Essen zu haben, den Angriffen durch die Mehrheitsbevölkerung. | 96

Er spricht fließend Deutsch, das erste Mal kam er 1985 mit seinen Eltern nach Deutschland, aufgewachsen ist er direkt auf der Reeperbahn. Auch in dem berühmten Hamburger Heim in der Feuerbergstraße war er mal, als er zu Hause rausgeflogen war.

Schlimm sei es dort gewesen. Aber hier in Mazedonien? Gamze sei gut in der Schule, das sage auch die deutsche Lehrerin. »Sie will lernen. Aber stattdessen muss sie nach Mazedonien kommen.« Er weiß nicht, wie er die Familie hier überhaupt ernähren soll. »Wenn ich ihnen keine Schuhe kaufen kann, dann sagen die Leute: ›Ih, die Zigeunerkinder haben nichts zum Anziehen, kommen dreckig zur Schule.« Er will nicht, dass sie das erleben müssen.

Wo man in Mazedonien auch fragt, berichten Roma von Ausgrenzung, davon, in Restaurants nicht bedient zu werden und dass sie keine Arbeit bekommen. Während die Arbeitslosenquote in Mazedonien insgesamt bei 40 Prozent liegt, wird sie für die Minderheit der Roma offiziell auf 70 Prozent geschätzt, vermutlich liegt sie noch höher.

Cengiz erzählt, dass er und die anderen aus seinem Viertel sofort kontrolliert würden, wenn sie unten in der Stadt herumlaufen. »Nur wegen unserer Haut, also weil wir Roma sind«, sagt er. Bei Ärzten oder den Behörden würde er schikaniert, etwa, indem das Sozialamt ihm einen Krankenschein verweigert, den er für eine Behandlung benötigt.

Dass »die Lage der Roma-Minderheit« in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien »schwierig« sei, stand 2014 auch in dem Entwurf des deutschen Gesetzes, mit dem seit November Mazedonien zusammen mit Serbien und Bosnien-Herzegowina pauschal als »sicherer Herkunftsstaat« eingestuft wurde. Es komme »vereinzelt vor«, so heißt es da über Mazedonien, »dass Angehörige von Minderheiten öfter als andere von schikanösem Verhalten von Polizisten oder anderen Vertretern der Verwaltung betroffen sind«. Das

alles aber sei kein Grund, dass die Menschen in Deutschland Asyl bekommen müssten, schließlich stiegen die Flüchtlingszahlen drastisch an. Offenbar ist das Gesetz migrationspolitisch motiviert, es soll abschrecken und die Roma draußen halten.

Cengiz erzählt, dass ihm nach seiner Abschiebung in Mazedonien der Pass abgenommen wurde. Bei anderen Roma wurde der Pass markiert, zwei Striche auf dem Einreisestempel sollen weitere Ausreisen verhindern – eine Praxis, die auch das mazedonische Verfassungsgericht verurteilt hat, die aber dennoch weitergeht. Auch bei der Ausreise werden die Menschen an der Grenze nach rassistischen Kriterien kontrolliert, Roma werden nicht aus dem Land gelassen. Rückkehrern ist der Zugang zur Sozialhilfe für ein Jahr verwehrt. Auch Cengiz bekommt kein Geld.

Draußen führt eine selbstgemauerte Treppe zu einem Hinterhof, von dem ein weiteres, leeres Zimmer abgeht. Die Fenster sind zersplittert, ein Loch in der Decke ist groß wie ein Medizinball. »Hier müssten wir wohnen«, sagt Cengiz. Wohl oder übel. Der vielleicht zwölf Quadratmeter große Raum wäre alles: Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küche.

Auf dem Hof ist an einer Seite ein Trog aus Beton, der etwas schief an eine Wand gemauert wurde. Darüber ein Wasserhahn, rechts davon auf einer Stufe liegt ein Stück Seife in einem Plastikschröpfchen. »Das ist unser Bad«, sagt Cengiz. Das Plumpsklo in dem Verschlag daneben ist dreckig, es stinkt nach Fäkalien. »Keiner auf der Welt will solche Toiletten.«

2.000 Kilometer weiter nördlich und ein paar Tage später sitzen Gamze und ihre drei Schwestern in dem Farmseiner Wohnheim auf der Couch und schauen sich die Fotos von Cengiz und dem Haus des Großvaters an. Ihre Mutter Sermina kennt es noch, Gamze kann sich erinnern. Auf den Bildern scheint Mazedonien weit weg. Gamze schweigt. »Da gibt es keine Küche«, sagt ihre Mutter Sermina halb als Frage, halb als Feststellung.

Hier hat sie eine Küche. Ihre Wohnung liegt im Erdgeschoss, durch die Fenster blickt man auf die Bäume der parkähnlichen Anlage. Die Front des Wohnzimmers ist mit einem beigen Einbauschränk verbaut, an den Seiten sind noch die Anschlussanlagen für Strom und Sauerstoff, die es in einem Pflegeheim brauchte. Sermina hat das Funktionsbord mit Blumen und gemalten Bildern der Töchter verziert und nutzt es wie ein Regal. Auf einem Glastisch und der Fensterbank liegen Kuscheltiere und Malbücher, davor steht ein Puppenwagen. Der Linoleumboden quietscht, wenn die Kleinste durchs Zimmer tobt.

Der Heimathmosphäre zum Trotz haben es sich die Fünf hier gemütlich gemacht. »Ich will mich nicht von meinen Freunden trennen«, sagt Gamze. »Ich will eine gute Zukunft, die habe ich in Mazedonien nicht.«

In Mazedonien kraxelt Cengiz in seinen Schlappen den Berg hinauf, springt über Steine, macht einen Satz über die großen Matschpfützen, die den unbefestigten Pfad unterbrechen. Eine Meute aus wilden Hunden jagt zähnefletschend über die Hügelkuppe und lässt erst ab, als Cengiz einen Stein wirft und sie anbrüllt. Sie sind gefährlich, vor allem für Kinder. Cengiz will zu seinem Pferd, das auf der Kuppe grasst. Es ist kaum größer als er und eher ein Pony. »Das ist alles, was ich besitze«, sagt Cengiz.

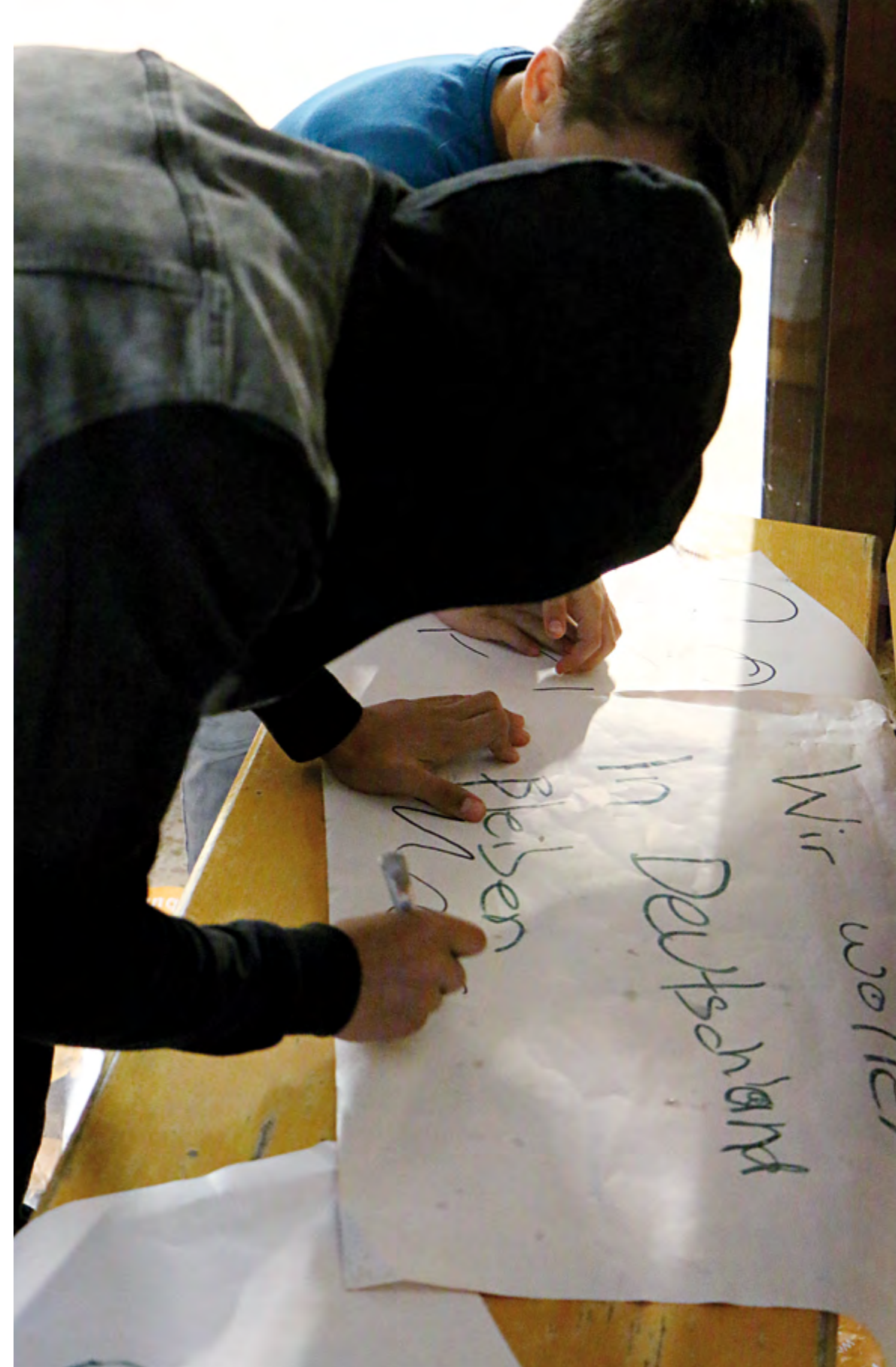
Am gegenüberliegenden Hang schütteln drei Männer eine große Plane mit Plastikflaschen aus – Recyclingmaterial, das andere weggeschmissen haben und das man für sechs Cent pro Kilo eintauschen kann. Die Roma hier suchen sich die Nischen an Arbeitsmöglichkeiten, die ihnen zum Überleben bleiben. Cengiz und sein Cousin holen mit dem Pferdewagen manchmal Holz aus dem Wald, um damit zu heizen oder es zu verkaufen.

Manchmal schläft Cengiz in der Hütte seines Cousins, gleich nebenan. Früher gehörte sie ihm, bis er sie verkauft hat, um Sermina und den Kindern die Reise nach Deutschland zu ermöglichen. Um sich die Reise nach Hamburg leisten zu können, wird Cengiz auch das Pferd verkaufen müssen. Als die Roma aus Farmsen im Juli 2015 vor der Hamburger Ausländerbehörde stehen, ist Cengiz auch dabei. Ein paar Kinder tragen Plakate auf dem Rücken: »Hupen für Bleiberecht«. Sie stehen an einer Ampel, nur wenige Autofahrer reagieren. Cengiz hält ein Transparent, »Alle Roma bleiben hier« steht darauf. Ob das auch für ihn, Gamze und ihre Familie gilt? »Hauptsache, meine Kinder sind in Sicherheit«, sagt er. Ein Autofahrer hupt.





In Hamburg organisieren Roma Proteste. Sie kommen aus Serbien, Mazedonien und dem Kosovo. Auch Cengiz Töchter sind dabei, malen Schilder und nehmen, wenn die Schule es zulässt, an Demonstrationen teil.





Mein Opa sah, wie sie seine Mutter mitnahmen

GESPRÄCH MIT ZWEI ROMA
IN NORDDEUTSCHLAND

* Namen geändert

Wie geht's Ihnen hier in Deutschland? **Dzafer*** Ich und meine Frau arbeiten im Krankenhaus, jeder 20 Stunden. Aber wir haben niemanden für die Kinder und keinen Platz im Kindergarten. In unserem Ausweis steht ganz genau die Firma, wo und wie lange wir arbeiten dürfen. Mein Arbeitgeber möchte einen neuen Vertrag machen, aber wir haben noch keine Arbeitserlaubnis, wir müssen immer einen neuen Antrag stellen – das dauert. Ich hab schon viele gute Stellen verpasst, weil die Arbeitgeber nicht zwei, drei Monate auf die Antwort von der Behörde warten konnten.

Was ist Ihre Perspektive? Ich habe eine Aufenthaltsgestattung für acht Monate bekommen, mit diesem Stempel, der besagt, wo und wie lange ich arbeiten darf. Als ich bei der Verlängerung war, war ich sehr nervös. Ich will wie die anderen Leute frei reisen, ich will nach Kroatien, nach Frankreich. Der Mann hat gesagt: ›Du kannst in Deutschland reisen‹. Ich will in die Schweiz, ich hab dort Verwandte, Freunde, mein Sohn ist dort geboren. Ich will reisen, ich will Freiheit haben. Ich will auch einen anderen Job finden. Warum kann ich das nicht? Ich hab gesagt, ich bin hier im Gefängnis, ich wohne auch im Ghetto, ein modernes Ghetto in Deutschland. Da wo ich herkomme ... Warst du in Šutka?

Ja. Und wie hat es dir gefallen?

Schwer zu sagen und nicht in einem Satz zu beantworten. Zum Beispiel gibt es gute und schlechte Häuser. Es gibt viele schlechte. Man weiß nicht, wie die Leute so leben können.

Wie war es für Sie in Šutka? Ich hatte ein Haus. Ich habe niemals draußen gelebt. Ich bin auch Zigeuner, aber ich sage Roma. Ich habe immer gearbeitet. Mein Vater war im Gefängnis. Als ich zwölf war, habe ich angefangen zu arbeiten. Meine Mutter hat 1.080 Dinar Sozialleistung bekommen, ungefähr 30 Euro für die Familie. Ich arbeitete in einem Geschäft. Mein Arbeitgeber war Mazedonier. Als Lohn habe ich Essen bekommen.

Slavia war staatlich? Früher. Jetzt ist alles privat. Ich hab dort nach der Schule gearbeitet, vier Jahre lang. Bis zur achten Klasse bin ich zur Schule gegangen. Ich hatte eine kleine Schwester und noch einen kleinen Bruder. Wir hatten keine Hilfe vom Sozialamt, wir hatten oft keinen Strom und im Winter keine Heizung und kein Holz. Manchmal konnte ich etwas besorgen. Später habe ich mit der Mittelschule angefangen. Dort war ich ein Jahr, dann begann der Krieg. Wir hatten alle Angst in die Schule zu gehen und es war finanziell sehr schwer. In der Stadt habe ich Freunde kennengelernt, die wuschen Autos. Da habe ich auch mit Autowaschen angefangen. Ich habe 50 Euro im Monat verdient, dafür musste ich jeden Tag arbeiten. Dafür habe ich die Schule aufgegeben. Ich wollte eigentlich studieren.

In Šutka gibt es zwei Schulen, eine nur für Albaner und eine nur für Roma. In der wird leider nur auf Mazedonisch gelehrt. Als ich klein war, habe ich aber immer nur Romanes gesprochen.

Warum war Ihr Vater im Gefängnis? Wir haben so wie hier Flohmärkte in unserem Land. Manchmal erlaubt das die Polizei, manchmal schickt sie einen weg. Die Polizisten sind aggressiv und schlagen oft zu. Mein Vater hatte Fahrräder, die er von anderen gekauft hatte, um sie wieder zu verkaufen. Die Polizisten wollten wissen, woher die waren, ob er eine Rechnung hätte, aber mein Vater hatte keine Dokumente für die Räder. Die Polizisten haben meinen Vater festgenommen. Vielleicht hat jemand anders die geklaut, aber mein Vater hatte keine Ahnung davon.

Wie lange muss man dafür ins Gefängnis? Fünf Jahre – für fünf oder sechs Räder. Mein Vater hat versucht, Gerechtigkeit zu bekommen, er war auch bei den Botschaften, beim EU-Center, aber niemand interessiert sich für uns Roma.

Ich hab gehört, dass überproportional viele Roma im Gefängnis sitzen. Ja, wenn du ins Gefängnis gehst, sind 50 Prozent Roma. Später habe ich als Verkäufer auf dem großen Basar in Šutka gearbeitet, für einen Freund, der

Textilien aus der Türkei, Bulgarien oder Ungarn billig kaufte. Das war sein eigener Stand. Eines Tages ist die Polizei gekommen, ich kann dir ein Video zeigen. Das war 2010.

[Auf dem Video ist eine Polizeieinheit in voller Ausrüstung zu sehen, sie geht sehr brutal vor. Man hört Schreie.]

Was war der Grund für die Razzia? Die Fälschungen. Die Leute können Marken gut nachmachen. Armani, Versace ... die können das nähen. Es gibt viele Videos von diesen Tagen.

Die mazedonische Polizei ist jeden Tag da. Du kannst nicht frei sein. Šutka ist ein Ghetto, du hast das gesehen. Wenn wir zum Beispiel ins Freibad möchten, in ein Konzert, in die Stadt – dann dürfen wir nicht rein. Zigeuner dürfen nicht rein.

Warum nicht? Ich weiß nicht. Vor einer Woche war ich hier im Schwimmbad, mit meiner Familie: da waren viele Zigeuner, viele Araber, andere Leute ... das ist egal. Aber in Mazedonien sagen sie, wenn du ein Zigeuner bist: ›Entschuldigung, wir haben keinen Platz mehr‹. Wenn du ins Restaurant willst, ist alles reserviert. Wir können nicht ins Konzert oder in die Disco.

Aber zurück nach Šutka. Die Polizisten sind gekommen. An dem Tag war ich alleine und hatte die Verantwortung, sollte verkaufen. Die haben alles mitgenommen. Ich war sehr im Stress, hab die gefragt, warum die mir alles wegnehmen. Ich habe mich mit dem Polizisten geschlagen, aber der Polizist hat mehr geschlagen. Ich war sehr wütend. Ich musste den Stand verteidigen, denn es war nicht meiner. Er hat gesagt: ›Ach du bist ein Zigeuner, halt die Klappe. Gib mir deine ID-Card. Wenn du

eine hast, okay, wenn nicht, nehme ich dich fest.« Er hat mich festgenommen. Ich war in der Station mit den Polizisten und die Polizisten waren sehr aggressiv, haben uns geschlagen und so.

[Er räuspert sich – sekundenlange Stille. Er weint. Seine Frau Helena* kommt hinzu. Wir sehen uns an und warten einen Moment.]

Es war schrecklich? Ja. Am Ende sagten sie, die Sachen seien Fälschungen. Ich hab gesagt, dass das nicht meine sind, sondern die von dem Mann.

Wie waren sonst Ihre Erfahrungen mit der mazedonischen Polizei? Es gibt eine extra Polizeieinheit, die heißt Alpha. Die sind sehr aggressiv. Wenn Du in die Stadt gehst, fragen sie dich: »Ey Zigeuner, was machst du hier, wo gehst du hin, warum bist du hier?«. Als ich etwa 19 Jahre alt war, haben sie einmal mich und meinen Freund in der Stadt kontrolliert. Er hatte keinen Ausweis dabei, sie nahmen ihn mit zur Wache. Dort haben sie ihn geschlagen, während er mit Handschellen an die Treppe gefesselt war. Mein Freund hatte nichts gemacht. Die Polizisten sagten immer: »Zigeuner sind so und so ...« Wir machen gar nichts, aber wir sind immer schuld. Ich will nicht sehen, dass meine Kinder so aufwachsen. In so ein Ghetto-land gehe ich nie mehr. Nie.

Hier in Deutschland habe ich alles. Vielleicht ist nicht alles neu. Ich sammle Sachen vom Sperrmüll, es gibt hier Ebay.

Ich habe eine Wohnung, die Kinder haben Spielzeug, wir arbeiten, ich habe ein Monats-ticket, wir gehen in Restaurants, ins Schwimmbad ... Wir brauchen gar nichts.

Aber in Mazedonien geht das alles nicht.

Dort kannst du nicht einfach frei leben, du kannst dich nicht frei fühlen wie ein Mensch. Mazedonien hat viele Probleme: Mit Serbien wegen der Kirche, mit Albanien wegen Tetovo – die wollen das, das ist verständlich. Mit Griechenland wegen des Namens und mit Bulgarien auch wegen der Geschichte ... Mazedonien hat keine gute Kommunikation mit den Nachbarn. Und keine gute Ökonomie.

Sie leben dort noch wie in der Zeit von Hitler, wie Rassen. Alles ist separiert. Und wir Roma? Als Rom kann ich in dem Land nicht leben. Ich bin Rom, das ist meine Nationalität.

Wie kam es, dass Sie Mazedonien verlassen haben? Ich habe meine Frau kennengelernt und gehört, die Schweiz sei ein gutes Land. Wir hatten keine Arbeit, kein Geld, also habe ich gesagt, dass wir dorthin gehen. Mein Sohn ist in der Schweiz geboren, aber wir wurden abgelehnt. Also sind wir zurück nach Mazedonien – auf die Straße. Ich hatte kein Geld, da habe ich etwas aus einem Laden geklaut. Die Polizisten kamen, ich musste ins Gefängnis – wegen der Geschichte auf dem Markt. Ich war drei Monate im Gefängnis, in Štip.

Am 8. April ist der Romatag. Da habe ich gesagt, ich müsse zu meiner Familie. Ich habe tatsächlich Freigang bekommen. Also habe ich meine Familie genommen und bin abgehauen. Normalerweise sollte ich bis 2014, also drei Jahre, im Gefängnis bleiben. Meine Frau war schwanger und wir hatten das Kind. So sind wir hergekommen.

Was haben Sie gemacht, als Ihr Mann im Gefängnis war?
Helena Ich war mit meinem Kind alleine. Und ich lief herum und habe Flaschen gesammelt. Die habe ich verkauft: nur für Milch und Brot.

Wie viele Flaschen brauchten Sie dafür? Für ein Brot und eine Milch muss man zwei große Plastikmüllsäcke an Flaschen sammeln. Jeden Tag.

Haben Sie das an einem Tag geschafft? Nein, das schaffst du nicht. Du musst jeden Tag wieder los. Ich musste, denn niemand wollte mir Arbeit geben und ich habe kein Geld vom Sozialamt bekommen. Hier arbeite ich in der Küche. In einer Küche! In Mazedonien wäre das für uns Roma undenkbar.

Sie kommen aus Tetovo? Als ich noch klein war, war es sehr schlecht. Da sind mehr Albaner als Mazedonier und Roma.

Alles ist weiß und ordentlich, habe ich gehört. Ja, und noch rassistischer. Da musst du albanisch sprechen, nicht mazedonisch. Romanes gibt's überhaupt nicht. Es sind nur zwei Straßen, in denen Roma leben. Nur dort sprechen wir in unserer Sprache. Aber wenn wir in die Stadt gehen oder einkaufen, dann müssen wir albanisch sprechen.

Was passiert, wenn man nicht albanisch spricht, sondern Romanes? Das ist schlimm. Es kann passieren, dass du geschlagen wirst. Man kann nichts machen. In der Schule in Tetovo mussten wir Mazedonisch lernen und Albanisch. Ansonsten wirst du geschlagen. Ich wollte nicht sprechen, ich wollte nicht in die Schule gehen. Die Kinder haben mich mit Steinen beworfen. Ich habe hier noch ... siehst Du das?

[Sie zeigt eine sehr große Narbe.]

Waren das die anderen Kinder? Ja, und Erwachsene auch. Ich war allein.

Haben Sie mal mit Roma-Parteien in Mazedonien zu tun gehabt? **Dzafer** Die haben kein Interesse an uns Roma. Vielleicht hast Du von der Roma-Dekade gehört. Davon haben sie einen Bleistift und ein Radiergummi bekommen.

Hier in Deutschland ist auch nicht alles gut. Als wir herkamen, sprachen wir kein Wort Deutsch. Ich spreche

Englisch und Spanisch, meine Frau Italienisch. Als unser Kind Fieber und Schüttelfrost hatte, mussten wir zum Arzt. Die Ärzte konnten uns nicht verstehen, das war für uns schwer. Dank Gott konnten wir die Medikamente bezahlen. Das wäre in Mazedonien unmöglich gewesen. Wir sind hier, wir müssen Deutsch lernen. Jetzt, hier, verstehe ich erst, wie ich in Mazedonien gelebt habe.

Inwiefern? Ich habe mein ganzes Leben wie im Ghetto gelebt. Wir konnten nicht reisen, durften nicht raus, bekamen keine Visa. Und dann der Kosovokrieg. Ich persönlich kenne viele Kriege. Das war zum Beispiel der Krieg in Jugoslawien. Der Krieg im Kosovo. Der Krieg in Mazedonien. Ich habe das immer in meinem Kopf: Krieg, Krieg, Krieg. Und ich will nicht, dass meine Kinder das auch erleben müssen. In Deutschland gibt es keinen Krieg.

Waren Sie in der Armee? Ja, mit 17 – normaler Wehrdienst, ich musste das machen. Da waren viele Roma. Und ein Truppenführer las unsere Namen. Wir mussten uns melden. Als er meinen Namen aufgerufen hat, fragte er: »Was für ein Name ist das, türkisch?« »Nein«, sage ich, »Das ist Romanes«. Er sagt: »Ach so, Zigeuner!« und fragte, warum die Roma in die Armee kämen.

Wir sind auch Menschen. Wir haben eine sehr schöne Geschichte. Wir haben eine schwere Geschichte, aber wir machen keine Probleme. Wenn wir wollten, könnten wir einen Staat in Europa haben, innerhalb einer Stunde. Ich kann eine neue Sprache lernen, so wie Deutsch: gerne. Aber ich brauche ein bisschen Respekt.

Ich habe kein Land mit meiner Sprache, meiner Regierung. Ich empfinde Bremen als

meine Stadt. Meine Chefs und meine Kollegen wissen, dass ich Roma bin. Die haben gesagt, dass ihnen das egal ist. Das macht mich froh, es ist egal, was ich bin. Hier fühle ich mich wie ein ganz normaler Mensch. Die Leute sind sehr nett. Meine Nachbarin zum Beispiel weiß gar nicht, dass wir Roma sind.

Helena Manchmal sitzen wir auf der Arbeit zusammen, dann wird gesagt: ›Oh, wir haben einen Zigeuner gesehen‹. Es wird so schlecht geredet. Da denke ich mir, ich sage nicht, dass ich Roma bin. Bei meiner Arbeit kennen sie mich nicht als Roma, sie kennen mich nur als Mazedonierin und fertig. Sie haben Respekt vor mir. Wenn etwas geklaut würde oder so, würde ich ansonsten vielleicht verdächtigt, weil ich Zigeunerin bin.

Es gibt auch Rassisten in Deutschland. **Dzafer** Natürlich. Denen sage ich: ›Hitler ist schon tot: Du bist jetzt alleine‹. Das ist ein Spaß!

Mein Opa ist 1933 geboren. Er wohnte in Skopje. Meine Ur-Großmutter kochte für die Partisanen und machte deren Wäsche. Als die Nazis kamen, bulgarische Nazisten, nahmen sie sie mit. Mein Opa sah, wie sie seine Mutter mitnahmen. Er hat viel um sie geweint. Mit zehn war er ganz allein. Er hat gesagt, dass die viele Juden mitgenommen haben – 90 Prozent von den Juden und Roma, die in Mazedonien waren. Sie kamen in ein großes Gebäude, heute heißt es Tutunski-Kombinat. Manche haben sie sofort umgebracht. Da war auch die Mutter von meinem Opa.

Immer wenn wir an diesem Gebäude vorbeikamen, hat mein Opa geweint. Als ich klein war, hat er davon erzählt, aber er hat mir gesagt, dass ich das nicht verstehen kann. Ich verstehe das jetzt erst richtig. Das war für mich einfach Geschichte, aber jetzt erinnere ich

mich, dass es wirklich war. Das ist passiert. Er hat mir alles erzählt.

Hitler hat nicht geschafft, uns alle zu töten. Wir sind heute die größte Minderheit in Europa. Wir müssen etwas für uns tun, nicht immer warten. Natürlich müssen wir uns integrieren, die Sprache lernen, zur Schule gehen, arbeiten. Das ist unser Kampf. Ich will in viele Länder, viel reisen und so, das ist mein Ziel.

Wir Roma, wir wollen ein richtiges Europa, mit freien Grenzen, der Möglichkeit, frei zu reisen. Wir Roma, wir klauen kein Land, wir klauen nur etwas zu essen.

**Hast Du von der
Roma-Dekade
gehört? Da haben
sie einen Bleistift
und ein Radier-
gummi bekommen.**

Ein langer Weg

Über Strategien des Protests

Seit Jahren protestieren Roma für ein Bleiberecht. 1989 und 1993 besetzten einige dafür die KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Die Vorgeschichte der aktuellen Proteste ist lang. Einige OrganisatorInnen der gegenwärtigen Streiks demonstrierten schon zur Zeit der Wende und waren vor 25 Jahren bei der Besetzung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme dabei. Schon damals, im Februar 1989, ging es den AktivistInnen darum, gegen drohende Abschiebungen nach Jugoslawien zu protestieren.

Ins KZ Neuengamme und auch in die vielen Außenlager wurden während des Nationalsozialismus etwa 500 Sinti und Roma, Männer und Frauen, verschleppt. Darunter der berühmte Profiboxer Johann Trollmann. Dass Roma in ihren südosteuropäischen Herkunftsländern auch danach weiterhin rassistisch diskriminiert und verfolgt wurden, war für die Bundesrepublik auch 1989 kein Grund, Asyl zu gewähren.

Zu der Besetzung aufgerufen hatte die 1975 gegründete Hamburger Rom & Cinti Union (RCU), die sich in Abgrenzung zum Zentralrat der Sinti und Roma stark für ein Bleiberecht der Roma aus Südosteuropa einsetzte. Rudko Kawczynski, der Vorsitzende der RCU, formulierte damals provokant: »Ein KZ ist offenbar der einzige Ort, wo Zigeuner heute willkommen sind.« Auf Bannern in der Gedenkstätte hieß es: »In Auschwitz vergast – bis heute verfolgt« und: »Keine Abschiebung! Recht auf Asyl!«. 20 Männer waren für dieses Ziel in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, Bilder von Aktionen wie der öffentlichen Verbrennung von Ausweispapieren schafften es weltweit in die Presse.

Eine erneute, mehrwöchige Besetzung eines Teils des Geländes wurde am 2. Oktober 1989 schließlich von der Polizei beendet. Die Anliegen der beteiligten AktivistInnen und Gruppen waren dabei durchaus unterschiedlich, was auch zu Konflikten führte: In nichtöffentlichen Gesprächen hatte Kawczynski mit dem damaligen Hamburger Innensenator Werner Hackmann (SPD) ein Bleiberecht für 1.500 Roma ausgehandelt. Linke UnterstützerInnen kritisierten, es solle weitergekämpft und nicht eingelenkt werden. Kawczynski hingegen erklärte, er habe »nicht den großen ideologischen Sieg« davontragen, sondern »den Menschen ein Bleiberecht besorgen« wollen. Als er von den Grünen 1989 zum Spitzenkandidaten für die Europawahl nominiert wurde, warf ihm wiederum der Zentralrat der Sinti und Roma vor, die staatenlosen Roma »für eigene spektakuläre Auftritte« zu instrumentalisieren. Politisches Asyl sei nicht die Lösung der Probleme der Roma.

In jedem Fall hatten die Aktionen in Neuengamme eine Wirkung im deutschen Erinnerungsdiskurs: Sie provozierten unweigerlich die Frage, wem die Orte der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen »gehören«.

In einer Pressemitteilung hieß es damals vom Hamburger Senat: »Die Initiatoren dieser Besetzung versuchen, die kollektive Scham der Deutschen für ihre PR-Zwecke zu missbrauchen.« Kawczynski sprach seinerseits der Stadt Hamburg ein Recht auf den historischen Ort ab: »Das Hausrecht gehört den Opfern.«

Das Operieren mit »Erinnerung« durch die Roma-AktivistInnen funktionierte dabei wie eine Art öffentliche Gegeninszenierung, es war ein Ringen um Diskurshegemonie mit der Mehrheitsgesellschaft: Der Genozid an den Sinti und Roma war in der öffentlichen Gedenkkultur der Bundesrepublik bis in die 1990er-Jahre kaum präsent. Noch elf Jahre nach Ende des Nationalsozialismus hatte der Bundesgerichtshof entschieden, dass die Verfolgung und Vernichtung der Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten nicht »rassenideologisch« begründet, sondern durch die »asozialen Eigenschaften der Zigeuner« motiviert gewesen sei – ein Urteil, das von Gerichten in den Jahren darauf immer wieder bestätigt wurde. Erst 1982 hatte die Bundesrepublik die Verfolgung und Vernichtung durch die Nationalsozialisten als Völkermord anerkannt. Entschädigungszahlungen haben Roma bis heute allerdings in den seltensten Fällen erhalten.

Die Aneignung von Gedächtnisorten von seiten der Roma war dabei auch 1989 nichts Neues. Bereits zehn Jahre zuvor hatte man mit einer internationalen Gedenkkundgebung im ehemaligen KZ Bergen-Belsen unter dem Motto »In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt« auf die eigene Situation aufmerksam gemacht, 1980 wurde ein Hungerstreik in der Gedenkstätte Dachau organisiert. Rudko Kawczynski hatte 1986 Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) nach einer Demonstration auf dem Rathausmarkt eine Deklaration überreicht, die auf die »besondere historische Verpflichtung« Deutschlands verwies und forderte, die von den Nazis verfolgten Sinti und Roma »endlich menschlich zu behandeln«.

Zu einer erneuten erinnerungspolitisch ausgetragenen Konfrontation kam es 1993, als die KZ-Gedenkstätte Neuengamme vor dem Hintergrund mehrerer Anschläge auf Flüchtlings-

unterkünfte erneut besetzt werden sollte. Weil Hundertschaften der Polizei das Gelände belagerten, kam es zu Auseinandersetzungen, als Roma versuchten, dennoch darauf zu gelangen.

Auch die letzten fünfzehn Jahre des Widerstands waren geprägt von Protesten gegen Abschiebungen, Diskriminierung und für ein Bleiberecht. Vielerorts wurde die Selbstorganisation und Vernetzung vorangetrieben: Strukturen wurden aufgebaut, Vereine gegründet und UnterstützerInnen gewonnen. Gleichzeitig wurden Kultur- und Bildungsprojekte initiiert, die Räume und (Teilhabe-)Möglichkeiten schufen. Der Widerstand von Beginn der 90er Jahre schlug Wurzeln, seine Bedeutung übertrug sich auf die folgende Generation.

Im August dieses Jahres hielten Hamburger Roma in Neuengamme erneut eine Gedenkveranstaltung ab, und bereits im April 2015 formulierten AktivistInnen am 2012 errichteten Denkmal für die von den Nazis ermordeten Sinti und Roma in Berlin Forderungen nach einer menschenwürdigen Zukunft. *»Unter den Abgeschobenen sind die Nachkommen der Opfer der im Nationalsozialismus ermordeten Roma und Sinti in der zweiten und dritten Generation. Wir sprechen uns gegen ein leeres Erinnern und ein kaltes Vergessen aus«,* so Nizaqete Bislimi, die Vorsitzende des 2014 gegründeten Bundes Roma Verbandes. *»Es ist höchste Zeit zu handeln!«*

In der KZ-Gedenkstätte Neuengamme erinnern Roma im August 2015 an die Vernichtung durch die Nationalsozialisten. Sie fordern, Deutschland solle Verantwortung übernehmen und Roma ein Bleiberecht geben. Im KZ Neuengamme wurden mehrere hundert Sinti und Roma inhaftiert und ermordet, darunter der Boxer Johann Trollmann sowie Roma aus Jugoslawien. Insgesamt ermordeten die Deutschen etwa 500.000 Sinti und Roma.

»Wir sehen, was Deutschland damals mit den Roma gemacht hat«, sagt ein Sprecher der Gruppe, *»heute sind wir freiwillig hier und gelten immer noch als Asoziale.«*

Peggy Parnass sprach am Mahnmal von »bösen Erinnerungen und einer bösen Gegenwart«: Roma würden nicht mehr getötet, »aber bis heute diskriminiert, ausgegrenzt und weggeschoben«. Parnass ist Jüdin, ihre Eltern wurden in Treblinka ermordet.

Neuengamme ist auch in der jüngsten Vergangenheit mit dem Protest der Roma für ein Bleiberecht verbunden: Im Februar 1989 etwa traten einige Roma im Dokumentenhaus gegen Abschiebungen in den Hungerstreik, im Oktober 1989 besetzten mehrere hundert Roma das Gelände, bis die Polizei sie vertrieb. 1993 verhinderte die Polizei eine erneute Besetzung durch ein Großaufgebot.



Impressum

1. Auflage 2015

RECHERCHE

Allegra Schneider | Andrea Vogel |
Esat Behrami | Femi Abazi |
Izedin Alishani | Jan Sürig |
Jean-Philipp Baeck | Kenan Emini |
Marc Millies | Myriam Thomas |
Maria Weissshuhn

TEXT

Allegra Schneider | Andrea Vogel |
Femi Abazi | Jan Sürig |
Jean-Philipp Baeck | Kathrin Herold |
Marc Millies | Torsten Schlusche

FOTO

Allegra Schneider | Jean-Philipp Baeck

TRANSKRIPT | ÜBERSETZUNG

Olli Guth | Hikmet Prizreni |
Kefaet Prizreni | Selamet Prizreni
UND VIELE ANDERE

LEKTORAT

Philipp Günther | Sabine Zetsche |
Julia Chaker-Agha | Klaus Rinck

KONZEPT | GESTALTUNG

Koop. Büro für Gestaltung
koop-bremen.de

DRUCK

Drucktechnik, Hamburg
drucktechnik-altona.de

VISDP Jan Sürig

Danke schön!

Albina | Ajet | Bernd | Cengiz | Claudia |
Dzafer | Edzard | Emilija | Gamze | Helena |
Hinterland | Idris | Isen | Johanna | Kadri |
Karin | Łatifa | Marily | Niza | Paul | Rena |
Sabine | Safia | Sermina | Tommi | Voislav |
Zlatko | **UND VIELEN ANDEREN**

FÜR FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG

von Reise und Veröffentlichung

AKTION SELBSTBESTEUERUNG E.V.

BREMISCHE EVANGELISCHE KIRCHE

FLÜCHTLINGSRAT BREMEN

PRO ASYL

SOLIFONDS DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

STIFTUNG :DO

weitere Informationen

WWW.ROMA-CENTER.DE

WWW.ALLE-BLEIBEN.INFO

WWW.RAN.EU.COM

FRAGEN, VERANSTALTUNGEN + BESTELLUNG doku@koop-bremen.de



HAMBURG

BREMEN

KUMANOVO

SKOPJE

ESSEN

TETOVO

PARIS

GÖTTINGEN

STIP

ERFURT

FREIBURG

ISBN 978-3-00-050858-5